

**Bericht**

der Landesregierung

**Umsetzung des Handlungskonzepts  
„Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung**

**4. Bericht der Landesregierung**

gemäß Beschluss des Landtages vom 25. März 2010  
„Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“  
(Drucksache 5/632-B)

# Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung

## 4. Bericht der Landesregierung gemäß Beschluss des Landtages vom 25. März 2010 „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“ (Drucksache 5/632-B)

### Inhalt

<b>15 Jahre „Tolerantes Brandenburg“</b>	
Alfred Roos, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie .....	2
<b>Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat sich insgesamt bewährt</b>	
Gideon Botsch, Christoph Kopke, Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien Potsdam, Forschungsschwerpunkt Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung.....	7
<b>„Das demokratische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern stärken“</b>	
Jonas Frykman, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit .....	10
<b>„Schnelle und verlässliche Beratung durch das Mobile Beratungsteam vor Ort“</b>	
Dirk Wilking, Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos.....	12
<b>„Demokratische Schulkultur, weltoffene Kommune und integrative Politik vor Ort“</b>	
Alfred Roos, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie .....	15
<b>„Jugendbeteiligung als wichtige Säule unserer Demokratie“</b>	
Thomas Kropp, Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung .....	18
<b>„An der Seite der Opfer rechter Gewalt“</b>	
Marcus Reinert, Opferperspektive e.V. ....	20
<b>„Sportvereine stärken – Rechtsextremismus bekämpfen. Förderung und Stärkung demokratischer Strukturen in den Vereinen und Verbänden des Landessportbundes“</b>	
Uwe Koch, Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V. ....	22
<b>Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ – Bilanz der Landesregierung .....</b>	<b>25</b>
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ .....	25
Integrationsbeauftragte der Landesregierung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie .....	32
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport .....	36
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung .....	41
Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft .....	44
Ministerium des Innern .....	45
Ministerium der Justiz.....	52
Ministerium der Finanzen .....	54
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	55
Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten.....	58
Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz .....	60
Schlussbemerkungen .....	62
<b>Das „Tolerante Brandenburg“ fördert die Demokratisierung der Demokratie,</b>	
Dr. Michael Kohlstruck, Technische Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung .....	63
<b>Quellen und Literatur .....</b>	<b>67</b>

## 15 Jahre „Tolerantes Brandenburg“

Alfred Roos, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

In den frühen 90er-Jahren, nach der friedlichen Revolution und der Einheit, explodierten die Zahlen gewalttätiger Übergriffe, vor allem auf zugewanderte Menschen und solche, die Rechtsextremisten als fremd betrachteten, aber auch auf Jugendliche, die nicht dem rechtsextremen Milieu angehörten. In der gesamten Bundesrepublik nahm die Zahl rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalttaten zu Beginn der 90er-Jahre stark zu: 1990-178; 1991-849, 1992-1.485. In den folgenden Jahren stabilisierte sich die Zahl der Gewalttaten auf hohem Niveau (600 und 800 Gewalttaten im Jahr).

Der Potsdamer Politikwissenschaftler Heinz Kleger nennt das Land Brandenburg in dieser Phase ein „kompromittiertes Land“: Brandenburg war in der deutschen und internationalen Presse vor allem mit fremdenfeindlichen Übergriffen in den Schlagzeilen. Die ersten Todesopfer nach der friedlichen Revolution, die aus rassistischen und fremdenfeindlichen Gründen angegriffen wurden, waren 1990 in Brandenburg zu beklagen: Andrzej Fraczkak, ein junger Pole in Lübbenau, und der Angolaner Amadeu Antonio in Eberswalde.

Bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl lagen die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg regelmäßig an der Spitze der Zahl der Gewalttaten. Pogrome in Hoyerswerda (Sachsen) 1991, Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) 1992, die Morde in Lübben und Eberswalde, aber auch die mörderische Hetzjagd in Guben 1999 haben diese Orte zu Synonymen rechtsextremer Gewalt werden lassen.

Insbesondere im ländlichen Raum und in Jugendeinrichtungen gelang es rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendlichen, den Ton anzugeben und andere Jugendkulturen zu verdrängen. Ziele rechtsextremer Gewalt wurden häufig geplante oder sogar schon von Flüchtlingen bewohnte Asylbewerberheime und Aussiedlerunterkünfte.

Obgleich längst nicht alleine ein ostdeutsches Phänomen (Mölln 1992, Solingen 1993), so machte die brandenburgische Ausländerbeauftragte Almuth Berger darauf aufmerksam, dass für Ausländerinnen sowie Ausländer und Menschen mit erkennbarem Zuwandererhintergrund das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit eingeschränkt war. Es gab Orte, auch an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen, Marktplätzen usw., wo „Fremde“ ein Spießrutenlaufen an Beleidigungen und Drohungen über sich ergehen lassen mussten („Alltagsrassismus“) und sich ohne Angst nur schwer bewegen konnten. Die Folge war, dass die Flüchtlinge ihre Heime fluchtartig in Richtung Westdeutschland verließen und viele Asylbewerber darum baten, nicht auf Ostdeutschland verteilt zu werden.

1996 und 1997 häuften sich außerdem Meldungen von Berliner Jugendgruppen und Schulklassen, die sich über Beleidigungen und Angriffe auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund beklagten, sodass Ausflüge und Klassenfahrten nach Brandenburg storniert wurden, da die Lehrkräfte und Eltern Angst um ihre Schülerinnen und Schüler hatten. Die öffentliche Wahrnehmung richtete sich in erster Linie auf Gewalttaten, die allzu häufig mit Alkoholkonsum der meist männlichen Täter verharmlosend interpretiert wurden. Die Täter waren entgegen der landläufigen Vermutung seltener arbeitslose Jugendliche, sondern sie befanden sich häufig in Ausbildung und Beruf.

Die Reaktionen der Bundesregierung und der Länder lagen noch bis weit in die 90er-Jahre hinein einerseits im Bereich der polizeilichen und repressiven Maßnahmen, andererseits wurde versucht, dem Problem mit Programmen gegen Gewalt präventiv entgegenzuwirken. Nach den Gewalttaten in den

frühen 90er-Jahren wurden einige neonazistische Organisationen verboten. Dies führte zur kurzzeitigen Verunsicherung der neonazistischen Organisationen, gleichzeitig gründeten die betreffenden Personen aber lockerere Zusammenschlüsse.

Präventiv wirkende Ansätze sind durch einen Modellversuch der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung angestoßen. Im Rahmen dessen wurden in den neuen Ländern „Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule“ (RAA) 1992 eingerichtet worden, andererseits gründete die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg 1992 ein erstes Mobiles Beratungsteam (MBT), das später in der Trägerschaft der RAA Brandenburg arbeitete.

Anders als in anderen neuen Bundesländern entschied die Landesregierung nach dem Abschluss des Modellversuchs diese Arbeit weiter und dauerhaft durch Landesmittel sicherzustellen. Im Blick auf eine professionelle Jugendarbeit, die demokratisch ausgerichtet war und die Jugendclubs nicht der Dominanz rechtsextremer Gruppen überlassen wollte, legte die Landesregierung seit 1996 das 610-Stellen-Programm auf, um eine qualifizierte Grundstruktur in der Jugendarbeit sicher zu stellen, durch das die Kreise und Kommunen bei der Einrichtung von Personalstellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit unterstützt wurden.

Schon Mitte der 90er-Jahre hatte wiederum die damalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, Almuth Berger, eine Arbeitsgruppe zusammengerufen, in der Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Fachleute Handlungsstrategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit diskutierten. Es wurde auch außerhalb dieses Diskussionszusammenhangs immer offensichtlicher, dass rechtsextreme Gewalttaten und fremdenfeindliche Übergriffe nicht allein durch Repression und jugendspezifische Programme zurückgedrängt werden können, sondern rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen eine weite Verbreitung in der Gesamtbevölkerung haben. So rief 1997 Ministerpräsident Manfred Stolpe zur Gründung eines landesweiten Aktionsbündnisses auf. Die Regierung und landesweit tätige freie Träger, Verbände, Religionsgemeinschaften sollten deutlich machen, dass sie für die Bekämpfung von Gewalt, Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eintreten.

Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hatte die Landesregierung im Jahr 1998 ein bundesweit beachtetes, ressortübergreifendes Programm installiert, in dem einerseits Aktivitäten der vergangenen Jahre in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aufgenommen und teilweise verstärkt, andererseits neue Ansätze gesucht und umgesetzt wurden. Das Ziel war es von Anfang an, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die Landesregierung das Problem des Rechtsextremismus ernst nimmt und deshalb seine Bekämpfung als Querschnittsaufgabe der Landesregierung definiert. Schon 1998 war deutlich, dass der mit dem Handlungskonzept begonnene Weg lang sein würde und immer wieder auch Rückschläge zu beklagen seien.

Mit dem Beschluss der Landesregierung vom 23. Juni 1998 wurde das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ verbindliches Leitbild für die Regierungstätigkeit. Im Rückgriff auf die Verfassung des Landes formuliert das Handlungskonzept als Leitbild für das Handeln der Landesregierung: Recht, Toleranz und Solidarität – Wahrung der Würde und der Freiheit des Menschen. Das Leitbild „Tolerantes Brandenburg“ orientiert sich an der im 17. und 18. Jahrhundert praktizierten aktiven

Einwanderungspolitik in Brandenburg und Preußen (Heinz Kleger 2006). Langfristige Prävention und Repression gegenüber rechtsextremem Handeln bilden die Pfeiler des Konzepts.

Schon der erste Bericht der Landesregierung aus dem Jahr 1999 konstatiert, dass im ersten Jahr positive Akzente im Rahmen des Handlungskonzepts gesetzt werden konnten; aber besonders schwerwiegende rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Geschehnisse, wie der Tod eines algerischen Asylbewerbers am 13. Februar 1999 in Guben, der Brandanschlag am 20. Februar 1999 in Wittstock oder der versuchte Mord an einem libanesischen Staatsangehörigen am 27. März 1999 in Schwedt stellten in den Augen der Landesregierung alle bisherigen Bemühungen zur Vorbeugung und Bekämpfung solcher Straftaten und extremistischen Bestrebungen infrage. Deshalb wurde im Bericht deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es nicht nur darum geht, möglichst viele spektakuläre und aufwendige Einzelmaßnahmen durchzuführen.

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurde über die Jahre hinweg fortgeschrieben und der Maßnahmenkatalog angepasst. Regelmäßig wurden dem Landtag Zwischenberichte erstattet und die Öffentlichkeit über den Stand der Entwicklung informiert. Schließlich fand 2005 eine Aktualisierung des Programms statt. Diese war Ausdruck des 2004 im Koalitionsvertrag von den beiden Regierungsparteien SPD und CDU artikulierten Willens, am Handlungskonzept festzuhalten und es weiterzuentwickeln. Deutlicher als 1998 wird nun schon in der Überschrift formuliert, dass sich das Konzept nicht nur gegen menschenfeindliche und rechtsextreme Aktivitäten richtet, sondern sich als ein Programm „für eine starke und lebendige Demokratie“ versteht.

Das aktualisierte Handlungskonzept nennt drei wesentliche Schwerpunkte:

#### (1) Vernetzung, Kooperation, Konzentration

Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft erfordert die intensive Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens und zur Abwehr der Feinde der Demokratie. Diese Zielsetzung wurde einerseits mit der Einrichtung des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“, andererseits mit den Kooperationsvereinbarungen zwischen Land und gesellschaftlichen Akteuren erreicht. Mit dem Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“, das in einigen Teilen auch mit Mitteln der verschiedenen „Kompetenz und Vielfalt“ - Programme des Bundes finanziert wurde und wird, unterhält das Land ein breites Angebot für die unterschiedlichsten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, das verlässliche Unterstützung – gemeinsam auf Landesebene abgestimmt - garantiert. Besonders wichtig ist, dass diese Unterstützung sich nicht nur als „Krisenintervention“ versteht, sondern regional und institutionell so verankert ist, dass Aktive vor Ort nicht bevormundet sondern angemessen unterstützt werden.

#### (2) Erziehung, Bildung, Aufklärung

Eine demokratische Gesellschaft couragierter Menschen existiert nicht im Selbstlauf, sondern erfordert Voraussetzungen, die die positiven Entwicklungen in der Gesellschaft dauerhaft begünstigen und systematisch stärken. Auch hier setzte und setzt das Handlungskonzept nicht auf Aktionismus, sondern auf langfristige Auseinandersetzung mit Ausgrenzung und Rechtsextremismus in Kitas, Schulen und in außerschulischen Bildungseinrichtungen, die Unterstützung jugendlicher Beteiligungsstrukturen in und

über die Sport- und Jugendverbände hinaus und in den Kommunen. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist dabei weniger ein Förderprogramm, als dass es dazu anregt, z.B. innerhalb der verbandlichen Strukturen und innerhalb der Bildungseinrichtungen, Demokratie und Verantwortungsübernahme für Weltoffenheit als Aufgabe und Entwicklungschance wahrzunehmen.

### (3) Einsicht, Beteiligung und demokratische Achtsamkeit aller Bürgerinnen und Bürger

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat von Anfang an die Entwicklung einer demokratischen Bürgergesellschaft in Brandenburg angeschlossen. Es hat den lokalen demokratischen Widerstand gegen rechtsextreme Hegemonieansprüche aufgenommen und gefördert. Das Handlungskonzept hat Mittel und Beratung zur Verfügung gestellt, um die Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, rechtsextremen Aufmärschen zivil zu begegnen und die Etablierung rechtsextremer Schulungsstätten zu verhindern. Klare politische Signale setzen – zu dieser Zielsetzung des Handlungskonzepts gehörte und gehört auch, mit den Bürgerinnen und Bürgern Flagge gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu zeigen. Ein Erfolg dieser Politik war es, den Ort Halbe und den dortigen Waldfriedhof, der zum bundesweiten Kundgebungsort für die rechtsextreme und neonazistische Szene geworden war, durch unterschiedliche Maßnahmen äußerst unattraktiv zu machen.

Immer wieder hatten Rechtsextreme und Neonazis den Waldfriedhof in Halbe (Landkreis Dahme-Spreewald) für ihre Zwecke zu nutzen versucht. Auf dem Waldfriedhof liegen Tote aus einer der letzten Schlachten des Zweiten Weltkrieges begraben. Der Versuch der Wehrmacht Ende April 1945 aus dem Kessel von Halbe auszubrechen, kostete etwa 20.000 Soldaten der Roten Armee, 30.000 Soldaten der Wehrmacht und 10.000 Zivilisten das Leben. Spätestens mit den Verboten der Heiß-Kundgebungen im oberfränkischen Wunsiedel wurde Halbe immer mehr zum Aufmarschgebiet für Neonazis und Rechtsextremisten von bundesweiter Bedeutung. Sie suchten sich hierbei sowohl den Volkstrauertag im November aus, den die Nationalsozialisten schon 1934 in einen „Heldengedenktag“ umbenannten, sowie ein ums andere Mal einen Sonntag im März, der in der Tradition des durch die Nationalsozialisten 1939 auf diesen Termin verlegten „Heldengedenktags“ steht.

Nachdem das „Heißgedenken“ in Wunsiedel unterbleiben musste, wurde Halbe zum „Wallfahrtsort“ der Neonazis. Nach und nach setzte sich in Brandenburg die Erkenntnis durch, dass dieser wachsenden symbolischen Bedeutung des Ortes nicht nur mit der Arbeit der „Denkwerkstatt“ in Halbe und den Aktivitäten des lokalen „Aktionsbündnisses gegen das Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe“ begegnet werden darf, sondern Landesregierung und Zivilgesellschaft ein landesweites Zeichen der Demokratinnen und Demokraten vor Ort setzen müssen. Mit dem „Tag der Demokraten“ ist es jeweils 2005 und 2006 gelungen, das „Heldengedenken“ in Halbe zu verhindern, sodass im November 2007 von rechtsextremer und neonazistischer Seite von einem Aufmarsch Abstand genommen wurde. Besonders eindrücklich war, dass 2006 auch das Ausweichen der Rechtsextremen auf die Seelower Höhen verhindert werden konnte. Während - wie im Jahr zuvor - tausende Demokratinnen und Demokraten in Halbe ein Fest der Demokratie feierten, fanden gleichzeitig in Seelow mehrere Gegenkundgebungen statt, die den Aufmarschversuch von ca. 1.200 Neonazis in die Schranken verwiesen.

Halbe steht dafür, dass der von den Neonazis und Rechtsextremen propagierte „Kampf um die Straße“ von ihnen nicht gewonnen werden kann. Rechtsextreme und neonazistische Gruppen können in

Brandenburg keine Aufmärsche mehr veranstalten, ohne dass die Mehrheit demokratischer Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass Rechtsextreme und Neonazis nicht mehrheitsfähig sind und schon gar nicht die Herrschaft über den öffentlichen Raum behaupten können. Gleichwohl bleiben auch im 16. Jahr des Programms weiterhin die im ersten Maßnahmenkatalog beschriebenen Aktivitäten handlungsleitend:

1. die Gesellschaft mobilisieren,
2. Gewalt ächten, Opfer unterstützen,
3. kommunale Öffentlichkeit entwickeln, lokale demokratische Strukturen unterstützen,
4. Aktivitäten für Toleranz, Solidarität und Abbau von Fremdenangst unterstützen, Räume für Eigeninitiative und Mitbestimmung öffnen,
5. Lehrkräfte und sonstige pädagogische Fachkräfte im Umgang mit Gewalt und Rechtsextremismus qualifizieren,
6. präventiv mit auffälligen Jugendlichen und Gruppen arbeiten,
7. das öffentliche Leben sichern, Bedrohungen mit Mitteln von Polizei und Justiz entgegentreten.

## **Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat sich insgesamt bewährt**

Gideon Botsch, Christoph Kopke, Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien  
Potsdam, Forschungsschwerpunkt Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung

Rechtsextremismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt begleiten die Geschichte des Landes Brandenburg seit 1990. Nachdem es zunächst auch in Brandenburg verbreitet war, rechtsextreme Taten und entsprechende Vorkommnisse zu leugnen, zu relativieren oder als Formen unpolitischer Jugendgewalt zu bagatellisieren, begannen Politik und Öffentlichkeit vergleichsweise frühzeitig, das Problem „Rechtsextremismus“ ernst zu nehmen und als Querschnittsaufgabe aller Ressorts und staatlicher sowie gesellschaftlicher Bereiche anzugehen. Das Bundesland gilt inzwischen als vorbildlich hinsichtlich seines Engagements gegen Rechtsextremismus und für die Förderung von Toleranz und Demokratie. Dafür steht nicht zuletzt seit nunmehr 15 Jahren das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung. Das Handlungskonzept, institutionalisiert in einer professionellen und dauerhaften Koordinierungsstelle, gewährleistet die nötige Koordination und Abstimmung und darüber hinaus die Vernetzung der staatlichen Akteure mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung hat sich als ein wichtiges politisches Instrument bei der Abwehr rechtsextremer, fremdenfeindlicher und menschenverachtender Tendenzen und der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit insgesamt bewährt. Es ist eine der tragenden Säulen in der Architektur der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Demokratisierungsanstrengungen, die das Land Brandenburg modellhaft entwickelt hat (vgl. Schoeps / Botsch / Kopke / Rensmann 2007). Die Landesregierung ist auf vielen Ebenen kontinuierlich aktiv. Sie setzt rechtsextremen Aktivitäten enge Grenzen und fördert auf vielfältige Weise ideell und finanziell politische Bildung, Zivilgesellschaft und demokratische Kultur.

Im Vergleich der Bundesländer kann Brandenburg als das Land gelten, das die Bemühungen zur Abwehr des Rechtsextremismus am frühesten zur politischen Querschnittsaufgabe gemacht und am weitesten entwickelt hat. Es ist spürbar, dass in Brandenburg eine vergleichsweise hohe Sensibilität zu diesem Problemfeld besteht und gesellschaftlicher Zusammenhalt gegen die Tendenzen zur Entwicklung einer „uncivil society“ für die meisten staatlichen und gesellschaftlichen Akteure ein zentrales Anliegen ist. Staat und Kommunen, Verbände, Wirtschaftsbetriebe und Einzelpersonen haben sich darauf verständigt, Weltoffenheit und Toleranz zu fördern, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Demokratiegegnerschaft hingegen die rote Karte zu zeigen. Klare, unmissverständliche und öffentliche Positionierungen der Politik ermutigen auch Bürgerinnen und Bürger sich zu engagieren.

In Brandenburg ergänzen sich staatliches Handeln und zivilgesellschaftliches Engagement. Demokratisches Aufbegehren gegen Rechtsextremismus und Protest gegen Rechtsextreme werden nicht pauschal unter (Extremismus-)Verdacht gestellt.

Im Gegenteil: Durch materielle und ideelle Förderung demokratiefördernder und präventiver Projekte hat das Land Brandenburg zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie gezielt stimuliert und zu seiner Entwicklung beigetragen. Auch bei politisch schwierigen Fragen und rechtlich umstrittenen Problemen – wie etwa bei der Aktionsform von Straßenblockaden gegen angemeldete NPD-Demonstrationen - dominieren in Brandenburg zwischen Staat und zivilen Akteuren das Gespräch und die Suche nach Lösungen.

Durch die Förderung des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat das Land Brandenburg die dauerhafte und nachhaltige Vernetzung vieler



zivilgesellschaftlicher Einzelinitiativen unterstützt. Das Aktionsbündnis entwickelte sich so von einem Netzwerk der gezielt themenbezogenen Initiativen zu einem Zusammenschluss auch solcher Organisationen, Vereine und Verbände, die nicht themenspezifisch zu Rechtsextremismus, Gewaltprävention oder Demokratieförderung arbeiten, diese Inhalte aber in ihr Selbstverständnis aufgenommen haben. Parallel zur Entwicklung der Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe staatlicher Instanzen ist sie so nach und nach auch zu einem Querschnittsthema für weite Teile der zivilen Gesellschaft des Landes geworden.

Gerade auch im Vergleich der neuen Bundesländer, die vor ähnlichen Problemlagen standen oder stehen, kann sich Brandenburg sehen lassen. Die organisierte rechtsextreme Szene ist in Brandenburg – trotz zehnjähriger Landtagspräsenz der inzwischen in der NPD aufgegangenen Deutschen Volksunion (DVU) – vergleichsweise schwach. Rechtsextrem motivierte Straftaten werden von der brandenburgischen Polizei und der Justiz energisch verfolgt. Polizei und Justiz sind sensibilisiert und gut aufgestellt. Die „Grenzen der Toleranz“ zeigt der demokratische Rechtsstaat in Brandenburg durch den vergleichsweise hohen Grad an Repression. Brandenburgs Sicherheitsbehörden sind auf dem rechten Auge nicht blind: Verbotsverfügungen gegen rechtsextreme Vereinigungen, Aufzüge, Symbole, Konzertveranstaltungen etc. werden in Brandenburg regelmäßig ausgesprochen und haben die Szene nicht unbeeindruckt gelassen.

Prävention und Repression rechtsextremer und fremdenfeindlicher Tendenzen wurden vielfach zum Anlass und Ausgangspunkt für die Entwicklung der Demokratie v. a. im lokalen und kommunalen Rahmen und für die verstärkten Bemühungen um die Integration sozial schwacher und ausgegrenzter Bewohnerinnen und Bewohner des Landes. Dies zeigt sich z. B. besonders in zwei zentralen Bausteinen in der Architektur des „Toleranten Brandenburg“: So wurden (a) die aufsuchende Krisenintervention der mobilen Beratungsteams zu einer gezielten Praxis der prozessbegleitenden Gemeinwesenberatung fortentwickelt und (b) mit der Hinwendung zu den Opfern („Opferperspektive“) die sozial schwachen, randständigen oder diskriminierten Gruppen in der Gesellschaft gestärkt. Damit verhilft man den betroffenen Personen oft erst zu ihrem Recht, fördert also auch die Wiederherstellung des Rechtsfriedens.

Allerdings bleibt kritisch hervorzuheben, dass es bis heute nicht in allen Fällen befriedigend gelungen ist, die „typischen Opfergruppen“ besser in die Gesellschaft zu integrieren und damit ihre prekäre Lage zu verbessern. So sind die Rahmenbedingungen für die Etablierung alternativer jugendkultureller Entwicklungsräume, die immer bis zu einem gewissen Grad auch Freiräume sein werden, erheblich zu verbessern. Ausländer- und asylrechtliche Beschränkungen von teils diskriminierendem Charakter schwächen die Stellung der im Land lebenden Menschen mit Fluchterfahrung oder anderem Migrationshintergrund. Schließlich haben die bundes-, aber auch einige landespolitische Rahmensetzungen im Gesundheits- und Sozialbereich ebenfalls zu gesellschaftlicher Desintegration beigetragen, was mittelbar dazu geführt hat, dass sich manche Bürgerinnen und Bürger des Landes erheblichen Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen ausgesetzt sahen.

Trotz aller Erfolge sollte nachdenklich stimmen: Zum ersten Mal seit Jahren stiegen im vergangenen Jahr wieder die Zahlen rechtsextremer Straf- und Gewalttaten im Land an. Rechtsextreme versuchen auch in Brandenburg, ihren Einfluss zu steigern, werben um neue Anhängerinnen und Anhänger: z. B. in Schulen und Hochschulen oder in den Fankurven der Stadien. Neue Parteien und Organisationen bilden sich, Entwarnung kann mithin nicht gegeben werden.

Das Land sollte in seinen Bemühungen nicht nachlassen. Vieles ist erreicht, vieles auf einem guten Weg. Die offensichtlichen und erkennbaren Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass

genaue Kenntnisse darüber, wo das Handlungskonzept besonders gut greift und wo nachgebessert werden kann, fehlen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die einzelnen Elemente des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“, ungeachtet möglicher Optimierungspotenziale, recht gut aufeinander abgestimmt sind. Im bundesdeutschen Vergleich kann die Praxis in Brandenburg als vorbildlich gelten, weshalb wir sie als „Brandenburger Modell“ bezeichnet haben (Botsch / Kopke, 2011, S. 183-206).

Kurzum: Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat sich bewährt – doch trotz vieler Erfolge werden auch künftig weitere Anstrengungen notwendig werden.

## **„Das demokratische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern stärken“**

Jonas Frykman, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Das Aktionsbündnis blickt auf eine 15-jährige Mitwirkung und Partnerschaft im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ zurück. Nach Vorbereitungen einer Arbeitsgruppe um die damalige Ausländerbeauftragte Almuth Berger rief der damalige Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, angesichts des besorgniserregenden Ausmaßes von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Gewalttaten, zur Gründung eines Aktionsbündnisses auf. 29 Verbände, Kirchen, Einrichtungen, Ministerien und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg folgten dem Aufruf am 22. Mai 1997.

Die Ausrichtung und Funktion des Aktionsbündnisses war in den ersten Jahren durchaus umstritten. Gerungen wurde darum, ob neben dem Rechtsextremismus andere Gefahren für die Demokratie gleichermaßen berücksichtigt werden sollten. Erörtert wurde auch, ob und wie sich das von Spitzenverbänden und Verwaltungen geprägte Bündnis für lokale Bürgerinitiativen öffnen sollte. Diese Debatte mündete im Jahr 2000 in eine Präzisierung der Aufgaben. Die Mitglieder bekräftigten, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus vordringlich bleiben müsse. Um die gesellschaftliche Beteiligung zu stärken, wurden sieben lokale Bürgerinitiativen aufgenommen und der Vorstand des Bündnisses erweitert; zugleich wurde die Mitgliedschaft der vertretenen Ministerien und der Staatskanzlei in eine beratende Mitarbeit umgewandelt.

Das Aktionsbündnis begrüßte den Beschluss des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und erklärte es zu seiner Aufgabe, als „kritischer Begleiter“ an dessen Umsetzung mitzuwirken. Als seine Aufgaben definierte das Bündnis, „allen politischen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit die grundsätzliche Unterstützung der brandenburgischen Gesellschaft zuzusichern, sich für Gewaltfreiheit, die Achtung der Menschenwürde und demokratisches Engagement einzusetzen und seine Stimme zu erheben, um moralische Standards zu beschreiben und Schritte zu deren Einhaltung vorzuschlagen.“

Diese Beschlüsse haben die weitere Entwicklung des Aktionsbündnisses geprägt. Zahlreiche Runde Tische und Bürgerinitiativen, aber auch Verbände und Landesarbeitsgemeinschaften haben sich dem Bündnis angeschlossen. Heute hat das Aktionsbündnis 67 Mitglieder, die in unterschiedlichen Bereichen und in (fast) allen Ecken des Landes tätig sind. Das höchste Organ ist eine halbjährliche Plenarsitzung. Die Mitglieder wählen einen Vorstand, der das Aktionsbündnis nach außen vertritt und seine Arbeit koordiniert. Der Vorsitz wird seit der Gründung von der Vertreterin bzw. dem Vertreter der Evangelischen Kirche im Bündnis wahrgenommen. Seit 2008 amtiert Generalsuperintendentin Heilgard Asmus.

Die Landesregierung und insbesondere die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ haben die Organisation des Aktionsbündnisses über viele Jahre durch eine Geschäftsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport unterstützt. 2012 hat ein von Mitgliedern des Aktionsbündnisses gegründeter Verein, der dafür eine Förderung der Landesregierung erhält, diese Aufgabe übernommen, um der politischen Eigenständigkeit der im Bündnis zusammengeschlossenen Verbände, Vereine und Initiativen besser gerecht werden zu können.

Zwei Schwerpunkte prägen die Arbeit des Aktionsbündnisses von seiner Gründung bis heute: das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und der Einsatz für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg.

Mit Aufklärung, mit vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen zeigten und zeigen die Mitglieder ihre Ablehnung des Auftretens und der Inhalte der DVU, die von 1999 bis 2009 im Landtag vertreten war, der NPD und der organisierten Neonazi-Vereinigungen in unserem Land. Zugleich wirbt das Aktionsbündnis für eine Gesellschaft, in der Flüchtlinge, Zugezogene und Gäste willkommen sind und sich auch willkommen fühlen können. Das schließt den Einsatz für Opfer rechter Gewalttaten und Rassismus ebenso ein wie das Engagement für eine menschenrechtsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Der wichtigste Teil dieser Arbeit wird von den Bürgerinnen und Bürgern geleistet, die durch ihr freiwilliges Engagement in Vereinen und Verbandsgliederungen, Kirchengemeinden, Ortsvereinen, Beiräten und Bürgerinitiativen eine demokratische Kultur schaffen. Das muss betont werden, denn es ist nicht die am stärksten sichtbare, aber vielleicht wirksamste Methode, um Rechtsextremismus und Rassismus zurückzudrängen. Im Aktionsbündnis soll diese Arbeit wertgeschätzt und zugleich auf Landesebene zum Ausdruck gebracht werden. Entsprechend spiegeln sich die beiden Schwerpunkte auch in längerfristigen Anstrengungen des Aktionsbündnisses, die hier nur exemplarisch erwähnt werden:

Um die Lebenssituation von Flüchtlingen zu verbessern, forderte das Aktionsbündnis 2002 die Einrichtung einer Härtefallkommission. Diese Kommission wurde 2005 vom damaligen Innenminister Jörg Schönbohm zunächst für drei Jahre eingesetzt und 2009 schließlich dauerhaft etabliert.

Über viele Jahre unterstützte das Aktionsbündnis durch eine landesweite Mobilisierung den Widerstand einer Bürgerinitiative in Halbe gegen Aufmärsche von Neonazis, die die größte Kriegsgräberstätte in Deutschland als Kulisse eines nationalsozialistischen „Heldengedenkens“ missbrauchten. 2007 gelang es, durch Demonstrationen und eine kluge Gesetzgebung die Aufmärsche vorläufig zu beenden. Um Vorschläge für eine dauerhafte, der historischen Bedeutung angemessene Gestaltung eines Erinnerungsortes in Halbe zu entwickeln, beriefen Landtagspräsident Gunter Fritsch und das Aktionsbündnis eine Expertenkommission unter der Leitung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Die 2009 vorgestellten Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe sind noch nicht umgesetzt. Das Aktionsbündnis wird sich aber weiter dafür einsetzen.

## **„Schnelle und verlässliche Beratung durch das Mobile Beratungsteam vor Ort“**

Dirk Wilking, Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos

Das Konzept des „Toleranten Brandenburg“ stand anfangs vor allem in der Presse weithin unter dem Verdacht, eine PR-Maßnahme zu sein. Das hatte auch Auswirkungen auf die Arbeit mit dem erweiterten Mobilem Beratungsteam (MBT). In den ersten Jahren war es recht mühselig, in den Kommunen als ernsthaftes Beratungsangebot wahrgenommen zu werden. Oft wurden wir von den Rathäusern direkt an den lokalen Jugendclub verwiesen. Rechtsextremismus war in der Wahrnehmung ein Import aus Westdeutschland, der nicht hier bekämpft werden müsse. Im MBT gab es den imaginierten Prototyp des „bockbeinigen Bürgermeisters“, der unter erheblichen Verwindungen so lange definierte, bis „seine“ Jugendlichen nicht mehr als rechtsextrem gelten konnten.

Als das MBT 1998 seine Arbeit innerhalb des Handlungskonzepts begann, verlief das nicht ohne Verwerfungen innerhalb und außerhalb des Trägers. Das seit 1991 tätige MBT war zuvor eng an die Ausländerbeauftragte Almuth Berger angebunden. Die Arbeitsansätze des heutigen MBT waren im Kern bereits vorhanden, aber Wolfram Hülsemann als neuer Leiter setzte auftragsgemäß die Akzente neu, und das Team vergrößerte sich von drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf nunmehr zwölf. Heute sind es 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Wechsel der Zuständigkeit vom Sozial- zum Bildungsministerium verlangte zudem eine Neuorientierung nicht nur des MBT, sondern auch der damit befassten Staatssekretäre.

Die regionalen Ausländerbeauftragten betrachteten uns weiterhin als ihre originären Ansprechpartner und banden uns (bis heute) weiter in ihre Treffen und Bündnisse ein. In den ersten Jahren fokussierte sich seitens der Mitarbeiterschaft ein bedeutender Teil der Beratungsarbeit dann auch auf den Themenbereich „Fremdenfeindlichkeit“, wobei das Fremde nicht etwa auf Flüchtlinge begrenzt war, sondern bereits Hannover als exotischer und abzulehnender Kulturbereich betrachtet wurde, antipolnische Ressentiments hatten folkloristische Dimensionen und Menschen mit Pfälzer Dialekt wurden auch schon einmal zusammengeschlagen. Ohnehin wurde Rechtsextremismus allgemein nur als ein Jugendproblem betrachtet.

Nach 15 Jahren sehen die brandenburgischen Realitäten deutlich anders aus: In den Rathäusern sitzen heute Verwaltungschefs, die mit Rechtsextremisten in den 90er-Jahren zur Schule gegangen sind. Mit ihnen lassen sich Konzepte zur demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger diskutieren, die geeignet sind, Demokratiedefizite zu reduzieren. Das immer noch typische „brandenburgische Modell“ (kleinteilig, angepasst, regionalisiert und nicht missionierend) ist kaum kampagnentauglich, aber anerkanntermaßen nachhaltig; und langfristig gesehen auch erfolgreicher als PR-orientierte Konzepte. Gerade die etwas bodenständige Ausrichtung des Handlungskonzeptes stellt ihren Wert dar. Allerdings ist es damit etwas sperrig für Wissenschaft und Bundesbehörden, weil bei Weitem nicht so viele Papierlagen produziert werden, wie in anderen Konzepten.

### MBT-Entwicklung

Die Arbeitsweise des MBT unterschied sich ja deutlich von den Bereichen, mit denen sie üblicherweise beschäftigt waren. Das Verhältnis zu ihnen war in den Jahren immer freundlich, aufgeschlossen und konstruktiv. Die Arbeit des MBT hat sich im Laufe der Jahre in Akzenten immer wieder verschoben. Das war einerseits den veränderten Realitäten geschuldet (die rechtsextreme Szene verändert sich

dauernd), aber auch durch die höhere Anerkennung, die das MBT in den Regionen erfahren hat. Diese Akzeptanz ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass das MBT seine Arbeit überparteilich angelegt hat. Die Bandbreite der Beratungen im politischen Raum ist komplett, d.h., alle im Parlament vertretenen Parteien haben unsere Beratung in der einen oder anderen Weise in Anspruch genommen. Dadurch unterscheidet sich das MBT Brandenburg deutlich von Beratungsangeboten in anderen Bundesländern.

Zudem ist das Netzwerk, das sich in Brandenburg gegen Rechtsextremismus entwickelt hat, deutlich engmaschiger geworden, sodass sich das MBT nicht mehr mit allem befassen muss. Trotz der zum Teil erheblichen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es erstaunlich, wie gering die personelle Fluktuation im Team ist: Es gibt eine extrem hohe Identifizierung der Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Arbeit.

### Entwicklung Rechtsextremismus

Als das „Tolerante Brandenburg“ seine Arbeit aufnahm, gab es bundesweit eine öffentliche Diskussion darüber, ob es „im Osten“ tatsächlich „National befreite Zonen“ gebe. Vermutlich würde heute niemand mehr auf den Gedanken kommen, solche Ideen auf Brandenburg zu übertragen. Der Rechtsextremismus hat sich gewandelt – aber auch das Land in seinem Umgang damit. Vielleicht der nachhaltigste Erfolg in den vergangenen 15 Jahren ist, dass das Eintrittsalter in die rechtsextreme Szene gestiegen ist: Gingen Jungen früher oft mit Eintritt in die Pubertät in die Szene, so liegt das Alter heute deutlich danach. Das hat insofern strukturelle Bedeutung, als damit nicht mehr die komplette Lebenseinstellung emotional geprägt wird und damit auch Ausstiegsszenarien weniger schwierig sind. Diese Veränderung ist darauf zurückzuführen, dass die Jugendkultur der Skinheads als regional dominante keine Rolle mehr spielt. Damit sank die Attraktivität der Szene, denn die handlungsorientierten Jugendlichen suchten und fanden alternative Gruppierungen. Die mühselige Rekrutierung über den Intellekt ist für die rechtsextreme Szene deutlich aufwendiger und weniger nachhaltig. Die rechtsextremen Parteien (DVU, NPD und neuerdings Die Rechte) sind in ihrem gegenwärtigen Zustand kaum attraktiv für Jugendliche. Die Freien Kräfte, Kameradschaften, und Autonomen Nationalisten nehmen zwar leicht zu, aber auch sie haben im Bereich der jungen Männer erhebliche Defizite in Sachen Attraktivität. Sie müssen mit anderen Eventorientierten Systemen konkurrieren. Eine Schwierigkeit der demokratischen Systeme bleibt allerdings weiter bestehen:

Die Angebote für bildungsabgewandte Jugendliche sind weiterhin kaum vorhanden. Das betrifft sowohl die Jugendorganisationen der Parteien, die regionalen sozialpädagogischen Strukturen als auch die klassischen Organisationen mit Jugendabteilungen. Neuere Bewegungen wie „Die Identitären“, die rein Internet basiert sind, können mit ihren subtileren Formen des Rassismus und des Rechtsextremismus ohne das Schmutz-Image sehr viele Anhänger gewinnen. Daran zeigt sich zwar einerseits, dass die öffentliche Stigmatisierung des Rechtsextremismus erfolgreich war, andererseits verweist es auf ein Defizit der politischen und weltanschaulichen Diskussion mit Jugendlichen. Wenn wir das Wahlalter 16 ernst meinen, muss dort noch sehr viel geschehen.

### Netzwerk

Mit der Formierung des „Toleranten Brandenburg“ bestand die Aufgabe eines brandenburgischen Netzwerkes, das zunächst als System aus Regierung und Aktionsbündnis gedacht war. Mit der

Finanzierung der „Opferperspektive“ entstand der Nukleus eines professionalisierten Netzwerkes, das bis heute gut ausgebaut ist. Diese Arbeit wurde ab 2004 vom „Toleranten Brandenburg“ deutlich intensiviert. Bis heute begleitet die Koordinierungsstelle unsere Arbeit engagiert. Durch ihre Tätigkeit ist das Beratungsnetzwerk Brandenburg zu einer schnellen, schlagkräftigen Gruppe ausgebaut worden. Mit der Etablierung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus im Jahr 2000 wurde entschieden, das Landesprogramm nicht zu verändern. Durch die erweiterten Mittel war es in Brandenburg aber möglich, das Netzwerk weiter auszubauen. Die Partner des Netzwerkes (RAA, Opferperspektive, MBT, Aktionsbündnis, Sportjugend und Jugendbeteiligung Brandenburg) und die Ministerien (Bildung und Innen/Verfassungsschutz) kooperieren sehr pragmatisch und effizient entlang der Ereignislagen. Dadurch werden die Spielräume der Beteiligten erhöht und die Kommunikation erleichtert.

## **„Demokratische Schulkultur, weltoffene Kommune und integrative Politik vor Ort“**

Alfred Roos, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ konnte bei seiner Entwicklung auf Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt zurückgreifen. Dies betrifft vor allem das Konzept mobiler Beratung durch das Mobile Beratungsteam und das Konzept der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, die beide durch die Ausländerbeauftragte des Landes, Almuth Berger, angeregt und u.a. mit Mitteln des MASGF und MBSJ seit 1991/1992 aufgebaut und finanziert wurden. Beide Konzepte wurden in das Handlungskonzept aufgenommen, das Mobile Beratungsteam sogar stark ausgebaut. Gemeinsam ist beiden Konzepten eine Hinwendung zu den regionalen Gegebenheiten: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und menschenfeindliche Gewalt muss mit den Akteuren vor Ort gemeinsam geführt werden. Sie sollen eine der konkreten Situation angepasste Unterstützung erfahren. Sie sollen dabei unterstützt werden, ihre Antworten auf die Problemlagen zu finden und zu geben.

„Die Einzigen, die für uns im ländlichen Raum zum Thema „Rechtsextremismus“ überhaupt ansprechbar waren, waren die Kollegen von der RAA“, berichtet eine Brandenburger Lehrerin ihre Erfahrung aus den frühen 90iger Jahren anlässlich des 20-jährigen RAA-Jubiläums. Sowohl für viele Lehrkräfte in den Schulen als auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit stellte sich in dieser Zeit die Frage, wie sie umgehen sollten mit der vor allem von Jugendlichen ausgeübten Gewalt gegen Zugewanderte und links-alternative Jugendliche. Die Häufung rassistischer Gewalt einerseits, die weite Verbreitung der Ablehnung von Flüchtlingen und rassistischer Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ andererseits, schließlich die beschwichtigende, den Ernst der Lage verkennende Haltung politischer Verantwortungsträger machten es für Einzelne vor Ort schwer, Gehör und Unterstützung zu finden. Anlass der Gründung von Niederlassungen, im Rahmen des Modellvorhabens der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung in den neuen Bundesländern, waren in der Regel lokale Gewalttaten und die daraus resultierende Bereitschaft der Kommune, zumindest Räumlichkeiten für eine Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule zur Verfügung zu stellen. Bund, Land und die Freudenberg-Stiftung stellten die Mittel für die personelle Besetzung der Arbeitsstellen bereit. Von Anfang an arbeiteten Lehrkräfte des Landes und (Sozial-) Pädagoginnen und Pädagogen in den RAA-Niederlassungen gemeinsam an Schulen des jeweiligen Ortes als auch im Bereich der Integration von Zugewanderten zusammen. Die Regionalen Arbeitsstellen waren zunächst kommunal auf den jeweiligen Standort und die engere Umgebung bezogen. Gleichzeitig wurden in der Geschäftsstelle der RAA in vielen Projekten Fortbildungen, Ausstellungen, Bildungsmaterialien, pädagogische Konzepte zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt und über die Niederlassungen an Schulen und außerschulische Jugendarbeit weitergegeben. Kooperation mit den Akteuren vor Ort ist bis zum heutigen Tag die Grundlage der RAA-Arbeit.

Mit dem Handlungskonzept der Landesregierung wurde 1998 nicht nur die Arbeit der RAA Brandenburg als Partnerin des Handlungskonzepts weitergeführt, sondern auch die Kooperation mit den staatlichen Schulämtern verstärkt: In jedem staatlichen Schulamt wurde ein Schulrat oder eine Schulrätin als Ansprechpartner/-in für Fragen der Gewalt, des Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit benannt, dem oder der ein Team (jeweils eine Lehrkraft als Koordinatorin, ein Schulpsychologe oder eine Schulpsychologin, eine Lehrkraft der RAA ) zur Seite stand. Diese Beraterteams sollten einzelnen



Lehrkräften, Kollegien von Schulen oder anderen Schulseitigen zur Verfügung stehen und schulinterne Fortbildungsveranstaltungen anbieten. Dieses Beratungssystem für Schulen hat über viele Jahre eine Fülle von Beratungen, Veranstaltungen, vor allem aber ungezählte schulische Projekte veranstaltet. 2004 hatte die RAA Brandenburg auf Bitte des MBS ihre Struktur auf die staatlichen Schulämter zugeschnitten, kommunale Niederlassungen wurden zusammengelegt, Niederlassungen geschlossen, neue regionale Niederlassungen dort eröffnet, wo es keine Niederlassung im Schulamtsbereich gab. Gleichzeitig wurden die MBT-Büros und RAA-Niederlassungen als Büros für Integration und Toleranz (BIT) an den heutigen 6 Standorten zusammengeführt.

Neben diesen strukturellen Veränderungen haben sich auch die Schwerpunkte der RAA-Arbeit entscheidend verändert. War es zu Beginn der 90er-Jahre für die RAA nötig, selbst Bildungsmaterialien und -formate für Brandenburg zum Thema „Rechtsextremismus und Rassismus“ zu entwickeln, so wurde u.a. im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, aber auch darüber hinaus eine Fülle von Materialien – auch durch die RAA in Brandenburg und anderen Bundesländern – entwickelt, sodass Schulen und andere Einrichtungen auf eine Vielzahl von Materialien zurückgreifen können. Aufgabe der RAA ist es nun, landesweit – nicht nur kommunal – Beratung und Fortbildung für Lehrkräfte und außerschulische Partner anzubieten. Die Evaluierung der RAA-Arbeit, aber auch verschiedener vergleichbarer Ansätze der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat gezeigt, dass eine wirksame Stärkung von Schulen in der Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus nur im Rahmen von Schulentwicklungsprozessen, begleitender Beratung und Fortbildung zu erreichen ist. Deshalb beraten die RAA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Schulen im Blick auf demokratische und interkulturelle Schulentwicklung und begleiten dies mit Fortbildungsangeboten und unterstützen Schulen in der Programm- und Projektarbeit. Schulen erhalten für ihre Schulentwicklung vielfältige Unterstützungsleistungen, die sowohl die Schulkultur als auch den Unterricht (bezüglich der Themen „demokratische Beteiligung“, „Integration“ und „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt“) betreffen.

Für das neue Beratungs- und Unterstützungssystem Schulaufsicht-Schule (BUSS), das sich mit der Neustrukturierung der Schulaufsicht herausbildet, stehen die Schulberaterinnen der RAA Brandenburg als Partnerinnen zur Verfügung.

Von Beginn an stand und steht das Thema „Integration von Zugewanderten“ in der Arbeit der RAA Brandenburg im Vordergrund. Integration haben wir dabei immer als gesellschaftlichen Prozess verstanden, bei dem die Zuwanderer als auch die aufnehmende Gesellschaft gefordert sind. Integrationspolitik in den 90er-Jahren musste sich mit einem weit verbreiteten Rassismus auseinandersetzen, mit „fremden“-feindlichen Einstellungen bis hin zu rassistischer Gewalt. Diese Frage war eng verknüpft mit der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, da rassistische, antisemitische und nationalchauvinistische Einstellungen, Haltungen und Handlungen den Kern des Rechtsextremismussyndroms bildeten.

Spätestens seit Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich die integrationspolitische Großwetterlage geändert: Zunehmend wird die Bedeutung von Zuwanderung im Land und im Bund in den Vordergrund gerückt, da der Fachkräftebedarf ohne Zuwanderung und die (teilweise nachholende) Bildungsintegration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Entwicklungschancen der Wohlstandsgesellschaft gefährden. Durch den Wandel im Bereich der Ausländer- und Integrationspolitik werden die Leistungen und die Leistungsbereitschaft von Menschen mit Migrationsgeschichte wesentlich stärker wahrgenommen. Die RAA Brandenburg hat sich deshalb mit

Programmen und Projekten sehr frühzeitig mit der Frage auseinandergesetzt, wie eine – neuerdings unter dem Titel „Willkommenskultur“ firmierende – interkulturelle Öffnung der Gesellschaft angeregt und unterstützt werden kann. Dazu gehören die Entwicklung von Beratungs- Fortbildungs- und Trainingsangeboten zur interkulturellen Kommunikation und interkulturellen Öffnung für unterschiedliche Einrichtungen, von Bildungseinrichtungen über NGOs bis zu Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, Jobcenter und Arbeitsagenturen. Schließlich braucht eine offene demokratische Gesellschaft auch das Engagement von Migrantenorganisationen, die die Interessen von Zugewanderten artikulieren. Deshalb unterstützt die RAA Brandenburg seit vielen Jahren Migrantenorganisationen, aber auch durch Zugewanderte geprägte religiöse Gemeinschaften unter anderem im Rahmen des Projekts „Empowerment und Partizipationsförderung“ (EmPa), das in Kooperation mit der ehemaligen Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Karin Weiss, entwickelt wurde und nun im 4. Jahr in den östlichen Bundesländern durchgeführt wird.

Bei allen Veränderungen, die die RAA-Arbeit auch im Bereich der Integration von Zugewanderten durchlaufen hat, ist die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Integrationsbeauftragten gleich wichtig geblieben. Die RAA-Niederlassungen unterstützen die Arbeit der Beauftragten, beraten und wirken mit bei der Entwicklung von Integrationskonzepten und beteiligen sich an der Entwicklung einer offenen und toleranten kommunalen Kultur, die die Chancen und Möglichkeiten der Zuwanderung in den Vordergrund rückt und der Wirklichkeit einer inklusiven Gesellschaft näherbringt.

Beide Konzepte, die durch die Landesregierung in den 90er-Jahren in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus umgesetzt wurden, das landesweite Aktionsbündnis und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, basieren auf der Idee der Vernetzung von staatlichem und dem Handeln von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zugleich fördert die Landesregierung über zentrale, landesweit agierende Organisationen die beratend und unterstützend in den Kommunen und Regionen zur Verfügung stehen. Mit der Aufnahme der „Opferperspektive“ zur Arbeit von RAA und MBT entstand der Nukleus eines professionalisierten Netzwerkes, das bis heute gut ausgebaut ist. Diese Vernetzung und Kooperation wurden ab 2004 vom „Toleranten Brandenburg“ deutlich intensiviert. Bis heute begleitet die Koordinierungsstelle unsere Arbeit engagiert. Durch ihre Tätigkeit ist das Beratungsnetzwerk Brandenburg zu einer schnellen, schlagkräftigen Gruppe ausgebaut worden. Mit der Etablierung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus im Jahr 2000 wurde entschieden, das Landesprogramm nicht zu verändern. Durch die erweiterten Mittel war es in Brandenburg aber möglich, das Netzwerk weiter auszubauen. Die Partner des Netzwerkes (RAA, Opferperspektive, MBT, Aktionsbündnis, Sportjugend und Jugendbeteiligung Brandenburg) und die Ministerien (Bildung und Innen/Verfassungsschutz) kooperieren sehr pragmatisch und effizient entlang der Ereignis- und Bedarfslagen. Dadurch werden die Spielräume der Beteiligten erhöht, die Kommunikation erleichtert und damit steigt die Wirksamkeit des Beratungsnetzwerkes.

## **„Jugendbeteiligung als wichtige Säule unserer Demokratie“**

Thomas Kropp, Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung, bis Ende 2012 Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung Brandenburg genannt, nahm im Sommer 2007 offiziell ihre Arbeit auf. Die damit in diesem Projekt und als Bestandteil des Beratungsnetzwerkes (Tolerantes Brandenburg) positionierten Arbeitsfelder und Aufgabenschwerpunkte sind bis zu diesem Zeitpunkt innerhalb eines modellhaften Ansatzes im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS (Netzwerkstellen) seit 2002 in Brandenburg entwickelt worden.

Die ursächliche Zielrichtung des direkten Vorläufer-Projekts „Netzwerk für Demokratische Kultur“ dem Auftrag im Bundesprogramm CIVITAS gemäß war in den ersten Jahren auf die Unterstützung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Strukturen bezogen auf die Region Potsdam-Mittelmark ausgerichtet. Schwerpunkte der Aktivitäten lagen dafür zunächst in der möglichst breiten Erfassung der aktuellen zivilgesellschaftlich organisierten Aktionen und Kampagnen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, sowie begleitenden Gesprächen mit Funktionsträgern und potenziellen Kooperationspartnern im Einzugsbereich des Projekts. Die gesammelten Informationen und der Aufbau entsprechender Kontakte dienten der Verfeinerung des Überblicks über bereits laufende Aktivitäten zur Entwicklung demokratischer Kultur an verschiedenen Standorten des Landkreises Potsdam-Mittelmark sowie der Überprüfung des geplanten Angebotsprofils des Projektes vor dem Hintergrund konkreter Erwartungen zivilgesellschaftlicher Akteure. Durch die neue, verbindliche Unterstützung der Netzwerkstelle für Demokratische Kultur wurde die informelle Vernetzung für Toleranz –gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit ausgebaut und der zunächst regionale sowie Informationsaustausch verbessert. Im Rahmen der Befragungen wurde wiederholt das Vorhandensein latenter fremdenfeindlicher Tendenzen in allen Schichten der Bevölkerung registriert und gleichzeitig beklagt, dass öffentlicher Handlungsdruck immer erst nach rechtsgerichteten, gewalttätigen Übergriffen artikulierbar bzw. einklagbar zu sein schien. In diesem Zusammenhang ergab sich eine punktuell sehr engagierte Zusammenarbeit im Bereich der Aufklärungs- und Präventionsarbeit in den Themenbereichen „Fremdenfeindlichkeit“, „Gewalt“ und „demokratische Mitbestimmung“ zwischen der Netzwerkstelle und Schulen bzw. öffentlichen Jugendeinrichtungen im Landkreis.

Vor dem Hintergrund der zu dieser Zeit zunehmenden, gewaltsamen, fremdenfeindlichen Übergriffe und der öffentlichen Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes in den Regionen des Landkreises, wurde eine massive öffentliche Bearbeitung dieser Problematik mit allen Gruppen der Bevölkerung als unbedingt notwendig angesehen, um eine zivilgesellschaftlich organisierte Gegenbewegung in Gang zu setzen. Diesem Ziel folgend, wurden neben der Unterstützung zivilgesellschaftlich organisierter Strukturen und Aktionen, insbesondere im Bereich der lokalen Jugendarbeit, bereits begonnene Jugendbeteiligungsprojekte weiterentwickelt und (wie sich später heraus stellen sollte) beispielgebend über die Ursprungsregion hinaus neu initiiert und weiterverbreitet.

Das Arbeitsfeld „Jugendpartizipation“ entwickelte sich in den darauffolgenden Jahren insbesondere durch ein rasch steigendes Interesse bei Jugendlichen, aber auch der gezielten Nachfrage in den kommunalen Verwaltungen und auf kommunalpolitischen Entscheidungsebenen zu einem neuen Schwerpunkt in der demokratiefördernden Arbeit der Netzwerkstelle. Durch die damit verbundene Zunahme von Unterstützungsanfragen aus weiteren Kommunen auch weit über den ursprünglichen regionalen Wirkungskreis der Netzwerkstelle hinaus, wurde eine strukturelle und inhaltliche

Neuausrichtung des Projekts dringend notwendig, welche im Jahr 2007 in die Gründung der Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung Brandenburg mündete.

In der Öffentlichkeit und den Medien wird immer nachdrücklicher diskutiert und gefordert, dass unsere Gesellschaft vor Reформаaufgaben in allen Politikbereichen steht und konstruktive Veränderungen nur unter Mitwirkung aller gesellschaftlichen Schichten realisierbar sind. Diese zu meistern, erfordert mehr bürgerschaftliches Engagement denn je. Eine neue Partizipationskultur ist gefragt, und die junge Generation spielt dabei eine wichtige und vor allem zukunftssichernde Rolle.

Junge Menschen zur politischen Mitarbeit anzuregen und demokratische Mitbestimmung vor Ort erlebbar zu machen, erweist sich über die Stärkung der demokratischen Kultur hinaus als ein sinnvoller und nachhaltiger Beitrag für eine weitgreifende Prävention in den verschiedensten Lebensbereichen junger Menschen. Kinder und Jugendliche sind fast immer von politischen Entscheidungen betroffen - haben jedoch nur selten Gelegenheit, sie zu beeinflussen.

Diese Situation zu ändern, setzt vor allem ein Umdenken bei Akteuren in Politik, Verwaltung, Jugendarbeit und Schulen voraus – Kommunen können sich langfristig nur mit der Beteiligung aller Generationen entwickeln. Die Jugendlichen benötigen für dieses Engagement die Möglichkeit zur Mitsprache und zur Teilhabe, die Offenheit der etablierten Politik und die Möglichkeit zur Übernahme von Verantwortung – für Demokratie.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre im Bereich politischer Mitgestaltung und Beteiligung Jugendlicher im Land Brandenburg haben gezeigt, dass das Ziel der Entwicklung einer landesweiten demokratischen Beteiligungskultur Jugendlicher perspektivisch einen breiten gesellschaftlichen Ansatz benötigt. Mit diesen speziellen und landesweit ausgerichteten Ziel- und Arbeitsschwerpunkten konnte sich das Projekt Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung von Beginn an inhaltlich, strukturell und politisch deckungsgleich im Beratungsnetzwerk und Handlungskonzept des „Toleranten Brandenburgs“ wiederfinden. Die Landesregierung und insbesondere die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ haben die Arbeit der Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung seither über viele Jahre inhaltlich, finanziell und politisch unterstützt.

## „An der Seite der Opfer rechter Gewalt“

Marcus Reinert, Opferperspektive e.V.

Die Opferperspektive bietet Betroffenen, Zeuginnen und Zeugen und ihrem sozialen Umfeld nach einer Gewalttat umfassende individuelle Beratung und praktische Unterstützung. Durch parteiliche Hilfe werden die Betroffenen nach einer Gewalterfahrung darin unterstützt, aus der Passivität der Opferrolle herauszufinden, um sich wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Leitgedanke der Arbeit ist es, einen Zusammenhang zwischen scheinbar individueller Gewalttat, den gesellschaftlichen Diskursen und politischen Rahmenbedingungen herzustellen. Durch Aufklärung und Sensibilisierung werden die öffentliche Auseinandersetzung und der Fachdiskurs über die Ursachen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten um die Perspektive der Betroffenen erweitert. Neben der Einzelfall- und Gruppenberatung führen die Beratungsstellen ein fortlaufendes Monitoring zum Ausmaß rechtsmotivierter Gewalt durch und intervenieren bei Bedarf fallbezogen sowie reaktiv im lokalen Raum. Lokale Intervention kann auch präventive Wirkung entfalten. Durch eine Parteinahme für die von rechter Gewalt Betroffenen wird Ausgrenzungsbestrebungen entgegengewirkt. Indem den Täterinnen und Tätern im lokalen Raum die vermeintliche Zustimmung zu ihren Taten entzogen wird, kann der Einfluss rechter Ideologien geschwächt werden. Potenziell Betroffene bestärkt dieses klare Signal einer Kommune in ihrem Zugehörigkeitsgefühl zum Gemeinwesen. So kann das gesellschaftliche Klima im günstigsten Fall nachhaltig verbessert werden.

Es waren vier ehrenamtliche Aktivistinnen und Aktivisten, die 1998 die Initiative Opferperspektive gründeten und ein Beratungskonzept für die Arbeit mit Opfern rechter Gewalt entwickelten. Die Gründung erfolgte in einer Zeit, in der nach dem Aufflammen rechter Gewalt Anfang der neunziger Jahre eine zweite Hochphase solcher Gewalttaten zu verzeichnen war. Erinnerung sei an die Angriffe auf Noël Martin und Orazio Giambianco sowie an die sog. Hetzjagd von Guben. Letztere war einer der ersten Fälle, der durch die Opferperspektive betreut wurde. Gleichzeitig gründeten sich vielerorts zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In Brandenburg wurde das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ auf den Weg gebracht, da deutlich geworden war, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht allein durch repressive Mittel erfolgen kann. Die Gründerinnen und Gründer der Opferperspektive waren bereits seit Anfang der 90er-Jahre im antifaschistischen und antirassistischen Spektrum engagiert. Sie entwickelten die Idee einer spezifischen Beratung für Opfer rechtsmotivierter Gewalt aus ihren Erfahrungen in der Unterstützung von selbst verwalteten alternativen Jugendprojekten in Brandenburg, die regelmäßig Ziel von Neonaziangriffen wurden.

In vielen brandenburgischen Kommunen wurden Menschen, die sich nicht dem Hegemonialanspruch rechter Gruppen und Cliques unterwerfen wollten, fast wöchentlich angegriffen. Die Gewalt richtete sich aber auch gegen Migrantinnen und Migranten, schwarze Deutsche, Menschen jüdischen Glaubens, Obdachlose oder Lesben und Schwule. Ausgangspunkt der Gründung war die Motivation, „den zum Alltag gewordenen Zustand einer permanenten Bedrohung und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht länger hinnehmen zu wollen“. Bereits bei der Gründung wurden die direkte Unterstützung der Opfer nach einem Angriff, die Förderung gesellschaftlicher Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozesse und die Stärkung der Selbstorganisation der Betroffenen als zentrale Kernbereiche der Beratungsarbeit begriffen. Auch wenn sich die Arbeit der Opferperspektive in vielen Punkten verändert hat, beruht ihre Arbeit bis heute auf diesen Säulen. Mit dieser Verbindung von Hilfe-

und Gestaltungsparadigma wurde konzeptionelles Neuland betreten und ein speziell auf Betroffene rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten ausgerichteter Beratungsansatz entwickelt.

In den Anfangsjahren arbeitete die Opferperspektive unter dem Dach der RAA Brandenburg. Fahrt- und Telefonkosten wurden über Lottomittel des Landes finanziert. Im Jahr 2001 wurde schließlich der Verein Opferperspektive e.V. gegründet. Mit der Einrichtung des Bundesprogramms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus“ in den neuen Bundesländern konnte die Hilfe für Opfer rechter Gewalt weiter professionalisiert werden, da nun die Beratungsarbeit hauptamtlich erfolgte. Der Verein arbeitete an der Entwicklung der Leitlinien des Förderbereichs Opferberatung innerhalb des Programms CIVITAS mit und bestärkte in den neuen Bundesländern lokale Initiativen, die bereits ehrenamtlich Betroffene rechter Gewalttaten unterstützten, über die Programmfinanzierung eigene landesweite Opferberatungsstrukturen aufzubauen. Gleichzeitig erhielt die Arbeit der Opferperspektive auch verstärkt öffentliche Anerkennung. Der Verein wurde im Jahr 2000 mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille und 2003 mit dem Preis „Aktiv für Toleranz und Demokratie“ geehrt.

Nachdem die Opferperspektive in den Jahren 2001 bis 2003 über Bundesmittel finanziert wurde, hat sich das Land Brandenburg ab dem Jahre 2004 in immer stärkerem Maße an der Finanzierung des Projekts beteiligt. Die Landesfinanzierung erfolgte anfänglich über das Ministerium der Justiz und wurde im Jahre 2007 durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ übernommen. Die Opferperspektive ist seitdem fester Bestandteil des dort tätigen Beratungsnetzwerks.

Seit 2004 betreibt der Verein die Wanderausstellung Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990, die an die 169 Todesopfer rechter Gewalt erinnert.

Um das Beratungsangebot für Opfer rechter Gewalt zu ergänzen, wurde im Jahre 2009 eine Beratungsstelle für Betroffene rassistischer Diskriminierung eingerichtet. Regelmäßig berichten Gewaltopfer im Rahmen der Opferberatung von Diskriminierungserfahrungen. Das Zusammenwirken von Opfer- und Antidiskriminierungsberatung unter einem Dach begünstigt den Aufbau vertrauensvoller Beratungsbeziehungen bei Klientinnen und Klienten mit vielfältigen Problemlagen, dient der Effektivität der Beratung von Gewaltopfern und erweitert zudem das Netz der Kooperationsbeziehungen im Land Brandenburg. Zudem kann besser auf die Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten eingegangen werden.

## **„Sportvereine stärken – Rechtsextremismus bekämpfen. Förderung und Stärkung demokratischer Strukturen in den Vereinen und Verbänden des Landessportbundes“**

Uwe Koch, Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.

Als Dachorganisation von ca. 3.000 Sportvereinen, 14 Kreis- und 4 Stadtsportbünden sowie 54 Landesfachverbänden ist der Landessportbund Brandenburg mit mehr als 300.000 Vereinsmitgliedern die größte Personenvereinigung sowie eine der bedeutendsten Freiwilligenorganisationen des Landes Brandenburg. Der Landessportbund (LSB) mit seiner Brandenburgischen Sportjugend fördert die Partizipation und Teilhabe aller sozialen Gruppen am gesellschaftlichen Leben. Mit mehr als 120.000 freiwilligen Helferinnen und Helfer sowie 46.000 ehrenamtlich Tätige verfügt der LSB über ein riesiges Potenzial ehrenamtlich Engagierter sowie über landesweite Strukturen, mit denen er auf den verschiedenen Ebenen wirksam werden kann.

Neben der Förderung und Entwicklung des organisierten Sports engagiert sich der LSB auf vielfältige Weise im Sinne der olympischen Erziehung sowie der Vermittlung humanistischer Werte im und durch den Sport. Verschiedene soziale Projekte und Programme des Landessportbundes verdeutlichen die gesellschaftliche Verantwortung des Landessportbundes bei der Mitgestaltung der demokratischen Gesellschaft, der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, bei der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements sowie bei der Mitwirkung sozialer Integration und der Übernahme sozialer Aufgaben.

Seit dem 19.12.2005 ist der Landessportbund Brandenburg e.V. Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung des Landes Brandenburg. Als Kooperationspartner des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ leistete und leistet der Landessportbund Brandenburg mit vielfältigen Aktivitäten und Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Förderung demokratischer Strukturen in den Vereinen und Verbänden sowie zur aktiven Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Intoleranz, Rassismus und Rechtsextremismus. Hervorzuheben sind dabei Bildungsprogramme zur demokratischen Wertevermittlung, Programme zur Integration von Zuwanderern in den Sport und in die Gesellschaft sowie Programme gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen der Kooperationsvereinbarung konkrete Projekte, Aktivitäten und Veranstaltungen durchgeführt, die in besonderer Weise geeignet sind, zivilgesellschaftliches Engagement, Weltoffenheit und Toleranz zu fördern. Erwähnt werden können unter anderem die „Meilen für Toleranz“, die überall im Land Brandenburg stattfanden. Besonders symbolträchtig war 2007 die „Meile für Toleranz“ beim 40. Sachsenhausener Gedenklauf. Der Lauf erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen und führt immer Anfang Mai rings um die Gedenkstätte in Oranienburg.

Als weitere Aktivitäten sind die gemeinsame Durchführung von Tagungen und Kongressen des Landessportbundes und von Kreissportbünden zur Förderung demokratischer Strukturen und der Partizipation; die Förderung internationaler und interkultureller Aktivitäten im Kontext internationaler Sporthöhepunkte; die Durchführung integrativer 24h-Staffelläufe unter dem Motto: „Brandenburg läuft für Frieden und Toleranz“ (2003; 2004) zu nennen. Einige dieser Veranstaltungen werden von Sportvereinen seitdem jährlich durchgeführt. Sie setzen damit sichtbare Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Schließlich sind Themen wie „Integration“, „Toleranz“,

„Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremis“ seit vielen Jahren Bestandteil der Übungsleitungs- und Vereinsmanagement-Schulungen des Landessportbundes.

Als Gründungsmitglied des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat der Landessportbund mit seinen Untergliederungen den pädagogischen Nutzen des Sports zur Vermittlung von gesellschaftlichen Werten schon frühzeitig erkannt und engagierte sich auch schon vor 2005 für Toleranz und Anerkennung. Denn wer in seinem konkreten Lebensumfeld Vielfalt und Demokratie positiv erlebt, kann leichter ein Gefühl für die grundsätzliche Bedeutung dieser Werte im gesellschaftlichen Zusammenleben entwickeln und ist auch eher bereit, sich in seinem eigenen Handeln an diesen Grundsätzen zu orientieren.

Auch die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V. (BSJ) engagiert sich seit ihrer Gründung im Jahr 1990 in verschiedenen Bereichen für Weltoffenheit und Toleranz. Diverse Projekte wurden seit dieser Zeit ins Leben gerufen. Beispielhaft genannt seien hier das Bundesprojekt „Integration durch Sport“, das sehr erfolgreiche Projekt „Straßenfußball für Toleranz“ in Verbindung mit der Schul-WM im Projekt „Schulen zeigen Flagge“. Seit 2002 werden in enger Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ Straßenfußballturniere quer durch das Land Brandenburg unter dem Motto „Akzeptanz und Anerkennung“ durchgeführt. Daran nahmen Jugendliche aus den jeweiligen Städten, die in die Projekte eingebundenen Jugendlichen und in Brandenburg lebende Migranten teil. Zentrales Anliegen ist es hierbei, neben dem sportlichen auch das soziale Talent von Kindern und Jugendlichen zu fördern. An den Turnierserien beteiligten sich jährlich mehr als 1.500 Jugendliche. Insbesondere zu den Finalturnieren konnten mehr als 30 internationale Jugendgruppen begrüßt werden.

In diesem Zusammenhang können auch die umfangreichen internationalen Bemühungen der Brandenburgischen Sportjugend erwähnt werden, mit denen nicht zuletzt interkulturelle Kompetenzen Jugendlicher gestärkt werden sollen.

Des Weiteren kann auf die Tage der Demokratie verwiesen werden, die im Juni 2010 von der Brandenburgischen Sportjugend organisiert worden sind und im August 2013 eine Neuauflage erleben werden.

Seit dem Juli 2007 ist die Brandenburgische Sportjugend (BSJ) auch Teil des landesweiten Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Mit den Projekten „Verein(t) gegen Rechtsextremismus“ (2007-2010), „Tore für Demokratie“ (2010-2012) und aktuell „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“ (2013-2014) stärkt die BSJ nunmehr seit über sieben Jahre durch verschiedene Maßnahmen demokratische Handlungskompetenzen, das zivilgesellschaftliche Engagement und die Zivilcourage im organisierten Sport. Die Brandenburgische Sportjugend sensibilisiert, aktiviert und vernetzt Sportvereine zur Positionierung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, qualifiziert Akteure aus den verschiedenen Bereichen des organisierten Sports wie Vereinsfunktionärinnen und -funktionäre und Übungsleitende, führt themenbezogene Veranstaltungen und Seminare durch und bietet anlassbezogene Beratung bei Problemsituationen vor Ort an.



Der Landessportbund und die Brandenburgische Sportjugend werden auch zukünftig großes Engagement bei der Bekämpfung rechtsextremen Gedankengutes zeigen und sich ausdrücklich für Menschlichkeit und Toleranz einsetzen.

## **Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ – Bilanz der Landesregierung**

### **Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“**

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist das Leitbild der Landesregierung zur Förderung einer starken und lebendigen Demokratie. Diesem Leitbild folgend setzt sich die Landesregierung seit vielen Jahren für eine offene und freiheitliche Gesellschaft ein, in der sich aktive Bürgerinnen und Bürger tatkräftig an der Gestaltung ihres demokratischen Gemeinwesens beteiligen. Sie arbeitet zu diesem Zwecke mit verschiedenen staatlichen und nicht staatlichen Institutionen zusammen, die Zivilcourage zeigen und Verantwortung für das Ganze übernehmen.

Die Landesregierung hat seit 1998 unter Einbeziehung von Bundesmitteln im Rahmen des Handlungskonzepts rund 37 Mio. EUR aufgewendet. Die Koordination des Handlungskonzepts innerhalb der Landesregierung wurde 2001 an den Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport übertragen. Er wird dabei von einer Koordinierungsstelle unterstützt, deren Aufgabenzuschnitt in den vergangenen Jahren mehrfach angepasst wurde. Im Wesentlichen berät und steuert die Koordinierungsstelle die politische Schwerpunktsetzung innerhalb der Landesregierung, koordiniert ressortübergreifende Vorhaben, unterstützt und entwickelt Strategien für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, sensibilisiert die Öffentlichkeit, arbeitet mit zivilgesellschaftlich Aktiven zusammen, fördert deren Engagement und verknüpft vorhandene Strukturen zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Eine besondere Aufgabe ist die Steuerung des landesweiten Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus. Das Beratungsnetzwerk ist ein Verbund von Expertinnen und Experten mit unterschiedlichem Fachwissen zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung. Es besteht sowohl aus staatlichen als auch aus nicht-staatlichen Trägern und arbeitet nach dem Prinzip „aufsuchen, unterstützen, ermutigen“. Mitglieder des Beratungsnetzwerkes sind:

- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos (Mobiles Beratungsteam),
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg,
- Opferperspektive e.V.,
- Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung,
- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund.

Die Ursprünge des Beratungsnetzwerkes gehen auf die Gründung der Mobilen Beratungsteams und der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration (RAA Brandenburg) im Jahr 1992 zurück. Diese damals noch jungen Strukturen waren die Basis des im Jahr 1998 gegründeten landesweiten Beratungsnetzwerkes. Später folgten weitere Träger wie die Opferperspektive oder die Brandenburgische Sportjugend.

Im Jahr 2004 wurden die regionalen Beratungsstrukturen in Brandenburg verändert. Die Zuständigkeitsbereiche der Mobilen Beratungsteams und der Niederlassungen der RAA wurden an die Schulamtsbezirke angepasst und zusammengeführt. Infolgedessen sind sechs Beratungsräume gebildet worden, die jeweils mehrere kommunale Gebietskörperschaften umfassen. Je Beratungsraum

existiert ein „Büro für Integration und Toleranz“ (BIT). In jedem sind ein Mobiles Beratungsteam und ein RAA-Team vertreten. Sie haben ihren Sitz in Angermünde, Cottbus, Frankfurt(Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin. Durch die Zusammenführung in gemeinsame Büros wurden die unterschiedlichen Arbeitsaufgaben der beiden Träger in einen gemeinsamen Verantwortungsbereich gelegt.

Jedes Mitglied im Beratungsnetzwerk verfügt über individuelle Arbeitsansätze. Das Mobile Beratungsteam unterstützt demokratiegeleitetes Engagement in den Kommunen; die RAA Brandenburg unterstützt Kita, Schule und Jugendarbeit, aber auch Eltern bei der Wahrnehmung der gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsaufgaben; das landesweite Aktionsbündnis unterstützt Bürgerinitiativen und Bündnisse; die Opferperspektive hat ein spezifisches Beratungsprojekt für Opfer rechter Gewalt entwickelt und betreibt ein Antidiskriminierungsprojekt als weiterer Schwerpunkt; die Brandenburgische Sportjugend bietet Beratung bei der demokratischen Gestaltung der Vereins- und Verbandsarbeit. In ihrer Gesamtheit ermöglichen diese Träger es, in besonderen Problemlagen zielgruppenspezifische Lösungsstrategien mit den Betroffenen zu erarbeiten. Zwischen den Mitgliedern des Netzwerkes besteht ein enges, über die Jahre gewachsenes Vertrauens- und Arbeitsverhältnis. Es findet ein regelmäßiger Austausch innerhalb des Netzwerkes statt.

Mittlerweile besteht der Kern des Beratungsnetzwerkes aus ca. 60 Expertinnen und Experten. Infolgedessen haben sich die Bandbreite der Beratungsangebote und die Qualität der Beratung gesteigert. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass lokale Probleme stets in eine gesamtgesellschaftliche Situation eingebettet, Ressourcen mobilisiert und weiterentwickelt werden. Die Geschwindigkeit und Flexibilität bei der Reaktion auf Anfragen sind sehr hoch. Ein Beispiel dafür ist die aktuelle Schulhof-CD der JN. Anfang Dezember 2012 erhielt das MBS den Hinweis vom Verfassungsschutz, dass die Jugendorganisation der NPD wieder die Verteilung einer neuen Schulhof-CD plant. Daraufhin wurden mit Unterstützung des Beratungsnetzwerkes umgehend alle Schulen informiert und mit entsprechenden Handlungsleitfäden versorgt. Ende Januar 2013 hat die JN tatsächlich vereinzelt Verteilaktionen in Brandenburg durchgeführt.

In den vergangenen Jahren wurden innerhalb des Beratungsnetzwerkes vielfältige Handreichungen für Schulen, z.B. zum Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten, erarbeitet. Dieses Material wurde sehr gut angenommen. Die Geschwindigkeit der Versorgung der Schulen mit aktuellen Hinweisen zu rechtsextremen Aktivitäten hat im Laufe der Jahre zugenommen. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die Zahl der Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund an den Schulen massiv zu senken. Im Schuljahr 2000/2001 lag die Zahl der registrierten Vorfälle bei 257. Sie liegt im Schuljahr 2012/2013 bei bisher sechs Fällen.

Insgesamt haben die Konsolidierung und der Ausbau des Beratungsnetzwerkes zu Synergie- und Verstärkungseffekten im Sinne des Handlungskonzepts geführt. Das Handlungskonzept, nicht zuletzt dank des Engagements von vielen Bürgerbündnissen, Initiativen, Vereinen und Verbänden, steht heute auf einer breiten Basis. Der Grad der Vernetzung im Land Brandenburg ist sehr hoch, was den Zusammenhalt der Aktiven vor Ort stärkt.

Ab dem Jahr 2000 wurden die in Brandenburg aufgebauten Beratungsstrukturen durch die Verknüpfung mit Förderprogrammen des Bundes verstärkt. Es handelte sich u.a. um „Civitas – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“, „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie –

gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" oder „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“. Viele Elemente der Bundesprogramme griffen auf beispielhafte Erfahrungen aus dem Land Brandenburg zurück und schrieben die mit dem Handlungskonzept initiierte Linie fort. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ begleitete in den letzten Jahren kontinuierlich die Umsetzung der Bundesprogramme für Vielfalt und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg. Auf diese Weise ist es gelungen, gezielt spezifische Beratungsangebote auszubauen und in den ländlich strukturierten Regionen mittlerweile 16 Lokale Aktionspläne anzusiedeln. Lokale Aktionspläne sind konkrete, vor Ort ausgearbeitete Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie stärken und Netzwerkstrukturen ausbauen sollen. Sie sind in folgenden Regionen angesiedelt:

Uckermark, Barnim, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Hoher Fläming, Ostprignitz-Ruppin, Fürstenwalde/Spree, Frankfurt (Oder,) Märkisch Oderland, Oberspreewald-Lausitz, Cottbus, Spree-Neiße, Westhavelland (Rathenow), Oberhavel, Regionaler Wachstumskern Prignitz (Ostprignitz-Ruppin) und Teltow Fläming.

In jeder dieser Regionen existiert eine regionale Koordinierungsstelle, die Akteure vor Ort miteinander vernetzt und Projekte fördert. Innerhalb der LAPs arbeiten unter kommunaler Verantwortung lokale Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft – von den Kirchen über Vereine bis zu den Verbänden – eng zusammen. In den vergangenen Jahren haben sich auf diese Weise feste Strukturen verankert, die ein wichtiges Unterstützungssystem im Sinne des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ darstellen. Letztendlich haben Lokale Aktionspläne einen Klimawechsel auf kommunaler Ebene bewirkt. Es zeigt sich vor allem daran, dass sich Verwaltungen für das Thema geöffnet haben und Bürgermeisterinnen sowie Bürgermeister klar Position gegen Rechtsextremismus beziehen, ohne gleich als „Nestbeschmutzer“ verurteilt zu werden. Dennoch ist die Qualität der Lokalen Aktionspläne sehr unterschiedlich. Sie hängt von den regionalen Gegebenheiten ab. Der Aktivitätsgrad und die Ausrichtung der Lokalen Aktionspläne weichen teilweise stark voneinander ab.

Die Beteiligung des Bundes hat sich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bewährt. Das zeigt sich auch bei den brandenburgischen Projekten, die durch das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums in Brandenburg gefördert werden. Es zielt darauf ab, die demokratische Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen durch die Ausbildung interner Beraterinnen und Berater zu stärken. Die Koordinierungsstelle setzte sich frühzeitig dafür ein, dass Brandenburger Träger die mit diesem Programm verbundenen Chancen nutzen und dabei intensiv mit dem landesweiten Beratungsnetzwerk zusammenarbeiten. Letztendlich sind die Lokalen Aktionspläne sowie die Bundesprojekte selbst zu aktiven Mitgliedern und Gestaltern des Beratungsnetzwerkes geworden. Das „Tolerante Brandenburg“ als Netzwerk ist dadurch in den vergangenen 15 Jahren nicht nur gewachsen, sondern auch deutlich dichter geworden.

Diese Förderung demokratischer Strukturen muss auch zukünftig in Zusammenarbeit und gemeinsamer Verantwortung von Bund, die demokratische Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen Ländern und Kommunen wahrgenommen werden. Die Koordinierungsstelle setzt sich daher für eine Fortführung der Bundesprogramme ein. Im Februar 2013 hat sie erstmals alle Landeskoordinierungsstellen der

anderen Bundesländer nach Potsdam eingeladen, um über die Fortführung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zu diskutieren und eine gemeinsame Länderposition zu erarbeiten.

Der Ausbau und die Intensivierung der Netzwerkstrukturen auf allen Ebenen waren ein großer Schwerpunkt der Koordinierungsstelle in den vergangenen Jahren. Auf Landesebene hat die Koordinierungsstelle mit mehr als 30 Institutionen Kooperationspartnerschaften geschlossen. Zu den ersten Kooperationspartnern zählten der Landesjugendring, der Landessportbund, die AOK Brandenburg sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg und seine Mitgliedsgewerkschaften. Mittlerweile ist das Kooperationspartner-Netzwerk auf 32 Institutionen gewachsen. Weitere fünf sind in Planung.

Die Kooperationspartnerschaften sind nicht nur ein Akt der Symbolpolitik, sondern werden auch durch regelmäßige Treffen und individuell erarbeitete Jahresarbeitspläne mit Leben erfüllt. Zwei Mal im Jahr lädt die Koordinierungsstelle alle Partnerinnen und Partner zu einem Treffen ein, um Vorhaben gemeinsam zu planen und Aktivitäten miteinander abzustimmen. Es hat dazu beigetragen, dass der Austausch sowie die gegenseitige Unterstützung der Kooperationspartner mittlerweile sehr intensiv sind und sogar ohne Beteiligung der Koordinierungsstelle gut funktionieren. Viele Kooperationspartner haben einen hohen Grad an Eigeninitiative entwickelt und verstehen sich als Multiplikatoren des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. In Einzelgesprächen auf Arbeitspläne bespricht die Koordinierungsstelle mit ihren Partnern konkrete Projekte. Sie werden in Jahresarbeitsplänen festgehalten. Eines dieser gemeinsam entwickelten Projekte ist der „Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz“ des Fußballlandesverbandes. Er wird seit mittlerweile fünf Jahren zusammen mit dem Landessportbund und der Landesregierung durchgeführt. An diesem Aktionstag stehen alle Fußballspiele im Land Brandenburg unter dem Motto „Wir Fußballer für ein tolerantes Brandenburg“. Viele Landtagsabgeordnete, Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie Mitglieder der Landesregierung unterstützen die Aktion und besuchen Spiele.

Weitere Partner der Koordinierungsstelle sind Bürgerbündnisse, Initiativen, Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Gebietskörperschaften, verschiedene Vereine und Verbände, haupt- und ehrenamtlichen Funktionsträgerinnen und -träger sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Mit ihnen tauscht sich die Koordinierungsstelle regelmäßig aus, initiiert gemeinsame Projekte und berät über aktuelle Themenschwerpunkte. Vor allem setzt sie sich dafür ein, dass sich diese Akteurinnen und Akteure untereinander kennen und die vorhandenen Ressourcen im Land Brandenburg optimal nutzen. Die Koordinierungsstelle fungiert dabei als Scharnier. Sie hat z.B. in Kooperation mit dem Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos am 20. September 2011 eine Regionalkonferenz mit dem Titel „Zusammenhalt durch Teilhabe – professionelle Unterstützung demokratischer Entwicklung im Land Brandenburg“ durchgeführt. Das Ziel der Veranstaltung war es, einen Wissenstransfer herzustellen, damit Synergie- und Verstärkungseffekte im Sinne des Handlungskonzepts hervorgerufen werden können.

Neben den Austausch von Praktikerinnen und Praktiker fördert die Koordinierungsstelle den akademischen Austausch. Sie ist im ständigen Dialog mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ intensiv befassen. Gemeinsam mit dem Moses Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien der Universität Potsdam (MMZ)

veranstaltete die Koordinierungsstelle beispielsweise im Jahr 2009 eine wissenschaftliche Tagung. Sie trug den Titel „Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanzen und Perspektiven“. Zahlreiche Gäste aus Wissenschaft und Praxis nahmen daran teil, u.a. Prof. Dr. Heinz Kleger, Dr. Gideon Botsch, Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher sowie Prof. Dr. Hans Gerd Jaschke. Neben der Intention, in einem Diskurs Bilanz für das Land Brandenburg und seine Strategien zu ziehen, widmete sich das Fachpublikum den Möglichkeiten der Verbesserung von Strategien, politischen und juristischen Maßnahmen im Kampf gegen Rechtsextremismus und der Vereinbarkeit von Theorie und Praxis.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ wirkt darüber hinaus als Vertreterin eines großen Netzwerkes in mehreren Gremien, Beiräten, Foren und Wettbewerbsjurs mit. Sie ist u.a. Mitglied im Landespräventionsrat, Landesintegrationsbeirat, Forum gegen Rassismus und Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. Letzteres verleiht jedes Jahr das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg, die sich durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung auszeichnen. Gleichermaßen unterstützt die Koordinierungsstelle den Wettbewerb „Fair bringt mehr“ der Marketinggemeinschaft der Volks- und Raiffeisenbanken. Das Motto des Wettbewerbs lautet „Hinschauen statt wegsehen, aktiv werden statt abwarten“. Er richtet sich an Kindergärten und Schulen bis zur Sekundarstufe II. Seit 2007 haben rund 14.000 Kinder bei dem Wettbewerb mitgemacht.

Da die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor allem in den Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg stattfindet, fördert die Koordinierungsstelle kleinteilige Projekte, die die lokalen, demokratischen Strukturen unterstützen. Sie berät dazu Antragstellende von der Ideenentwicklung bis hin zur Umsetzung von Projekten. Um auf die Besonderheiten des Politikfeldes und aktuelle Entwicklungen eingehen zu können, gibt es bei der Beantragung von Fördermitteln des „Toleranten Brandenburg“ keine Antragsfristen. Die Fördermittel werden bewusst flexibel eingesetzt und Anträge schnell bearbeitet.

Die Vielfalt an Aktionen und Projekten, die die Koordinierungsstelle in den vergangenen Jahren in den Regionen gefördert hat, ist groß. Zu den bisher geförderten Projekten wird auf frühere Berichte verwiesen. Nennenswert sind z.B. das Projekt „Soundwahl“ der Kreuzberger Musikalischen Aktion, die Film-Diskussionsreihe „Roots Germania“ mit Mo Asumang oder die „Wahlbotschafter“- Initiative des Landesjugendrings. Letztere diente vor allem dazu, Erst- und Jungwählerinnen und -wähler anzusprechen. Sie bestand im Wesentlichen aus einer interaktiven Internetplattform, auf der sich Landtagskandidatinnen und -kandidaten vorstellten und mit potenziellen Wählerinnen und Wählern in Kontakt treten konnten. Die Plattform wurde von brandenburgischen Tageszeitungen (wie Märkische Allgemeine Zeitung, Märkische Oderzeitung und Lausitzer Rundschau), der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und dem „Toleranten Brandenburg“ unterstützt. Nach einer Analyse der Seitenbetreiberinnen und -betreiber gab es fast 400.000 Zugriffe auf die Profile von 348 Kandidatinnen und Kandidaten aus 8 Parteien oder Wählervereinigungen. Die höchsten Zugriffszahlen konnten kurz vor der Landtagswahl erzielt werden.

Auf ein ähnliches Instrument greift der Landesjugendring aktuell mit seiner Internetplattform [www.machs-ab-16.de](http://www.machs-ab-16.de) zu. Sie soll in den nächsten Monaten weiter ausgebaut und interaktiver gestaltet werden.

Ende 2011 hat der Landtag das aktive Wahlrecht für die Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre abgesenkt. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ hat in diesem Zusammenhang ein Konzept zur Arbeit mit „rechtsaffinen“ bzw. „demokratiefernen“ Jugendlichen entwickelt. Die RAA und das MBT haben deshalb mit einem entsprechenden Modellprojekt im Landkreis Elbe-Elster bereits im Jahr 2012 begonnen.

Um das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und die damit verbundenen Angebote sowie Netzwerkstrukturen noch bekannter zu machen, hat die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ in den vergangenen Jahren immer wieder neue Wege der Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Seit 2009 ist die Koordinierungsstelle dank der Unterstützung der Mercedes-Benz Niederlassung Berlin mit dem „Demokratie-Mobil“ im ganzen Land unterwegs. Es ist mittlerweile fester Bestandteil der Arbeit des „Toleranten Brandenburg“ und wird stark angefragt.

Mit dem Infomobil unterstützt die Koordinierungsstelle Akteure vor Ort und bestärkt sie in ihrem Engagement für Demokratie. Auf diese Weise wird deutlich, dass die Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus fest an der Seite der Zivilgesellschaft steht und deren Einsatz würdigt. Mit dem Demokratie-Mobil begleiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Koordinierungsstelle Heimatfeste, Sportevents, Jugendlager der Freiwilligen Feuerwehr, Projektstage, Aktionen gegen rechtsextreme Aufmärsche und viele andere Veranstaltungen. Vor Ort stehen sie den Bürgerinnen und Bürger als Ansprechstelle zur Verfügung, informieren über rechtsextreme Phänomene und vermitteln Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerkes. In den vergangenen vier Jahren hat das Team der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ mit dem „Demokratie-Mobil“ über 80.000 Kilometer zurückgelegt und mehr als 260 Termine absolviert.

Um die Attraktivität des „Demokratie-Mobils“ zu steigern, entwickelt die Koordinierungsstelle stetig ihre Präsentationsform und -technik weiter. Neu ist die Nutzung von Werbeaufstellern und Videopräsentationen.

Das Internet und im Speziellen soziale Medien nehmen an Bedeutung zu. Immer mehr Menschen haben eine eigene Facebook-Seite, nutzen Youtube und Twitter oder diskutieren in Blogs. Die Koordinierungsstelle nutzt diese Medien, um über sämtliche Aktivitäten rund um das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ zu informieren. Seit 2011 verfügt sie daher über eine eigene Facebook-Seite. Sie ist unter folgender Internetadresse zu erreichen: [www.facebook.com/tolerantesbrandenburg](http://www.facebook.com/tolerantesbrandenburg). Die Koordinierungsstelle nutzt die Plattform insbesondere, um auf Veranstaltungen, neueste Publikationen und Termine des „Demokratie-Mobils“ aufmerksam zu machen. Sie dient aber auch dazu, die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zu erweitern und damit eine Klientel anzusprechen, die über klassische Kommunikationswege nicht erreicht wird.

Die Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburg“ wurde sehr gut angenommen. Seit hat die Reichweite des „Toleranten Brandenburg“ im Vergleich zur Nutzung herkömmlicher Medien enorm gesteigert. Seit dem Start der Seite gab es mehr als eine halbe Million Beitragsaufrufe und rund 800 Personen verfolgen dauerhaft die Nachrichten der Koordinierungsstelle via Facebook („Fans“). Insgesamt erreicht das „Tolerante Brandenburg“ auf diese Weise rund 200.000 Personen. Die Koordinierungsstelle hat mithilfe der Plattform neue Kontakte geknüpft, Anfragen von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, aber auch wertvolle Hinweise über rechtsextreme Aktivitäten und Gegenaktionen erhalten.

Die Nutzung sozialer Medien und mobiler Programme ist für die Koordinierungsstelle sehr sinnvoll und gewinnbringend. Die Erfahrungen mit Facebook zeigen, dass Mediennutzende das Interesse haben, mitzugestalten und nicht nur zu konsumieren.

Um diesen Nutzen zu steigern, bereitet das „Tolerante Brandenburg“ derzeit eine App für die Betriebssysteme IOS und Android vor. Auf diese Weise werden der Grad an Funktionalität und die Schnelligkeit in der Kontaktaufnahme zur Koordinierungsstelle bzw. zum landesweiten Beratungsnetzwerk weiter verbessert. Des Weiteren wurde das Demokratie-Mobil erstmals mit einem QR-Code beklebt, der Smartphone-Nutzende direkt zur Internetseite des „Toleranten Brandenburg“ führt. Zukünftig werden sämtliche Materialien der Koordinierungsstelle und ihrer Partner mit QR-Codes versehen. Derzeit wird außerdem die Möglichkeit geprüft, Publikationen als E-Book zu veröffentlichen.

Neben den Aktivitäten der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ werden in jedem Ressort Maßnahmen im Sinne des Handlungskonzepts umgesetzt. Zu diesem Zweck ist je Ministerium eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner auf Arbeitsebene benannt, die bzw. der die jeweiligen Aktivitäten begleitet und in der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Tolerantes Brandenburg“ mitarbeitet. Regelmäßige Treffen und Berichte ermöglichen der Koordinierungsstelle, die schwerpunktmäßige Umsetzung des Leitbilds in den Ministerien zu unterstützen und zu koordinieren

Die nächsten Abschnitte sind in Eigenverantwortung der jeweiligen Ministerien erarbeitet worden und stellen einen Ausschnitt ihrer Aktivitäten aus den vergangenen 15 Jahren dar.



## **Integrationsbeauftragte der Landesregierung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie**

Die Aufnahme von Menschen aus humanitären Gründen ist für das Land Brandenburg eine historisch gewachsene Verpflichtung und Selbstverständlichkeit. Nach dem Grundgesetz und völkerrechtlichen Verträgen erhalten die Menschen Schutz und Aufenthalt im Land. Mitmenschlichkeit und Toleranz sind Gebote im Umgang mit denen, die Schutz bei uns suchen. Jüngste Übergriffe auf Gemeinschaftsunterkünfte von Asylsuchenden machen deutlich, dass die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auch in Zukunft eine Herausforderung bleibt. Eine verstärkte Unterbringung von Flüchtlingen in zentrumsnahen Wohnungen statt Gemeinschaftsunterkünften kann mit dazu beitragen, den selbstverständlichen, alltäglichen Umgang mit kultureller Vielfalt zu erleichtern.

In den letzten anderthalb Jahrzehnten haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Brandenburg deutlich verändert und in vielen Bereichen verbessert. So hat sich die Wirtschaft positiv entwickelt, neue Arbeitsplätze sind entstanden. Nach der sehr hohen Arbeitslosigkeit in den 90er-Jahren mehren sich heute eher die Sorgen um fehlende Fachkräfte in der Zukunft. EU-Erweiterung, Arbeitnehmerfreizügigkeit und ein stärkerer Export haben die Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen intensiviert. Mittlerweile gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass Brandenburg im Wettbewerb um die klügsten Köpfe nur bestehen kann, wenn Menschen aus anderen Herkunftsländern willkommen sind. Wenn Zuwanderung als Bereicherung erlebt wird und die Menschen, die zu uns kommen oder hier bereits leben sich mit ihren jeweiligen Erfahrungen, ihrer Kreativität und ihrer Leistungsbereitschaft hier sicher und wohl fühlen können.

In Brandenburg ist das Bewusstsein gewachsen, dass eine gelebte Willkommenskultur Anforderungen an alle Menschen im Land stellt, sich auf Vielfalt und unterschiedliche Kulturen einzulassen. Dazu zählt zentral die Verbesserung der interkulturellen Kompetenzen in allen Institutionen und Einrichtungen, Behörden und Ämtern durch regelmäßige Qualifizierungsangebote.

Im Jahr 2011 lebten im Land etwa 130.000 Personen mit Migrationsgrund; dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 5,2%. Polnische Staatsangehörige sind mit 8.152 Personen die größte Gruppe unter der ausländischen Bevölkerung. Danach folgen Russland und die Ukraine.

Die Asylantragszahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Im Jahr 1998 gab es 3.347 Asylanträge im Land, zwischenzeitlich sank die Zahl auf 558 im Jahr 2007. Seitdem sind die Zahlen wieder kontinuierlich gestiegen. Für das Jahr 2012 weist die Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 1.812 Asylantragstellungen aus. Hauptherkunftsländer sind die Russische Föderation, Serbien und Afghanistan.

Um die Datenlage zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Brandenburg zu verbessern, arbeitet die Integrationsbeauftragte in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe zur Erstellung des regelmäßig erscheinenden Integrationsmonitoringberichts mit. Sie publiziert regelmäßig Berichte mit den Eckdaten der Integration im Land Brandenburg und sie fördert den Aufbau eines Integrationsmonitorings in den Kommunen.

2008 ist die Landesregierung auf Initiative der Integrationsbeauftragten der Charta der Vielfalt beigetreten. Mit diesem Schritt hat sich die Landesregierung verpflichtet, aktiv den Gedanken von Vielfalt und Diversity zu fördern. In Brandenburg haben weitere 46 Unternehmen die Charta unterzeichnet.

Um den Arbeitsmarkt für Zugewanderte stärker zu öffnen und Unternehmen im Umgang mit Vielfalt am Arbeitsplatz zu unterstützen, wurde im Büro der Integrationsbeauftragten von 2008 bis 2011 das 3-jährige Projekt „Vorteil Vielfalt – Zukunft für Brandenburg“ durchgeführt.

### Landesintegrationskonzept

Die Landesregierung hat im Jahr 2002 ein Landesintegrationskonzept verabschiedet, das 2005 fortgeschrieben wurde. Seitdem haben sich die Rahmenbedingungen und Herausforderungen im Themenfeld Integration insgesamt und in den einzelnen Handlungsfeldern gewandelt. Dies gilt z. B. nicht nur für die Tatsache, dass durch die vermehrt erkennbaren Auswirkungen des demografischen Wandels ein bundesweiter Wettbewerb auch um ausländische Fachkräfte begonnen hat, sondern auch für einen Anstieg der Flüchtlingszahlen im Land. Des Weiteren gibt es zahlreiche Bemühungen, durch die Etablierung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur das Land für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiver und lebenswerter zu machen.

Der Landtag hat per Landtagsbeschluss vom 4. Juni 2012 die Landesregierung aufgefordert, ein neues Integrationskonzept vorzulegen. Integration ist eine Querschnittsaufgabe auf Landesebene, die größtenteils konkret auf kommunaler Ebene stattfindet und durch eine Vielzahl weiterer Akteure aus NGOs im Land begleitet und unterstützt wird. Alle Akteure werden an der Erarbeitung des neuen Integrationskonzeptes aktiv beteiligt.

### Landesintegrationsbeirat

Am 28. März 2002 konstituierte sich der Landesintegrationsbeirat als wichtigstes beratendes Gremium. Er dient der Vernetzung und Koordinierung der an der Integration beteiligten Akteure auf Landesebene und soll die Landesregierung in allen Fragen der Zuwandererintegration, insbesondere bei der Umsetzung des Landesintegrationskonzepts, beraten und unterstützen. Er wird vom Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie geleitet, in ihm sind über 40 Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, Migrantenorganisationen, Kirchen, und anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie fünf Ressorts der Landesregierung tätig.

### Arbeit für Chancengleichheit – gegen Diskriminierungen

Die Arbeit gegen Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, rassistischer Zuschreibungen oder Religion ist ein Schwerpunkt im Aufgabenfeld der Integrationsbeauftragten. Deshalb wurde die Landesstelle für Chancengleichheit - Brandenburg eingerichtet. Sie ist aus der seit 1999 arbeitenden Antidiskriminierungsstelle Brandenburg hervorgegangen. Während sie in den ersten Jahren sowohl als Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffenen als auch in der präventiven Arbeit tätig war, verschob sich der Schwerpunkt darauf, als Aufklärungseinrichtung für eine umfassende Antidiskriminierungspolitik zu wirken, auch wenn Prävention und Intervention immer noch zu den Aufgaben gehören. Die Umbenennung im Sommer 2010 in Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg war die Konsequenz aus der stärkeren Fokussierung auf die Dekonstruktion von diskriminierenden Strukturen und dem Werben um gemeinsame Anstrengungen.

Um die Chancengleichheit älterer Personen mit Migrationshintergrund zu fördern, fanden in den Jahren 2011 und 2012 in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten vier Workshops zum Thema „Chancengleichheit und Teilhabe – ohne Ausgrenzung selbstbestimmt älter werden“ statt. Sie richteten sich an Seniorinnen und Senioren mit und ohne Migrationshintergrund und sind Teil des Seniorenpolitischen Maßnahmenpakets der Landesregierung. Die Workshops werden in 2013 fortgeführt.

#### Beitritt des Landes Brandenburg zur „Koalition gegen Diskriminierung“

Am 26.09.2011 haben Ministerpräsident Matthias Platzeck und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, in Potsdam eine Absichtserklärung unterzeichnet. Das Ziel der Vereinbarung ist es, gemeinsame Anstrengungen gegen Diskriminierung zu organisieren, lokale Anlauf- und Beratungsstellen zu unterstützen und Diskriminierungsschutz in allen Bereichen politisch zu verankern. Die Koalition gegen Diskriminierung ist Teil der „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der ADS, die Anfang 2011 startete.

#### Integrationspreis

Hervorragende Leistungen für die Integration zugewanderter Menschen in Brandenburg werden seit 2008 mit dem Integrationspreis des Landes Brandenburg gewürdigt. Der Preis ist mit 5.000 € dotiert. Über die Vergabe entscheidet eine Jury aus Vertreterinnen und Vertretern des Sozialausschusses des Landtages, von Ministerien, des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, des Landkreistages Brandenburg, des Migrations- und Integrationsrates Land Brandenburg e.V. sowie der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg. Mit dem Preis will die Landesregierung herausragende Beispiele für die Integration und das damit verbundene Engagement der Menschen zeigen und zur Nachahmung einladen.

Des Weiteren wird seit mittlerweile 20 Jahren der Preis „Band für Mut und Verständigung“ vom Berlin-Brandenburgischen „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ an besonders herausragend aktive Institutionen und Einzelpersonen verliehen, um couragiertes Handeln zu würdigen. Die Preisverleihung wird im Land Brandenburg durch den Ministerpräsidenten vorgenommen.

#### Einbürgerungsfest

Ein zentrales Einbürgerungsfest wird im Land Brandenburg seit 2007 veranstaltet, um ein Zeichen des Willkommens an alle Neubürgerinnen und Neubürger zu senden. In der Zeit von 1991-2011 wurden 26.811 Personen im Land Brandenburg eingebürgert.

#### Förderung der Partizipation von Zugewanderten

Zur Förderung der Partizipation von Migrantinnen und Migranten kooperiert die Integrationsbeauftragte mit dem 2009 gegründeten Dachverband von Migrantenorganisationen „Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e.V. (MIR)“. Durch die Förderung von Mikroprojekten und die anlassbezogene Förderung besonderer Aktionen wird die Arbeit gerade der kleineren Migrantenorganisationen gestärkt.

Regelmäßige Migrantentreffen stärken zudem die Vernetzung der Migrantenorganisationen und fördern die Partizipation.

### Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen

Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg engagiert sich dafür, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Sie berät, begleitet und unterstützt freie Träger und Initiativen und fördert Projekte und Maßnahmen in der Flüchtlingsarbeit. In besonderen, schwierigen Fällen erhalten Flüchtlinge Beratung und Unterstützung. Die Integrationsbeauftragte ist Mitglied der Härtefallkommission Brandenburg und bringt regelmäßig Fälle ein.

Die Integrationsbeauftragte initiiert und unterstützt darüber hinaus die verschiedensten Maßnahmen und Veranstaltungen zur Förderung des interreligiösen Dialogs. Seit 2010 erscheint jährlich der Interreligiöse Kalender Brandenburgs, herausgegeben von BeDiTo e.V., gefördert von der Integrationsbeauftragten. Dieser Kalender wird sehr stark von Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen nachgefragt. Er wird über das MBS und die staatlichen Schulämter auch an die Schulen mit LER-Unterricht in Brandenburg verteilt.

### Förderung und Durchführung von Projekten (Auswahl):

Die Integrationsbeauftragte fördert die Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg (RAA). Die RAA beteiligen sich in Kooperation mit dem Büro der Integrationsbeauftragten an der Weiterentwicklung und dem Aufbau eines Antidiskriminierungsnetzwerkes in Brandenburg. Sie unterstützen die Zielsetzung des Büros der Integrationsbeauftragten, die Chancen hervorzuheben, die Brandenburg durch Zuwanderung hat.

Um eine Kultur der Anerkennung von Vielfalt in Brandenburg zu etablieren, hat die RAA Brandenburg verstärkt Angebote der interkulturellen Orientierung und des Diversity Managements für Kommunen und soziale Einrichtungen über den engeren Bildungsbereich entwickelt und in Beratungsprozesse und Fortbildungen einfließen lassen. Dabei wird der Situation im ländlichen und kleinstädtischen Raum besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Zu weiteren Maßnahmen und Tätigkeitsbereichen der RAA Brandenburg wird auf den Beitrag der RAA im Gesamtbericht verwiesen.

Das Projekt „Regionales Netzwerk Integration durch Qualifizierung“ (Netzwerk IQ, 2011-2014) verbessert die berufliche Integration von Migrantinnen sowie Migranten und arbeitet deshalb mit den relevanten Akteuren vor Ort zusammen. Das sind beispielsweise Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Kammern oder Migrationsberatungsstellen. Zu den Hauptaufgaben des Netzwerkes IQ Brandenburg gehören vor allem die Begleitung des Anerkennungsgesetzes, die Beratung von Anerkennungssuchenden, die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Fachkräfte in den Agenturen für Arbeit und Jobcentern und die Entwicklung von Konzepten zur Förderung der berufsbezogenen Deutschkenntnisse.

Auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt werden aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels immer mehr Fachkräfte gesucht. Viele Zugewanderte wiederum verfügen über hohe formale Qualifikationen, die sie auf dem Arbeitsmarkt jedoch nur schwer einsetzen können. Oftmals reichen die berufsbezogenen Sprachkenntnisse nicht aus. Eine große Gruppe bilden arbeitslose Ökonomeninnen und Ökonomen. Daher wurde im Herbst 2012 ein Kooperationsprojekt der Otto-Benecke Stiftung gemeinsam mit der Universität Potsdam mit 20 Teilnehmenden gestartet. Durch einen Intensivkurs

„berufsbezogenes Deutsch“ und eine wissenschaftliche Weiterbildung mit integriertem Praktikum bei brandenburgischen Unternehmen werden sich die Beschäftigungsaussichten deutlich verbessern.

Für zugewanderte geisteswissenschaftliche Akademikerinnen und Akademiker initiierte die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg Weiterbildungen mit dem Ziel „Fachkraft für Sozialarbeit“, das 2012 abgeschlossen wurde.

Der Bereich der sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Migration weist ebenfalls einen hohen Fachkräftebedarf auf. Daher hat die Integrationsbeauftragte Anpassungsqualifizierungsmaßnahmen für Krankenpflegekräfte mit ausländischen Berufsabschlüssen mit dem Berufsziel Gesundheits- und Krankenpfleger/in gefördert.

Ende 2012 wurde das „Fachkräfteportal Brandenburg“ online geschaltet - ein Informationsangebot für Rückkehrerinnen und Rückkehrer und Zugewanderte aus dem In- und Ausland, über das sich alle Menschen einen Eindruck von den landschaftlichen und kulturellen Schönheiten des Landes sowie von Arbeits- und Lebensbedingungen in Brandenburg verschaffen können.

Die Integrationsbeauftragte unterstützt des Weiteren kommunale und regionale Netzwerke für Integration und von Akteuren der Integrationsarbeit. Sie setzt sich kontinuierlich für die Weiterentwicklung von Modellen und Ansätzen zur Förderung der Integration im Bereich von Kitas, Schulen und Jugend(sozial)-Arbeit ein und fördert Projekte in diesem Bereich. Die jährliche Landesintegrationskonferenz des Projektes FaZIT (Träger: Inklusion und soziale Arbeit e.V.) und der Friedrich-Ebert-Stiftung, in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes, trägt ebenfalls zur Information, Qualifizierung und Vernetzung aller Akteure der Integrationsarbeit bei.

Der Bereich Integration durch Sport spielt eine besondere Rolle und wird paritätisch vom MBSJ und der Integrationsbeauftragten gefördert. Durch die gemeinsamen sportlichen Aktivitäten können Vorurteile abgebaut und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verringert werden. Das Projekt Integration durch Sport der „Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.“ wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich aus Landesmitteln und Bundesmitteln gefördert. Die Integration von Zugewanderten, insbesondere Kindern und Jugendlichen, durch den örtlich organisierten Sport in die Gesellschaft ist nachweislich sehr erfolgreich und wird weiter unterstützt.

## **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**

### Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Die nationale und internationale Jugendbildung sowie Jugendbegegnungen tragen zum Abbau sozialer und kultureller Benachteiligung bei. Sie fördern die Chancengleichheit für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf und die Integration von Minderheiten. Sie stärken das soziale, ökologische sowie politische gesellschaftliche Engagement und fördern das Bewusstsein für die Mitverantwortung junger Menschen für die Entwicklung der Demokratie sowie die Sicherung und demokratische Ausgestaltung des Friedens, der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Sie dienen der Persönlichkeitsfindung und -entwicklung bei jungen Menschen. Sie umfassen bewusst angelegte und strukturierte Angebote und Prozesse nicht formeller Bildung und hilft jungen Menschen bei der Herausbildung sozialer und personaler Kompetenzen für die Bewältigung von Selbstbildungsprozessen und eines selbstbestimmten Lebens.

Jährlich nehmen mehrere tausend Jugendliche an Projekten der nationalen und internationalen Jugendbildung und Jugendbegegnung in Brandenburg teil. Diese Maßnahmen werden von Trägern der freien Jugendhilfe wie Vereinen, Initiativen oder den Jugendverbänden angeboten, sind an den Interessen und Bedarfslagen der Jugendlichen ausgerichtet und werden von diesen inhaltlich mitbestimmt.

Insbesondere in den Jugendverbänden wird durch das Charakteristikum der Selbstorganisation und Eigeninitiative durch die jugendlichen Verbandsmitglieder demokratische Willensbildung, gewaltfreie Konfliktlösung und Beteiligung und Partizipation vermittelt, ausprobiert und eingeübt.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport fördert zahlreiche Projekte in der Jugendarbeit wie das Programm „Zeitensprünge“ und „Brandenburg - das bist Du uns wert!“ oder das Projekt „Boxenstopp“ des Caritasverbandes. Mit dem Projekt „Vielfalt leben lernen“ unterstützt die Jugendbildungsstätte „Kurt Löwenstein“ in Werftpfuhl die Entwicklung und Umsetzung von Diversity-Konzepten in Grundschulen, um sie für ein Leben in Vielfalt zu sensibilisieren. Dabei werden unter anderem didaktische Konzepte und methodische Handreichungen für die Kooperation von außerschulischen Lernorten und Grundschulen entwickelt. Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Landesjugendplans und aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken".

### Jugendbeteiligung

Mit dem Haushaltsjahr 2012 hat der Landtag Mittel in Höhe von 250.000 € zur „Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen“ in den Haushalt des MBSJ eingestellt. In diesem Zusammenhang hat das MBSJ im Sommer 2012 ein Rahmenkonzept vorgestellt. Dieses Rahmenkonzept stellt sowohl auf die sogenannte „Alltagsdemokratie“ als auch die Teilhabe an der repräsentativen Demokratie ab:

- Engagierte Jugendliche und Multiplikatoren sollen in ihrer Beschäftigung mit den unterschiedlichen Dimensionen von Demokratie gestärkt und unterstützt werden.
- Die jungen Menschen in Brandenburg sollen zu ihren Beteiligungsmöglichkeiten und insbesondere zum Schwerpunkt der Beteiligung an Wahlen informiert werden.

Das MBSJ kooperiert bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts mit Trägern und Einrichtungen, die eine besondere Expertise im Themenfeld der Demokratiebildung haben. Das sind vor allem der Landesjugendring Brandenburg e.V. und die dort zusammengeschlossenen Verbände, die Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie das Deutsche Kinderhilfswerk. Diese binden dabei weitere Träger und Einrichtungen ein, wie Jugendbildungsstätten oder die Antragsteller des Förderfonds. Genutzt wird zudem das Beratungsnetzwerk der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Weitere Kooperationspartner sind die RAA Brandenburg sowie die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, die Schulen unterstützen sollen. Weitere Informationen zum Rahmenkonzept „Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen“ sind der Beantwortung der Kleinen Anfrage 2381 (Landtag Brandenburg, Drucksache 5/6178) zu entnehmen.

Neben der Förderung der Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung unterstützt das MBSJ Bemühungen auf der kommunalen Ebene, mit denen die Partizipation von Jugendlichen über die punktuelle Projektarbeit hinaus dauerhaft im kommunalen Alltag verankert werden sollen. Aus Lottomitteln des MBSJ wurden mehrere Prozesse unterstützt, in denen es um Ansätze der sogenannten „Spieleitplanung“ oder andere Formen umfassender Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen geht (z. B. Projekte: „Fürstenwalde - fit für Beteiligung“, „Mädchen, Jungen und deren Familien gestalten Eisenhüttenstadt - Beteiligung in Eisenhüttenstadt“, „Vorbereitung und Initiierung von Spieleitplanung in Potsdam“, „Strategische Vorfeldberatung zur Verankerung von Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der Stadtentwicklung in Schwedt“). Das kommunale Engagement für das Thema „Jugendbeteiligung“ wird gerade in der Stadt Senftenberg deutlich, die sich an der vom Deutschen Komitee für UNICEF e.V. und von dem Deutschen Kinderhilfswerk e.V. entwickelten Programm „Kinderfreundliche Kommune“ beteiligt.

Für das „Bündnis für Werte in der Erziehung“ ist Jugendbeteiligung ebenfalls ein Schwerpunktthema. Unter anderem wurden das Rahmenkonzept „Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen“ mit einigen seiner Kernprojekte sowie die Ergebnisse der vom Jugendbüro der Stadt Potsdam (Träger: Stadtjugendring Potsdam e.V.) durchgeführten Jugendbefragung zum Thema Jugendbeteiligung in Potsdam vorgestellt und diskutiert.

### Kindertagesbetreuung

Beteiligung und Partizipation von Anfang an sind unerlässlich für das Hineinwachsen in eine demokratische Gesellschaft und deshalb im Kindertagesstättengesetz (KitaG) des Landes Brandenburg strukturell verankert: Die Kindertagesstätten im Land Brandenburg haben gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 3 des Kita-Gesetzes insbesondere die Aufgabe, „die Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit der Kinder zu stärken, unter anderem durch eine alters- und entwicklungsgemäße Beteiligung an Entscheidungen in der Einrichtung“. Damit fordert das Kita-Gesetz die Beteiligung der Kinder an Entscheidungen, die sich auf ihr alltägliches Leben auswirken.

Die gemäß § 3 Absatz 1 KitaG für alle Kitas verbindlichen Grundsätze elementarer Bildung konkretisieren den rechtlichen Rahmen. So wird z. B. im Bildungsbereich „Soziales Leben“ ausgeführt: „Das Zusammenleben in altersgleichen und altersgemischten Kindergemeinschaften ermöglicht es Mädchen und Jungen, ihre Einzigartigkeit zu entdecken. Das Wissen um die eigene Persönlichkeit entwickelt sich, indem sich die Kinder mit anderen austauschen, mit ihnen spielen und mit ihnen streiten. Besondere Bedeutung kommt dabei den gleichaltrigen Spielpartnern zu. Im sozialen Zusammensein mit anderen Kindern erkennt das einzelne Kind Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen sich selbst und den anderen, es lernt, andere anzuerkennen, und erfährt selbst Anerkennung. Hier liegen die Voraussetzungen für das Erlernen von Demokratie und den vorurteilsbewussten Umgang mit anderen sowie für das Akzeptieren von Werten, religiösen Orientierungen und Weltanschauungen.“ Wie das in jeder Kita umgesetzt wird, ist in der pädagogischen Konzeption nach § 3 Absatz 3 des Kita-Gesetzes zu beschreiben.

Dabei ist es vorrangig die Art und Weise, wie mit Willensäußerungen der Kinder umgegangen wird, die die Entwicklung von Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit beeinflusst: „Vorher und zuerst

ist Beteiligung jedoch: Mit dem Kind reden, Zuhören; dem, was es sagt, Gewicht geben“, sagt der Soziologe Prof. Dr. Lothar Krappmann und macht damit neben den partizipativen Beteiligungsformen auf die Bedeutung der Haltung zu den Kindern aufmerksam. Erfahren Kinder selber Anerkennung, so können sie auch andere anerkennen; wird ihnen mit Respekt begegnet, lernen sie, andere zu respektieren.

Von großer Wirksamkeit ist also weniger die bloße Vermittlung von Normen und Werten, sondern vor allem das tägliche Umsetzen und Vorleben dieser Werte. Entsprechend formuliert § 4 Absatz 2 Satz 1 KitaG auch: „Die demokratische Erziehung der Kinder setzt die Beteiligung von Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten, Erziehern und Erzieherinnen an allen wesentlichen Entscheidungen der Tagesstätten voraus und verlangt das demokratische Zusammenwirken aller Beteiligten.“

Bei ihren Bemühungen, die Bildungs- und Beteiligungsqualität in ihren Einrichtungen zu verbessern, werden die Fachkräfte kontinuierlich durch Veröffentlichungen und Materialien des MBS und das Fortbildungsangebot des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg unterstützt. Fragen der Beteiligung sind dort in vielfältiger Form präsent und eine Reihe von Veranstaltungen widmet sich unmittelbar den Themen „Demokratie leben“ und „Partizipation“.

### Angebote der Gedenkstättenpädagogik des MBS

Seit über 20 Jahren fördert das MBS die gedenkstättenpädagogische Arbeit mit Schülerinnen und Schülern im Land Brandenburg. Im Laufe dieser Jahre hat sich eine Arbeitsstruktur mit 13 Gedenkstättenlehrkräften und in einem Umfang von 140 Lehrerwochenstunden etabliert. Die Schülerinnen und Schülern erhalten Unterrichtsangebote zur Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert, der historischen Arbeit am authentischen Ort und der Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Der Konsens von Beutelsbach ist für die Arbeit grundlegend. Historisches Lernen, Respekt, Empathie, Sprachfähigkeit und Mut zur Kontroverse sind Aspekte, die in der gedenkstättenpädagogischen Arbeit eine Rolle spielen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten auch die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit Zeitzeugen. Thematisiert werden drei historische Themenfelder:

1. Gedenkstätten von Verfolgung, Terror und Mord im Nationalsozialismus, Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager ebenso wie Gedenkort jüdischen Lebens in Deutschland, wie Synagogen und Friedhöfe, und Gedenkort der „Euthanasie“-Morde.
2. Gedenkstätten des stalinistischen Terrors, der NKWD-Speziellager und der Zuchthäuser,
3. Gedenkstätten und Gedenkort von Verfolgung und Terror durch das Ministerium für Staatssicherheit und anderer Sicherheitsorgane der DDR, der Reflektion der DDR-Geschichtsvermittlung an diesen Gedenkort und

anderen Dokumentationsstätten, Museen und Gedenkort, die sich inhaltlich auf gedenkstättenpädagogisch relevante Ereignisse und politische Strukturen (Punkte 1-3) beziehen.

An folgenden Orten gibt es gedenkstättenpädagogische Angebote für den Unterricht am außerschulischen Lernort, z.T. haben diese Orte in beiden Diktaturen eine Rolle gespielt:

Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Gedenkstätte Sachsenhausen, Dokumentationsstelle Brandenburg-Görden, Gasmordanstalt Nicolaiplatz Brandenburg a.d.H., Hachschara-Gedenkstätte



Neuendorf im Sande, Arbeitserziehungslager Schwetig, Gedenkstätte NKWD Speziallager Nr.1/Kriegsgefangenenlager Mühlberg a. d. Elbe, Gedenkstätte Jamlitz/Lieberose, Kriegsgräberstätte Halbe, Collegienstr.10-Museum Viadrina Frankfurt (Oder), Gedenkstätte Speziallager Sachsenhausen, NKWD-Lager Fürstenwalde-Ketschendorf, „Lindenstraße 54“ Potsdam - Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt im 20. Jh., Ehem. JVA Cottbus sowie die Gedenkstätte auf den Seelower Höhen.

Diese Orte werden in Abhängigkeit von ihrer Bekanntheit, ihrer historischen Bedeutung, Zugänglichkeit, dem Erschließungsgrad und ihrer Ausstattung unterschiedlich stark von Schülergruppen aufgesucht. Die Angebote der Gedenkstättenlehrkräfte in der Gedenkstätte Sachsenhausen (einschließlich Speziallager) werden mittlerweile jährlich von bis zu 4000 Schülerinnen und Schülern in Anspruch genommen. In der Projektwerkstatt Lindenstraße 54/55 in Potsdam sind es jährlich rd. 3500 Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus werden Lehrkräftefortbildungen, auch in Kooperation mit polnischen und tschechischen Partnern, angeboten.

Eng verbunden mit dem Unterricht am außerschulischen Lernort ist die Umsetzung des Zeitzeugenprogramms des MBS. Menschen, die im Laufe der NS-Zeit oder der DDR-Zeit eine persönliche Unrechtserfahrung in Form staatlicher Repression erfahren haben und darüber reflektiert berichten können, werden zu Gesprächen in die Gedenkstätten oder in die Schulen eingeladen. Schülerinnen und Schüler setzen sich in diesen Gesprächen mit den persönlichen Unrechtserfahrungen der Zeitzeugen auseinander, und die Zeitzeugen selber haben die Möglichkeit, ihre Erfahrungen in diesem Rahmen öffentlich zu machen. Das Zeitzeugenprogramm des MBS ist in diesem Sinne eine wichtige Form der Anerkennung erlittenen Unrechts durch die Landesregierung. Dabei sind eine professionelle Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Zeitzeugengespräche unabdingbar. In der Projektwerkstatt der Gedenkstätte Lindenstraße 54 in Potsdam sind in den vergangenen 10 Jahren 674 Zeitzeugengespräche geführt worden.

### Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Die Zahl der „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ (SOR – SMC) im Land Brandenburg wächst seit 1998. Gegenwärtig gibt es 53 Schulen mit diesem Titel, sodass dem Netzwerkcharakter Rechnung getragen werden kann. Die Schulen kooperieren verstärkt untereinander und mit außerschulischen Partnern. Prominente Patinnen und Paten aus Politik, Kultur und Sport unterstützen das Projekt, so z.B. der Musiker Giora Feidman oder der Fußballer Fabian Lustenberger. Außerdem sind mehrere Mitglieder der Landesregierung Paten von „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage.“

Die RAA koordinieren sowohl landesweit als auch regional die Arbeit der „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“. Der zunehmenden Größe gerecht werdend, gibt es seit dem Schuljahr 2011/2012 in Ergänzung zum jährlichen Landestreffen regionale Schülertreffen. Die SOR-SMC-Initiativgruppen und ihre begleitenden Pädagoginnen und Pädagogen sowie außerschulische Partnerinnen und Partner werden im Engagement für ein tolerantes Miteinander und gegen jede Form von Diskriminierung darin unterstützt, präventiv zu handeln und gegebenenfalls auf diskriminierende und rechtsextremistische Vorfälle angemessen zu reagieren.

## „Hands across the campus/Hands for kids“

Ein weiteres, erfolgreich an brandenburgischen Schulen durchgeführtes Programm „ist Hands across the campus“. Es wird seit 2008 vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg in Kooperation mit dem American Jewish Committee sowie der RAA Brandenburg umgesetzt und zielt darauf ab, eine schulübergreifende Atmosphäre des gegenseitigen Respekts und der Anerkennung von Vielfalt zu fördern. Den Schülerinnen und Schülern sollen Methoden zur Konfliktlösung aufgezeigt, ihre Selbstachtung gestärkt und ihr Respekt vor anderen Menschen sowie deren Meinungen gefördert werden.

## **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung versteht ihre Arbeit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus als einen Teil ihres grundlegenden Auftrags zur Stärkung der Demokratie im Land Brandenburg. Die damit verbundenen Aufgaben sind sehr vielfältig. Für ihre Umsetzung hat die Landeszentrale in den letzten Jahren ein „integrales Konzept“ entwickelt, das auch im Rahmen des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" Anwendung findet. Ziel ist es, rechtsextremen Einstellungen und Handlungsmustern entgegenzuwirken und dazu beizutragen, dass diese gar nicht erst entstehen (präventiver Ansatz).

### 1. Der Bereich Rechtsextremismus in der Arbeit der Landeszentrale

Als im Zuge der Deutschen Einheit nach westlichem Vorbild auch in den neuen Bundesländern Landeszentralen für politische Bildung eingerichtet wurden, standen diese zunächst vor der Aufgabe, eine demokratische Infrastruktur aufzubauen. Die Angebote der politischen Bildung in allen neuen Ländern, so auch in Brandenburg, sind in dieser Zeit als Bausteine in diesem Aufbauwerk zu betrachten. Ihre Inhalte leiteten sich von dem Ziel ab, in kritischer Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte eine pluralistische demokratische Entwicklung zu fördern, um die Bürgerinnen und Bürger anzuregen, sich an den gesellschaftlichen Transformationsprozessen nach 1989/1990 zu beteiligen. Die Stärkung der Demokratie wurde auch im ersten Organisationserlass der Brandenburgischen Landeszentrale vom 4. September 1998 und in allen nachfolgenden Fassungen als zentrale Aufgabe genannt. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen, mit Rassismus und Gewalt gewann dabei in dem Maße an Bedeutung für die inhaltliche Arbeit der Landeszentrale, indem demokratiefeindliche Haltungen in den neuen Ländern zunahmen, die sich in den 1990er-Jahren unter anderem in einer Welle von Gewaltausbrüchen zeigten.

### 2. Integrales Konzept

Die Landeszentrale verfolgt einen präventiven Ansatz in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und hat dafür ein „integrales Konzept“ entwickelt. „Integral“ heißt in diesem Kontext, dass alle Maßnahmen politischer Bildung eng miteinander verzahnt sind und sich wechselseitig stärken. Auf die konkrete Arbeit der Landeszentrale in den letzten 15 Jahren bezogen, lassen sich vier Instrumente hervorheben:

1. Projektförderung
2. Bereitstellung von Publikationen
3. Orientierungswissen und Partizipation im Internet
4. Themenbezogene Veranstaltungen und Ausstellungen.

Die Projektförderung gehört zu den zentralen Instrumenten der Landeszentrale, um Rechtsextremismus in einem Flächenland wie Brandenburg breit und dennoch zielgerichtet am Ort entgegenzuwirken. Von den Haushaltsmitteln, die der Landeszentrale pro Jahr für ihre Arbeit zur Verfügung stehen, wurden im Mittel der letzten 15 Jahre ca. 70 Prozent für die Projektförderung ausgegeben. Die Förderpraxis der Landeszentrale ist für freie Träger und alle Interessierten barrierefrei im Internet abrufbar.

Ca. 25-30 Prozent der für den Ankauf von didaktischen Materialien verfügbaren Mittel wurden für die Bereitstellung von Büchern und Materialien aufgewendet, die geeignet sind, über Ursachen, Erscheinungsformen und Möglichkeiten für den Kampf gegen Rechtsextremismus aufzuklären. Alle Bücher können im Online-Buchshop der Landeszentrale recherchiert und bestellt werden.

Die Bereitstellung von Informationen über das Internet ist für die Landeszentrale in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Der Schwerpunkt „Die extreme Rechte“ wird seit einigen Jahren auf den Webseiten der Landeszentrale kontinuierlich ausgebaut. Der Stellenwert, den die Aufklärung über Rechtsextremismus in der Online-Kommunikation der Landeszentrale hat, zeigt sich u.a. darin, dass eigens ein Weblog zum Thema eingerichtet sowie externe Experten und Autorinnen und Autoren verpflichtet wurden, um aus verschiedenen Perspektiven über Rechtsextremismus zu informieren mit dem Ziel, unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. Alle Seiten der Landeszentrale – so auch alle Beiträge über Rechtsextremismus – verfügen außerdem über eine Kommentarfunktion, in der die Nutzerinnen und Nutzer ihrer Meinung auch anonym äußern können.

Veranstaltungen, Ausstellungen und Wanderausstellungen, die im Haus der Landeszentrale zum Thema „Rechtsextremismus“ angeboten werden, bilden schließlich eine vierte Säule innerhalb des präventiv-strategischen Ansatzes der Landeszentrale. Geeignete Formate, die den Dialog mit dem Publikum sicherstellen, sind Buchlesungen, Podiumsgespräche sowie Experten-Vorträge. Die dabei angesprochenen Themen werden dem „integralen Konzept“ entsprechend sowohl beim Ankauf von Büchern berücksichtigt, als auch auf der Homepage aufgegriffen und gegebenenfalls in der Projektberatung der freien Träger zur Sprache gebracht.

### 3. Zwischenbilanz

Die Landeszentrale für politische Bildung hat in den vergangenen 15 Jahren durchschnittlich ca. 70 % der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel (Sach- und Fördermittel) für Projekte, Publikationen, Ausstellungen, Veranstaltungen und Informationen aufgewendet, um die demokratische Entwicklung im Land Brandenburg zu befördern. Blickt man zurück, so scheint ihre auf Prävention gerichtete Strategie der nachhaltigen Aufklärung und Information über rechtsextremistische Entwicklungen in Brandenburg sinnvoll gewesen zu sein. Dabei zahlte sich auch die Bereitschaft aus, neue, ungewöhnliche Wege zu beschreiten.

Um einige konkrete Beispiele zu nennen: Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung gehörte zu den ersten Behörden bundesweit, die systematisch auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Rechtsextremismus auf ihrer Webseite aufgeklärt hat. Der Erfolg dieses Ansatzes zeigte sich unter anderem darin, dass ihre Beiträge über die extreme Rechte zum Teil von der Online-Redaktion des Nachrichtenmagazins „Die Zeit“ und anderen Seiten im Internet wiederveröffentlicht wurden.

Das Ministerium der Justiz und die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung beschränkten in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und (nunmehr) mit dem Verein Violence Prevention Network e. V. gemeinsam auch ungewöhnliche Wege, um Rechtsextremismus und Gewalt präventiv entgegenzutreten:

2002 wurde im Jugendstrafvollzug des Landes Brandenburg eine Initiative begonnen, die sich mit rechtsextremistisch orientierten Gewaltstraftätern befasst. „Verantwortung übernehmen - Abschied von Hass und Gewalt“: Der Ansatz war so erfolgreich, dass er auf den Jugendstrafvollzug in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie auf westliche Bundesländer (u.a. Hamburg, Niedersachsen) ausgeweitet wurde. Ein Folgeprojekt bot Angebote nach der Haft-Entlassung an. Das Projekt wurde evaluiert. Im Gegensatz zu Haftentlassenen ohne spezielles Training war die Rückfallquote sehr gering. Das Projekt, in das nicht nur Jugendliche im Jugendstrafvollzug des Landes Brandenburg einbezogen wurden, sondern auch deren Familien und die Strafvollzugsbediensteten, überzeugte so, dass auf Grundlage der Erfahrungen mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in den folgenden Jahren durch das Team von Violence Prevention Network e.V. die Arbeit auf islamistisch radikalisierte Jugendliche erweitert wurde.

Als ein drittes Beispiel soll hier noch der Online-Veranstaltungskalender der Landeszentrale genannt werden. Er hat sich als ein geeignetes Mittel erwiesen, um Netzwerke zu schaffen und Kommunikationsprozesse in Gang zu setzen. Freie Träger haben hier - ebenso wie andere Stiftungen und Vereine – die Möglichkeit, die technischen Mittel der Landeszentrale zu nutzen und eigene Veranstaltungen einzutragen. Dies wird inzwischen von mehr als 200 Trägern in ganz Brandenburg kontinuierlich genutzt.

Gab es auch weniger erfolgreiche Projekte? Ja, denn neue Wege zu beschreiten, heißt auch, den Ausgang des Unternehmens nicht zu kennen. So hat sich ein Forum auf der Webseite der Landeszentrale nicht bewährt, das für den internen Austausch von Akteuren vorgesehen war, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren. Wegen geringen Interesses wurde es wieder eingestellt, ebenso wie der dazugehörige Informationsbrief in Druckform. Hier zeigt sich, dass das direkte Gespräch immer noch die beste Form des Austausches von Erfahrungen der Akteure ist.

Auch die Kommentarfunktionen im Internet werden gerade im Bereich des Rechtsextremismus von den Nutzerinnen und Nutzern noch relativ selten als öffentlicher Diskussionsraum genutzt. Die Gründe dafür müssten noch genauer untersucht werden. Andererseits werden sie auch nicht als Plattform für rechtsextreme Ideologien missbraucht, eine Befürchtung, die im Vorfeld bestand. Sicher hat dazu auch die Moderation des Kommentarbereichs durch die Landeszentrale beigetragen, der transparente Kommentarregeln zugrunde liegen.

Die rechtsextreme Szene hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Sie strahlt zunehmend in die Mitte der Gesellschaft aus. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung sieht darin eine große Herausforderung für die politische Bildung in der Auseinandersetzung mit dem

Rechtsextremismus in den nächsten Jahren. Allein sind dabei keine Erfolge zu erreichen. Das haben die vergangenen 15 Jahre gezeigt. Die Landeszentrale wird daher die Kooperation mit ihren zahlreichen Partnern der außerschulischen politischen Bildung fortsetzen. In erster Linie ist ihr Netzwerk von inzwischen über 200 freien Trägern zu nennen. Außerdem ist die Landeszentrale eng mit der Bundeszentrale für politische Bildung verbunden sowie über regelmäßige Leitertreffen und Publikationskonferenzen auch mit den anderen Landeszentralen. Mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ besteht ein enger, kontinuierlicher Kontakt auf Arbeitsebene. Punktuell wird auch projektbezogen mit Landesministerien und Netzwerken kooperiert, die sich gegen rechte Gewalt engagieren.

### **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) engagiert sich seit 1999 für ein „Tolerantes Brandenburg“. Dies gilt für die Stadtentwicklung und Städtebauförderung, für den Verkehr und für den ländlichen Raum.

So wurden die Werbetafeln zur Fußball WM 2006 „Willkommen bei Freunden“ für einen guten Zweck versteigert und vorhandene rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten genutzt, wie das Verbot einschlägiger Autokennzeichen im Jahr 2009 mit neofaschistischer Codierung. Mit dem VBB besteht eine Kooperationsvereinbarung.

In seiner Politik für den ländlichen Raum setzt das MIL auf die Einbeziehung und aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse der ländlichen Entwicklung. Lokale Partnerschaften und neuartige, vernetzende Formen der Beteiligung an der Entscheidungsfindung und Projektdurchführung eröffneten den Bewohnerinnen und Bewohnern des ländlichen Raums Möglichkeiten, sich aus eigener Initiative und aktiv an der Gestaltung ihres Gemeinwesens zu beteiligen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlins 2007-2013 sowie unter Nutzung der Möglichkeiten der Förderung nach der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes wurden mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums u.a. Projekte unterstützt, die der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, der Vermeidung von Gewalt, dem Entgegenwirken rechtsradikaler Tendenzen sowie der transnationalen Zusammenarbeit dienen. Zu nennen wären hier die Investitionsprogramme zur Unterstützung der Sportvereine (Goldener Plan Brandenburg) sowie der Feuerwehrvereine auf dem Lande. Transnationale Projekte zum Kennenlernen und Wertschätzen jeweiliger Kulturen werden im Rahmen von LEADER-Kooperationsvorhaben mit Polen und Schweden umgesetzt.

Zwei im ländlichen Raum aktive Akteure sind die Brandenburger Landfrauen und die Berlin-Brandenburgische Landjugend. Die Landfrauen setzen sich mit ihrem Positionspapier „Landfrauen sagen NEIN zu Rechtsextremismus und Rassismus“ aus dem Jahr 2009 und dem Projekt „PEELA – Initiative für politisches und ehrenamtliches Engagement des Brandenburger Landfrauenverbandes e.V.“ für mehr Demokratie, gegen rechtsextremistische Tendenzen und für eine aktive Teilhabe an der Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ in den ländlichen Regionen Brandenburgs ein.

Der Landjugend setzt sich in Form von Bildungsveranstaltungen in betreuten Jugendeinrichtungen, Jugendbegegnungen (u.a. mit polnischen Jugendlichen), Jugendleiterschulungen zur Thematik, Streitschlichtungs- und Antiaggressionstraining sowie Arbeitskreise zur Akzeptanz alternativer Lebensmodelle für ein tolerantes Brandenburg ein. Einen weiteren Schwerpunkt der Verbandstätigkeit bildet die Entwicklung der Teilhabe in Jugendbeteiligungsgremien der Kommunen.

Für die Stadtentwicklung zeigt die Rückschau: Die im 2. Zwischenbericht des „Toleranten Brandenburg“ 2011 skizzierte Umsetzungsstrategie konnte umfassend realisiert werden. Auch das im gleichen Bericht angekündigte Programm „Zukunft im Stadtteil“ konnte äußerst erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Verstetigung dieser Ansätze ist dann auch durch das Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ erfolgt. In der nun ablaufenden EU-Förderperiode (2007-2013) konnten ebenso wie im Bund-Länder Programm „soziale Stadt“ zahlreiche Projekte realisiert werden. Erwähnt seien etwa die Herrichtung ehemaliger jüdischer Friedhöfe in Cottbus oder Prenzlau, die Migrationsberatungsstelle und das Begegnungszentrum „Pro Nord“ in Fürstenwalde, das Bürgerzentrum Hohenstücken in Brandenburg an der Havel oder das deutsch-polnische Schulprojekt „Latarnia“ in Frankfurt an der Oder. Immer ging es dabei auch um Beiträge zu einem solidarischen Miteinander. Gerade in den Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf konnte so einer Ethnisierung sozialer Konflikte vorgebeugt und zur Integration der zugewanderten Bevölkerung beigetragen werden. Zahlreiche soziokulturelle Einrichtungen wurden saniert, umgenutzt oder neu errichtet. Diese schaffen zunächst den Raum für bürgerschaftliches Engagement und ein gemeinschaftliches Miteinander. Die Arbeit zahlreicher Quartiersmanager und vieler Initiativen vor Ort konnte unterstützt werden.

Denn es gilt - wie im Handlungskonzept formuliert -, nach wie vor: „Demokratie wird vor Ort, in den Städten und Gemeinden Brandenburgs gelebt! Hier in den Quartieren, im unmittelbaren Lebensumfeld erfahren die Menschen des Landes, dass die Gesellschaft durch eigenes Engagement und nicht durch Ausgrenzung gestaltet wird.“

Da es sich insbesondere beim Engagement in den benachteiligten Quartieren um eine längerfristige Aufgabe handelt, setzt sich das Land stetig beim Bund für die Beibehaltung des Programms der „Sozialen Stadt“ ein und schreibt entsprechende Ansätze auch im Rahmen der EU-Förderung ab 2013 fort.

## **Ministerium des Innern**

### Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus

Politisch motivierte (Gewalt-)Kriminalität und die von extremistischen/terroristischen Aktivitäten ausgehenden Gefahren belasten die objektive Sicherheitslage regelmäßig in starkem Maße. Sie sind mit einer tief greifenden Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger verbunden und stehen häufig im Fokus des öffentlichen Interesses. Dabei bilden im Land Brandenburg rechtsextremistische Straftaten und Bestrebungen den Schwerpunkt.

Die nachhaltige Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität ist eine vorrangige Verpflichtung der Brandenburger Polizei. Die konsequente Verhinderung, Aufklärung und Verfolgung politisch motivierter Straftaten ist spezielle Aufgabe von Kräften des Polizeilichen Staatsschutzes sowie Auftrag aller Polizeibeamten.

Zur Umsetzung dieses Anspruchs erfolgte bereits in den frühen 90er-Jahren die Entwicklung spezifischer Herangehensweisen. So wurden 1992 die Sonderkommissionen gegen rechtsorientierte und fremdenfeindliche Gewalt (SOKO ReGa) eingerichtet, die einige Jahre später in die Staatsschutzkommissariate der damaligen Polizeipräsidien überführt wurden.

Das Konzept MEGA (Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit) wurde 1998 vor dem Hintergrund des Anstiegs rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten etabliert. Damit wurde ein Instrument zur operativen Aufklärung und Kontrolle der rechten Szene mit dem Ziel geschaffen, den Verfolgungsdruck weiter zu erhöhen, Straftaten zu verhindern bzw. ein unmittelbares Einschreiten bei der Feststellung solcher Delikte zu gewährleisten.

Dieses präventive Einsatzkonzept wurde im Jahr 2001 ergänzt durch Verstärkung der täterorientierten Maßnahmen. Das Konzept TOMEQ (Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt), welches als spezifische Arbeitsweise anfangs in Sonderkommissionen und ab 2003 in den Organisationseinheiten des Polizeilichen Staatsschutzes vollzogen wurde und wird, ist insbesondere auf ausgewählte rechtmotivierte Wiederholungstäter ausgerichtet. Das konzentrierte Vorgehen gegen diesen Personenkreis bündelt Maßnahmen der Strafverfolgung mit abgestimmten, personenbezogenen, präventiven Maßnahmen (Zusammenwirken mit anderen verantwortlichen staatlichen Stellen wie Jugendamt, Ordnungsamt, Jugendgerichtshilfe u. a.).

Seit 2003 ist das „Handlungskonzept PMK“ (Politisch motivierte Kriminalität) Grundlage der polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform. Das Konzept wird kontinuierlich fortgeschrieben, zuletzt im Jahr 2012 unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen sowie der erfolgten Polizeistrukturereform.

Die bewährten Grundsätze, u. a. hoher Verfolgungsdruck, nachhaltige Strafverfolgung und Straftatenverhinderung, Unterbindung extremistischer Aktivitäten und Veranstaltungen unter Ausschöpfung der rechtlichen und taktischen Möglichkeiten, wurden beibehalten. Die bewährten Bekämpfungsmaßnahmen MEGA und TOMEQ sind ebenso Bestandteil des Handlungskonzeptes.

Die konsequenten Maßnahmen der Polizei ordnen sich ein in die gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen zur Bekämpfung und Zurückdrängung von Extremismus mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus.

In der Gesamtschau ist festzustellen, dass die langjährigen Bemühungen des Landes Brandenburg unter dem Dach des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung zu einem veränderten politischen Klima geführt haben. Die intensive Vernetzung von staatlichen und nicht-staatlichen Stellen zur Förderung der Demokratie unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure geht einher mit den nachhaltigen repressiven und präventiven Bekämpfungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden. Dieses konzertierte Vorgehen schlägt sich offenbar auch in den Statistikwerten zur Politisch motivierten Kriminalität nieder.

Noch vor einigen Jahren war das Niveau rechtsextremistischer Gewalt deutlich höher als heute. Seit 2004 ist eine Tendenz des Rückgangs dieser schweren Straftaten festzustellen. Im Jahr 2004 wurden 105 politisch rechtmotivierte Gewaltstraftaten registriert, 2011 waren es noch 36 solcher Delikte. Allerdings ist festzustellen, dass sich der sehr deutliche Rückgang von 2010 zu 2011 um 30 Gewaltdelikte im Jahr 2012 (58 Fälle) relativiert hat. Politisch rechtmotivierte Straftaten sind im Jahr

2012 insgesamt angestiegen. Das ist ein sehr deutlicher Hinweis darauf, dass die Anstrengungen gegen den Rechtsextremismus nicht nachlassen dürfen.

### Landespräventionsrat Brandenburg

Der Landespräventionsrat *Sicherheitsoffensive Brandenburg* wurde am 21. März 2000 gegründet. Die Grundlage seiner Tätigkeit ist die Erkenntnis, dass die Ursachen von Kriminalität vielfältig sind und Kriminalprävention daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Landespräventionsrat vereint Expertinnen und Experten der wichtigsten Verantwortungsträger der brandenburgischen Präventionslandschaft. Als ausgewogenes Beratungsgremium bündelt der Landespräventionsrat wichtige gesamtgesellschaftliche Kräfte und fördert kriminalpräventive Aktivitäten.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist dabei ein bedeutendes Tätigkeitsfeld des Landespräventionsrats. So wurde das vom Moses Mendelssohn-Zentrum der Universität Potsdam 2007 bis 2008 durchgeführte Forschungsprojekt „Erforschung und Prävention von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus im Land Brandenburg“ unterstützt. Die Ergebnisse des Projekts mündeten in die Veröffentlichung des Buchs „Rechtsextremismus in Brandenburg – Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention“.

Ein weiteres Beispiel für die Tätigkeit auf diesem Gebiet ist die Unterstützung des Projekts „Crossover-Ball Bandcontest 2010“ der Kreuzberger Musikalischen Aktion e. V. Der Musikwettbewerb prämierte im Fußball-WM-Jahr 2010 Songs zum Thema Fußball und Toleranz. In mehreren „Contests“ in Brandenburg konnten junge Musikerinnen und Musiker ihr Können unter Beweis stellen. Die besten Songs wurden auf einer CD zusammengestellt, die in einer Auflage von 5.000 Exemplaren produziert wurde. Die CDs wurden an Schulen und Jugendklubs verteilt.

Nach elfjährigem Bestehen wurde die Struktur des Landespräventionsrats 2011 überarbeitet. Vorsitzender ist der Innenminister Brandenburgs. Er wird durch einen Beirat unterstützt, in dem neben verschiedenen Ministerien auch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, der Verfassungsschutz, die Universität Potsdam sowie der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund hochrangig vertreten sind. Der Landespräventionsrat hat drei ständige Arbeitsgruppen. Deren Themen sind die Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz sowie der Kinder- und Jugendschutz (AG 1), der Politische Extremismus (AG 2) sowie der Opferschutz und die Opferhilfe (AG 3).

Durch die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe „Politischer Extremismus“ unterstreicht der Landespräventionsrat im Sinne des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ die Bedeutung der Bekämpfung des Rechtsextremismus für die kriminalpräventiven Tätigkeiten in Brandenburg. Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz der Leiterin des brandenburgischen Verfassungsschutzes besteht aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Landesministerien und anderer staatlicher Stellen wie z. B. der Polizei, aber auch aus Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Verbänden und Industrie- und Handelskammern. Auch die „Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg“ ist hier mit ihrer Leiterin vertreten.

Seit der Neuausrichtung 2011 wurden durch den Landespräventionsrat eine Reihe von Projekten und Veranstaltungen gefördert, die sich mit dem Phänomen Rechtsextremismus auseinandersetzen. Beispielhaft sollen nachfolgend drei Projekte kurz umrissen werden:



Das Projekt „Feindbild Polizei innerhalb der rechtsextremistischen Szene bzw. in rechtsorientierten gewalt-affinen (Jugend)Szenen“ des Moses Mendelssohn-Zentrums der Universität Potsdam beschäftigt sich mit der innerhalb der rechtsextremistischen Szene erheblich veränderten Haltung im Sinne eines sich radikalierenden Feindbilds gegenüber Polizeibeamten, Staatsanwälten und weiteren Vertreterinnen und Vertretern der inneren Sicherheit in den letzten Jahren. Ziel des Projekts sind die Analyse und Dokumentation der Sichtweise innerhalb der rechtsextremen bzw. rechtsorientierten Szenen auf die Polizei und die polizeiliche Arbeit. Dabei will es die grundlegende Differenz von Polizei im demokratischen Verfassungsstaat gegenüber rechtsextremistischen Gesellschaftskonzeptionen einmal mehr betonen und damit Polizeibeamte und andere Vertreterinnen und Vertreter von Sicherheitsbehörden in ihrem Eintreten für Demokratie und Toleranz bestärken.

Das Projekt „Ohne Blaulicht – Feuerwehren des ländlichen Raumes in demokratischen Prozessen“ des Landesfeuerwehrverbands Brandenburg unterstützt Freiwillige Feuerwehren in ihrer über den feuerwehrafachlichen Auftrag hinausgehenden Tätigkeit als bedeutende Akteure im demokratischen Gemeinwesen auf örtlicher und überörtlicher Ebene. In peripheren Räumen bilden sie häufig das letzte „analoge“ Netzwerk, dessen Elemente über seine Funktionsgrenzen hinaus demokratisch wirkungsmächtig sein können. Auch Herausforderungen der Demokratie, wie etwa der Rechtsextremismus, werden in der Feuerwehr insgesamt als Problem erkannt und thematisiert. Ansatz des Projekts ist die Erkenntnis, dass es den in den Freiwilligen Feuerwehren Engagierten häufig nicht an Einsatzbereitschaft, sondern oft an „Wissen und methodischem Handwerkszeug“ fehlt. Das Projekt stärkt mit aufsuchender politischer Bildungsarbeit die demokratische Praxis und macht den Feuerwehren ihre Rolle im Gemeinwesen bewusst.

Das Europazentrum Brandenburg–Berlin des europäischen Regionalen Fördervereins e. V. arbeitet mit seinem Projekt „Informations- und Präventionsangebot gegen Rechtsextremismus im Kampfsport“ im Bereich der Sportvereine. Es ist bekannt, dass Neonazis eine besondere Affinität zu Gewalt, Körperkult und Männlichkeitsritualen haben und gerade in Kampfsportvereinen zunehmend eine Chance zur Verbreitung ihres menschenfeindlichen Gedankenguts sehen. Ziel der Veranstaltungen ist es, Jugendliche und Trainer über die Gefahren des Rechtsextremismus im (Kampf-) Sport aufzuklären und für eine entschiedene Positionierung dagegen zu motivieren.

Die Arbeitsgruppe „Politischer Extremismus“ des Landespräventionsrats plant, die in diesen und weiteren Projekten gewonnenen Erkenntnisse – wiederum im Sinne des Handlungskonzepts – auf einem Fachtag im Frühsommer 2013 der Öffentlichkeit vorzustellen, zu diskutieren und zur Nachahmung zu empfehlen.

### „Verfassungsschutz durch Aufklärung“

Ab 1991 wurde eine Verfassungsschutzbehörde im Land Brandenburg aufgebaut. Am 9. April 1993 trat das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg“ in Kraft. Die Behörde trug von Anfang an ein offenes Visier und verstand sich als Teil der wehrhaften Demokratie. Damit verbunden ist der ausführliche Informationsfluss Richtung Zivilgesellschaft. Das ist mit der Überzeugung verbunden, dass Erkenntnisse des Verfassungsschutzes nur dann der wehrhaften Demokratie dienen können, wenn sie breit kommuniziert werden. Im Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem

Schutz des Gemeinwesens warb der brandenburgische Verfassungsschutz so schon frühzeitig um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Schon in den frühen 1990er-Jahren war die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine zentrale Aufgabe des Verfassungsschutzes. Die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus fand auf breiter Ebene statt. Um die Zivilgesellschaft möglichst umfangreich aufzuklären, wurde 1993 eine bundesweite Kampagne gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter dem Leitmotiv „Fairständnis Menschenwürde fördern – Gegen Fremdenhass“ ins Leben gerufen. Unter Beibehaltung des Leitmotivs „Fairständnis“ wurden auch in Brandenburg mit Beteiligung des Verfassungsschutzes weitere regionale Veranstaltungen wie Ausstellungen, Projektstage und Vorträge organisiert.

Von 1994 bis 1998 war die Wanderausstellung „Demokratie – aber sicher!“ als gemeinsame Maßnahme der Verfassungsschutzbehörden aller neuen Bundesländer auch im Land Brandenburg unterwegs. Hierzulande wurde die Ausstellung an 27 verschiedenen Orten in Rathäusern, Bibliotheken und vor allem in Schulen gezeigt. Mehr als 12.800 Besucherinnen und Besucher unterstrichen das damalige hohe Interesse. Ebenso fand das Computerspiel „Dunkle Schatten“ sehr viel Anklang. Insgesamt wirkte der brandenburgische Verfassungsschutz ab Mitte der 1990er-Jahre beispielsweise in Rathenow, Senftenberg und Guben an Projekten der kommunalen Jugendarbeit mit. Und seit 1995 wurden deutsch-polnische Jugendtreffen unterstützt.

Seit 1999 ist der Verfassungsschutz auf den Brandenburg-Tagen mit einem eigenen Informationsstand vertreten. Seit 2005 nutzt er ein Info-Mobil, das großflächig mit der Aufschrift „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“ bedruckt ist. Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter besuchen damit Messen, Feste, Konzerte oder sonstige Veranstaltungen. Die Behörde steht so in direktem Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. In den Jahren 2010 bis 2012 wurden 57 solcher Info-Stände gestaltet; 30 davon im Jahr 2012 beispielsweise beim „Tag der offenen Tür“ der Polizeidirektion Süd, beim 15. Kreisjugendlager der Jugendfeuerwehr Spree-Neiße oder beim Stadtfest in Vetschau.

„Verfassungsschutz durch Aufklärung“ wird von vielen Verfassungsschützerinnen und -schützern insbesondere mit Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten vor großem offenem Publikum oder in kleineren Gesprächskreisen betrieben. So informieren sie über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Diese der Prävention und der Gefahrenabwehr dienende Informationsarbeit ist für einen modernen Nachrichtendienst unverzichtbar, um die gesammelten Erkenntnisse zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wirksam werden zu lassen. Extremistinnen und Extremisten werden damit aus der Anonymität geholt. Die Öffentlichkeit, auf die das Informationsangebot des Verfassungsschutzes zielt, ist so vielfältig wie die brandenburgische Gesellschaft.

Seit 1995 sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes im Land unterwegs und halten Vorträge vor Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, Krankenpflegerinnen und -pflegern, Kirchenvertreterinnen und -vertretern, Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und -anwälten, Sportlerinnen und Sportlern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Unternehmerinnen und Unternehmern, Polizistinnen und Polizisten, Kommunalbediensteten, Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, Feuerwehrangehörigen, Mitgliedern des Technischen Hilfswerks, Soldatinnen und Soldaten, Mitgliedern sozialer Verbände und

vor vielen mehr. Im Zentrum steht das Thema „Verteidigung der Demokratie gegen Rechtsextremismus“. Ebenso werden die Themen „Linksextremismus“, „islamistischer Extremismus“ und „Wirtschaftsschutz“ abgedeckt. In den fünf Jahren von 2008 bis 2012 haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes 632 Mal referiert. Etwa 23.700 Personen nahmen daran teil. 2012 waren es 116 Vorträge mit rund 4.400 Zuhörerinnen und Zuhörern.

Bereits seit 1994 erscheint jährlich der Verfassungsschutzbericht. Darin wurde auf 145 Seiten detailliert geschildert, wie Extremistinnen und Extremisten versuchen, die freiheitliche demokratische Grundordnung im Land Brandenburg zu beeinträchtigen oder sogar zu beseitigen. Bis heute beträgt die Gesamtauflage aller 20 bisher erschienenen Verfassungsschutzberichte inklusive des 2012er-Berichts etwa 113.000 Exemplare.

Neben dem Verfassungsschutzbericht werden bereits seit Mitte der 1990er-Jahre weitere Eigenpublikationen aufgelegt. Am 1. September 2001 kam die erste eigenständige Website des brandenburgischen Verfassungsschutzes hinzu. Zu Beginn verzeichnete sie rund 60.000 Zugriffe pro Jahr. 2012 waren es bereits über 980.000. Mittlerweile kann der Verfassungsschutzbericht als PDF-Datei und – optimiert für entsprechende Reader – als elektronisches Buch gelesen werden. Insgesamt sind zurzeit rund 50, teilweise ständig aktualisierte Dokumente von der Homepage abrufbar.

Brandenburg setzt auch virtuell auf Vernetzung. Mit dem Projekt „KommunalWiki gegen Extremismus“ werden Verwaltungen und Kommunen Informationen zum Umgang mit Extremistinnen und Extremisten zur Verfügung gestellt. Die ursprünglich in Nordrhein-Westfalen entwickelte Plattform „KommunalWiki“ ist nur über das Landesverwaltungsnetz zu erreichen und ermöglicht ebenso einen interaktiven Informationsaustausch.

Um anschaulich zu machen, was die freiheitliche demokratische Grundordnung für jede Einzelne und jeden Einzelnen bedeutet, hat das Referat „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ verschiedene Konzepte entwickelt und Netzwerke mit unterschiedlichen Kooperationspartnerinnen und -partnern geschaffen.

Eines davon war das 2006 von Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeitern entwickelte Planspiel „Demokratie und Extremismus“ für Jugendliche ab dem 17. Lebensjahr. Zwischen 2006 und 2009 erlebten fast 500 Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler bei fast 30 Planspielen hautnah die Konflikte zwischen der Demokratie und ihren Feinden. Sie lernten, was die freiheitliche demokratische Grundordnung für jeden Einzelnen bedeutet und dass sie ein schützenswertes Gut ist. Dafür braucht es Engagement und Zivilcourage.

In den Jahren 2008 bis 2012 besuchten Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer 83 Mal Schulen im Land und hielten – auch im Rahmen von Workshops – Vorträge. 2.230 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer nahmen teil. Im Jahr 2012 gab es 14 solcher Termine mit 330 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Mit dem Landesfeuerwehrverband besteht seit 2007 eine strategische Kooperation. Hierbei handelt es sich um die Schulung von Jugendwartinnen und -warten sowie Führungskräften der Feuerwehr an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt. Diese Kooperation ist inzwischen fester Bestandteil im dortigen Weiterbildungsprogramm. Zwischen 2008 und 2012 nahmen rund 1.132 Feuerwehrleute in 49 Veranstaltungen daran teil. 2012 waren es zehn Veranstaltungen mit 203 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Darüber besucht der Verfassungsschutz mit seinem Info-Mobil Feuerwehrveranstaltungen im ganzen Land.

Verstetigt hat sich die erfolgreiche Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, „demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, der Polizeifachhochschule, der „Brandenburgischen Kommunalakademie“ und dem Landesjugendamt. Hierbei wird das Spezialwissen der Kooperationspartnerinnen und -partner gebündelt und gezielt an die Bedarfsträgerinnen und -träger gesteuert.

Gemeinsam wurden seit Sommer 2008 unter anderem an der Polizeifachhochschule in Oranienburg an insgesamt 26 Tagen Info-Veranstaltungen angeboten. Daran haben rund 1.060 Personen von Polizei, Kommunalbehörden und Sozialarbeit teilgenommen. Zielsetzungen waren jeweils der Umgang mit extremistischen Aktivitäten aus polizeilicher wie ordnungsrechtlicher Sicht im Zusammenhang mit Wahlkämpfen, der Umgang mit „Reichsbürgerinnen und -bürgern“, das Verhalten gegenüber extremistischen Mandatsträgerinnen und -trägern in kommunalen Vertretungen, der arbeitsrechtliche Umgang mit Rechtsextremistinnen und -extremisten im öffentlichen Dienst sowie Informationsveranstaltungen für Jugend- und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter zum Thema „Extremismus“. Dass dieses Konzept sehr gut angenommen wird, zeigt die hohe Nachfrage. Nahezu alle Veranstaltungen waren und sind vollständig ausgebucht. Im Jahr 2012 fanden im Rahmen dieser Kooperation drei Veranstaltungen zum Thema Reichsbürgerinnen und -bürger mit 230 Personen statt.

Für Vorträge und Info-Mobil-Einsätze legten die Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Jahr 2012 fast 24.000 Kilometer zurück. Dabei verbrachten sie knapp 350 Stunden auf den Straßen. Fast 600 Stunden beanspruchten die Einsätze vor Ort. Die Vor- und Nachbereitung aller Einsätze umfassten mehr als 400 Stunden.

Wirksame Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit müssen sich kontinuierlich an den Bedürfnissen der Zivilgesellschaft und den Erfordernissen der wehrhaften Demokratie orientieren. Daher hat der brandenburgische Verfassungsschutz im Sommer 2009 mit der landesweiten Informationsreihe „Regionale Sicherheitsdialoge – Integration, Radikalisierung und islamistischer Extremismus“ (IRIS) auf Veränderungen im Bereich des islamistischen Extremismus/Terrorismus reagiert. In Kooperation mit der Landesintegrationsbeauftragten wurden Vertreterinnen und Vertreter lokaler Behörden und weiterer Einrichtungen informiert und zugleich zur Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ermutigt. IRIS fand jeweils eintägig in allen 18 Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten statt. Die neunzehnte Veranstaltung war ausschließlich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ausländerbehörden. Insgesamt haben 915 Personen teilgenommen. IRIS endete im Sommer 2011. Die Evaluierung ergab eine äußerst positive Resonanz. Eine Fortsetzung ist geplant.

Fachtagungen zu aktuellen Themen sind eine weitere Säule der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes. Im August 2012 nahmen an der Fachtagung „Verfassungsfeinde und das Kapital – Finanzströme im Rechtsextremismus“ 190 Personen teil. Einige der vorangegangenen Themen lauteten: „Hass-Musik“ (2005), „Antisemitismus – Gleichklang zwischen den Extremen“ (2007), „Freiheit, Islam und Extremismus“ (2007), „Fußball, Gewalt und Rechtsextremismus“ (2008), „Extremismus 2.0 – die dunkle Seite des Internets“ (2009). An den Veranstaltungen haben insgesamt zwischen 2005 und 2012 mehr als 1.800 Personen teilgenommen. Zu jeder Fachtagung sind Dokumentationen auf der Homepage des Verfassungsschutzes abrufbar.

Bei „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ wird insbesondere mit Sachsen zusammengearbeitet. Die 2012er-Fachtagung „Verfassungsfeinde und das Kapital – Finanzströme im Rechtsextremismus“ fand

bereits in Kooperation statt. Zudem veranstalteten beide Behörden im Oktober 2012 das „Forum starke Demokratie“ in Schleife (Sachsen). Hierbei ging es um das Zurückdrängen rechtsextremistischer Konzerte in Szene-Objekten. 60 Interessierte nahmen teil. Schließlich hat im Januar 2013 die Fachtagung „Rechtsextremismus zwischen ‚Mitte der Gesellschaft‘ und Gegenkultur“ in Dresden stattgefunden. Gemeinsam wurden ebenso Tagungen dokumentiert und die Broschüren „Kommunen für Freiheit und Demokratie - Ein Handlungsleitfaden für wehrhaften Umgang mit Extremisten“ sowie „Lagebild 2008 - Brandenburg/Sachsen“ herausgegeben.

Im März 2012 boten die Landeszentrale für politische Bildung und der Verfassungsschutz die erste gemeinsame Veranstaltung zum Thema „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ mit großem Erfolg an.

## **Ministerium der Justiz**

Die Justiz im Land Brandenburg hat seit Bestehen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ihre Bemühungen, rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten zurückzudrängen, weiter vorangetrieben und die Erledigung ihrer vorrangigen Aufgabe – entsprechende Straftaten effektiv zu verfolgen, sie konsequent zu ahnden, die Rechte der Opfer zu wahren und sich um die Resozialisierung der Täterinnen und Täter zu bemühen – durch vielfältige Maßnahmen immer weiter verbessert. Darüber hinaus hat die Justiz durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran mitgewirkt, gerade bei Jugendlichen demokratisches Verständnis zu fördern und zu stärken und die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus weiter zu verbessern.

Bei der Bekämpfung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten hat es sich bewährt, dass diese bei den Staatsanwaltschaften des Landes durch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Sonderdezernaten bearbeitet werden, die besonders geschult und erfahren sind und auf einen zügigen Verfahrensabschluss sowie eine schnelle Verurteilung der Täterinnen und Täter hinarbeiten. Wenngleich die Strafjustiz es immer mit begangenen Taten zu tun hat und daher nur begrenzt in der Lage ist, auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss zu nehmen, ist der Stellenwert der generalpräventiven Wirkung des Strafverfahrens nicht zu unterschätzen. Diese Wirkung entfaltet sich gerade dann, wenn die strafrechtliche Aufarbeitung durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte schnell, gründlich und konsequent erfolgt. Dabei wird von den Staatsanwaltschaften und Gerichten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch von den besonderen Verfahrensarten des beschleunigten Verfahrens und des vereinfachten Jugendverfahrens Gebrauch gemacht.

Im Jahr 2001 hat zudem die in Cottbus ansässige Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Datennetzkriminalität ihre Arbeit aufgenommen, um Straftaten im Internet noch besser bekämpfen zu können. Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft ist landesweit tätig und auch für die Bekämpfung von Propagandadelikten und Volksverhetzung, soweit sie mittels Internet begangen wurden, zuständig. Die Verfolgung solcher Straftaten, die einen immer breiteren Raum eingenommen haben, konnte damit nochmals verstärkt und verbessert werden. Soweit rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten im Rahmen des Strafvollzugs begangen werden, wird diesen konsequent nachgegangen und entgegengewirkt und den Gefangenen so deutlich vor Augen geführt, dass entsprechende Taten vonseiten des Rechtsstaates nicht geduldet werden.

Die Strafjustiz legt ihr Augenmerk in geeigneten Fällen aber auch auf eine Aussöhnung zwischen Tätern und Opfern, um gerade bei jüngeren Tätern, deren Einstellung und Weltbild sich oftmals noch nicht verfestigt haben, durch die Konfrontation mit den Tatopfern und Tatfolgen eine Abkehr von der

gewaltbereiten „rechten Szene“ zu erreichen. Die Opfer wiederum erfahren so neben einer möglichen Wiedergutmachung für die an ihnen begangenen Taten, dass sie vom Rechtsstaat nicht allein gelassen werden. Die finanzielle Förderung von Opferhilfegruppen durch die Justiz trägt zudem dazu bei, dass die Opfer rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten Hilfe und Unterstützung finden.

Im Jahr 2002 wurde im Jugendstrafvollzug des Landes Brandenburg mit einem Projekt begonnen, mit dem Rechtsextremismus und Gewalt auch präventiv entgegengetreten werden soll. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und nunmehr mit dem Verein Violence Prevention Network e. V. wird im Rahmen des Projekts „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ mit rechtsextremistisch orientierten jungen Gewaltstraftätern im Jugendvollzug gearbeitet. In das Projekt werden auch deren Familien und Strafvollzugsbedienstete einbezogen. Die Rückfallquote ist gegenüber Haftentlassenen ohne dieses spezielle Training deutlich geringer.

Im Auftrag des Ministeriums der Justiz hat das Institut für Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam im Jahr 2007 im Rahmen eines Projekts die Entwicklungsverläufe von jugendlichen Gewalttätern mit rechtsextremer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Tatmotivation analysiert, um Hinweise darauf zu erhalten, welche strafprozessualen Maßnahmen diese Tätergruppe am nachhaltigsten beeindrucken und mit welchen Sanktionen oder Erziehungsmaßnahmen sie am erfolgreichsten von einer weiteren kriminellen Karriere abgehalten werden können.

Zur Stärkung des Rechtsbewusstseins junger Menschen finden seit langem rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften und Informationsveranstaltungen in Schulen statt. Im Rahmen der Veranstaltungen soll den Schülerinnen und Schülern durch Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Rechtsstaat als Wertesystem vermittelt werden und ihnen verdeutlicht werden, dass Staat und Gesellschaft durch das Recht wesentlich mitgestaltet werden. Die Veranstaltungen dienen auch dazu, die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und deren Strafbarkeit zu thematisieren.

Um die Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte für die Themen „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Antisemitismus“ immer wieder zu sensibilisieren und über neueste Entwicklungen aufzuklären, bietet das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg vielfältige Fortbildungsveranstaltungen an. Darüber hinaus werden in verschiedenen Workshops und Seminaren interkulturelle Kompetenzen und die Bewusstseinsbildung zum Umgang mit Menschen fremder Länder und Kulturen geschult. Das Angebot wird durch die Justizakademie des Landes Brandenburg ergänzt, die etwa für die Sozialen Dienste der Justiz Seminare zum Thema „Umgang mit rechtsorientiertem Klientel“ anbietet.

Seit Bestehen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ hat sich das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg immer wieder bemüht, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Bekämpfung des Rechtsextremismus weiter zu fördern. So ist es auf Anregung Brandenburgs im Dezember 2010 zu einer Neufassung von § 51 des Gerichtsverfassungsgesetzes gekommen, wonach es nun auch bei Schöffen möglich ist, sie ihres Amtes zu entheben, wenn sie ihre Amtspflichten

gröblich verletzen. Damit wurde auch für Schöffen, wie dies zuvor bereits für ehrenamtliche Richter in anderen Gerichtsbarkeiten möglich war, eine Amtsenthebung eröffnet, wenn sie sich verfassungsfeindlich betätigen. Bereits im Juli 2008 konnte der von Brandenburg maßgeblich mitinitiierte Gesetzentwurf zur verbesserten Bekämpfung von Hass- und Vorurteils kriminalität mit Beschluss des Bundesrates in den Bundestag eingebracht werden.

Die Justiz des Landes Brandenburg wird auch weiterhin rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten konsequent verfolgen und die ihr darüber hinaus gegebenen Möglichkeiten nutzen, um extremistischem Gedankengut und verfassungsfeindlichen Einstellungen entschieden entgegenzutreten und rechtsstaatliches Denken und ein tolerantes Miteinander in der Gesellschaft zu fördern.

### **Ministerium der Finanzen**

Seitdem das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ im Jahr 1998 beschlossen wurde, setzte das Ministerium der Finanzen ganz bewusst klare Signale gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und für Zivilcourage und Demokratie. Dabei spielte die Förderung verschiedener Integrationsmaßnahmen, internationaler Begegnungen und von Projekten der Jugendarbeit eine besonders große Rolle.

Gezielt fördert das Ministerium der Finanzen vor allem Projekte, die sich mit der Aufarbeitung des Faschismus im Land Brandenburg auseinandersetzen. Im Jahr 2008 finanzierte das Finanzministerium gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen die Veröffentlichung der Doktorarbeit des Historikers Dr. Martin Friedenberger über die Rolle der Berliner und Brandenburger Finanzbehörden zur Zeit des Nationalsozialismus und stellten diese der Öffentlichkeit vor. Dr. Martin Friedenberger hielt zudem vor Studentinnen und Studenten an der Fachhochschule Königs Wusterhausen einen Vortrag zum Thema.

Mithilfe der finanziellen Unterstützung aus Lottomitteln sicherte das Ministerium der Finanzen die Umsetzung eines Informations- und Begegnungszentrums des Vereins KZ-Gedenkstätte Schlieben-Berga. Der Verein trägt zu der Aufarbeitung der Geschichte des weitgehend unbekanntes Lagers bei und macht sie der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Am jetzigen Ort der Gedenkstätte befand sich einst das drittgrößte Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald.

Im Gebäude des Finanzministeriums finden seit 2010 regelmäßig verschiedene Ausstellungen statt. Aktuell beherbergt es bis Juli 2013 einen Auszug einer Ausstellung zur jüdischen Geschichte in Beeskow des Bürgerfördervereins Burg Beeskow e.V. Die Ausstellung war ursprünglich in einem Projekt entstanden, in das unter anderem Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer eingebunden waren. Gerade weil junge Leute mit nationalsozialistisch-rassistischem Gedankengut konfrontiert sind, sind ihre gesammelten Erfahrungen bei der Erkundung von Spuren des jüdischen Lebens von besonders großem Wert.

Darüber hinaus nutzte das Ministerium der Finanzen eigene Veranstaltungen, um für das Thema „Toleranz“ zu werben. Einer der Höhepunkte hierfür war die Graffiti-Aktion „208 Meter für Toleranz“, die im August des Jahres 2011 stattfand.

Gemeinsam mit dem Stadtjugendring Potsdam, der Landtagsverwaltung, der Landeshauptstadt Potsdam und der BAM Deutschland AG und gefördert durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, dem Verkehrsverbund Berlin Brandenburg und den Verkehrsbetrieben Potsdam organisierte das Ministerium der Finanzen ein Wochenende, an dem Jugendliche aus ganz Brandenburg und Berlin ihr Bild eines toleranten Brandenburgs legal an ein 208 Meter langes Stück des Bauzauns um den Landtagsneubau sprühen konnten. Das Ziel der Aktion war, den Bauzaun mit 18 unterschiedlichen „Bildern für Toleranz“ zu einer Schaustelle für Toleranz im Land Brandenburg werden zu lassen. Die Gestaltung der Motive blieb den Jugendlichen überlassen. Betreut und versorgt durch den Stadtjugendring verbrachten insgesamt 48 junge Menschen, als Botschafter ihrer Region, ein ganzes Wochenende in Potsdam. In ihren Bildern ging es um Toleranz zwischen Ideen, zwischen den Völkern und zwischen den Menschen. Aus einem unansehnlichen Bauzaun im Zentrum der Stadt entstand im Ergebnis eine Schaustelle für Toleranz.

### **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur**

In ihren Leitbildern sowie Struktur- und Entwicklungsplänen bekennen sich alle brandenburgischen Hochschulen zur Toleranz, Weltoffenheit und Chancengleichheit. Sie haben in den vergangenen Jahren umfangreiche Serviceangebote für ausländische Studierende und Lehrende entwickelt, damit die Integration sowohl in das Campus- als auch in das städtische Leben gelingt und der erfolgreiche Abschluss des Studiums oder von Forschungsvorhaben gewährleistet wird.

Für die 6.643 (13,1 %) Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit gibt es Patenschaftsprogramme und Tandempartnerschaften, die von studentischen Tutoren unterstützt werden. Viele Hochschulen haben die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und bringen damit zum Ausdruck, dass alle Beschäftigten und Studierenden Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Zudem sind fast alle Hochschulen dem „Nationalen Kodex für das Ausländerstudium“ der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) beigetreten, mit dem Mindeststandards für Information und Werbung, Zulassung, Betreuung und Nachbetreuung garantiert werden.

Fragen der Integration, Interkulturalität und Identität sind inzwischen vielfach Themen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, z.B. in Abschluss- und Promotionsarbeiten. So haben sich Studierende und Lehrende der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in fiktionalen und dokumentarischen Filmen, künstlerischen Projekten und wissenschaftlichen Arbeiten mit gesellschaftlichen Missständen und Fragen der Toleranz befasst. Ein Beispiel ist der mittlerweile deutschlandweit bekannte Diplomfilm „Kriegerin“ von David Wnendt, der im Januar 2012 in die deutschen Kinos kam. Er ist eine Milieustudie um die Hauptfigur Marisa (Alina Levshin), die in einer Kleinstadt irgendwo in Ostdeutschland als Mitglied einer Neonazi-Gruppe lebt. Der Film erhielt zahlreiche Auszeichnungen wie den Deutschen Filmpreis. Er wird u.a. für betreute Schulvorstellungen empfohlen, wofür umfangreiches Lehrmaterial erarbeitet wurde.

Studierende und Lehrende befassen sich in zahlreichen Lehrveranstaltungen und im Rahmen internationaler Studiengänge mit den Themen „Rechtsextremismus“, „Werte und Wertebildung“, „Jugendkriminalität“ und „Gewaltprävention“. Seit drei Semestern wird an der Fachhochschule Potsdam die Ringvorlesung „Gender, Race, Class, Bodies...: Ringvorlesung zu Diversity als (beruflichen) Schlüsselkompetenzen“ angeboten. In der Lehrveranstaltung „Interkulturelle Kompetenz“ der



Hochschule Lausitz wurden die zunehmende Globalisierung und Internationalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung multikultureller Gesellschaften thematisiert. Im Projekt „Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit“ haben Studierende in enger Kooperation mit Schulen über ein Jahr in verschiedenen Schulklassen die Themen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rechtsradikalismus“ in mehreren Workshops bearbeitet.

An der Universität Potsdam wird aktuell an der Entwicklung eines Zertifikats „Interkulturelle Kompetenz“ gearbeitet, das die Internationalisierungskomponente „Weltoffener Studiumsalltag im Kulturdialog“ aufgreift. Darüber hinaus wurde ein Konzept zur Konfliktbewältigung entwickelt. Im Profildbereich „Kulturelle Begegnungsräume“ versucht man, aktuelle Probleme kulturellen Nichtverstehens historisch einzuordnen, kultur- und sprachwissenschaftlich zu analysieren und philosophisch zu bewerten.

Das Weltoffenheit Programm ist, zeigt sich auch in international orientierten Studiengängen, z.B. an der Fachhochschule Brandenburg und an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH). Letztere bietet, obwohl sie die kleinste Hochschule in Brandenburg ist, die zwei international ausgerichteten Masterstudiengänge „Global Change Management“ und „Forest Information Technology“ an.

Darüber hinaus werden verschiedene Camps und Programme für ausländische Studentinnen und Studenten angeboten, z.B. seit 2005 die Sommeruniversität Ravensbrück, welche sich vor allem an europäische Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs richtet. Das programmatische Spektrum der Sommeruniversität reicht von der „Nationalsozialistischen Herrschaft in Europa“ über die „Frauen- und Geschlechtergeschichte“ bis zur „kritischen Auseinandersetzung mit der gewaltsamen europäischen Geschichte“.

Die Brandenburger Hochschulen fördern den interkulturellen und interdisziplinären Austausch auch außerhalb von regulären Lehrveranstaltungen. Am Zentrum für interdisziplinäre Polenstudien der Viadrina Frankfurt (Oder) und im gemeinsam mit der Adam Mickiewicz Universität in Posen geführten Collegium Polonicum findet ein internationaler Austausch zu europäischen und deutsch-polnischen Themen statt.

Darüber hinaus engagieren sich viele studentische Organisationen für ein tolerantes Miteinander. An der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus wurden Studierendenvereine gegründet, in denen die ausländischen Studentinnen und Studenten ihre jeweiligen Herkunftsländer vertreten und interkulturelle Veranstaltungen organisieren.

Das Engagement der Mitglieder der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus bildet einen gewichtigen Beitrag im Auftreten der Stadt gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus. Während die Anfangsjahre eher durch voneinander losgelöste Aktionen und oftmals durch bloßes Reagieren aus gegebenem traurigem Anlass geprägt waren, hat sich in den vergangenen 15 Jahren ein breit aufgestelltes Netzwerk von Akteuren etabliert, denen die Hochschule angehört.

Das gesellschaftliche Engagement der Hochschulen reicht über die Grenzen des Campus hinaus. Es gibt viele Schnittstellen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement innerhalb und außerhalb der

Hochschulen. An der Hochschule Lausitz (FH) fungiert z.B. Prof. Dr. Agnes Saretz als Mitglied im Aktionsbündnis gegen Rechts als Knotenpunkt zwischen Bündnis und Hochschule.

An der Fachhochschule Brandenburg wurde für die Stadt Brandenburg an der Havel ein Konzept für den offensiven Umgang mit dem Thema „Intoleranz und Extremismus“ entworfen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement steht auch im Mittelpunkt von mehreren studentischen Initiativen und Projekten, die inzwischen im Curriculum ausgewählter Studiengänge festgeschrieben sind.

Gleichermaßen engagieren sich Studierende und Lehrende der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die das Netzwerk „Tolerantes Eberswalde“ mit gegründet haben und weiterhin in der Region aktiv sind.

Ein herausragendes Beispiel für das Zusammenwirken von Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist der Verein „proWissen Potsdam“. Ein Ergebnis der Vereinsarbeit ist das „Potsdamer Toleranzedikt“, ein Kooperationsprojekt mit der Landeshauptstadt, das am 2008 vom Oberbürgermeister Jann Jakobs und Prof. Heinz Kleger, Universität Potsdam, der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das Buch ist das Ergebnis eines achtmonatigen Stadtgesprächs. Mehr als 18.000 Exemplare des neuen Toleranzedikts wurden inzwischen verteilt. Damit das neue Toleranzedikt weiterhin in der Öffentlichkeit präsent bleibt, wurde im 2009 der Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt – gemeinsam für eine weltoffene Stadt“ symbolträchtig in der Französischen Kirche gegründet.

Kunst und Kultur sind für die Vermittlung von Toleranz und Weltoffenheit von grundlegender Bedeutung. Die kulturpolitische Strategie der Landesregierung legt einen Schwerpunkt auf den Bereich der kulturellen Bildung. Darin wird ein weiter Begriff der kulturellen Bildung zugrunde gelegt, der sich an der UNESCO-Auffassung orientiert. Den Menschen kulturelle Bildung zu vermitteln, bedeutet danach keineswegs, sich ausschließlich mit Kunst und künstlerischen Schaffensprozessen zu beschäftigen, es steht vielmehr im Vordergrund, Weltoffenheit und Neugier ebenso zu schulen wie Kritikfähigkeit und Toleranz. Das Konzept betont auch die Bedeutung der interkulturellen Bildung. Diese öffnet als integraler Bestandteil von kultureller Bildung den vorurteilslosen Zugang gegenüber anderen unbekanntem oder fremden Kulturen und fördert Zugewandtheit.

Die Gedenkstätten der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten widmen sich als Lern- und Lehrorte mit verschiedensten Projekten dem Thema „Toleranz“. Orte wie Sachsenhausen, Ravensbrück, Todesmarschmuseum Belower Wald u.a. vermitteln historisches Wissen über die Folgen von Rassismus, Intoleranz und Antisemitismus und bieten damit ein großes Potenzial zur Prävention von Gewalt, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit. Die Gedenkstätten sprechen mit zahlreichen Veranstaltungen, Zeitzeugengesprächen und Sonderausstellungen ein großes Publikum an. In den internationalen Jugendbegegnungsstätten Sachsenhausen und Ravensbrück finden regelmäßig Mehrtagesprojekte, teilweise mit internationaler Ausrichtung, und internationale Workcamps, die historische Studien mit praktischen Erhaltungs- und Pflegearbeiten verbinden, statt. Eine Open-Air-Ausstellung zum Thema „Steine für Germania – Granaten für den Endsieg“ am Ort des früheren KZ-Außenlagers „Klinkerwerk“ leistet einen wichtigen Beitrag zur historisch-politischen Bildungsarbeit

Musikschularbeit vermittelt nicht nur musikalische Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern fördert auch emotionale und soziale Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Die Teilhabe von Kindern aus sozial benachteiligten und Migrantenfamilien bewirkt dabei die Förderung der gesamtgesellschaftlichen Integration. Mit der gezielten Unterstützung von Kooperationen zwischen Musikschulen und allgemeinbildenden Schulen sowie Kitas werden breitere Bevölkerungsschichten erreicht.

## **Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten**

Integrativer Bestandteil des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sind vielfältige europäische und internationale Bezüge, die zwar nicht immer ursächlich durch das Konzept selbst angestoßen wurden, aber doch mittelbar und unmittelbar im Zusammenhang damit zu sehen sind. Dieser wird vom MWE in seinen vielen interregionalen Kontakten hergestellt und konkret umgesetzt.

### Weltoffenheit und Toleranz als Standortfaktor

Weltoffenheit und Toleranz sind Standortfaktoren für das Land Brandenburg, insbesondere für die Tourismusbranche. Im Jahr 2008 wurde eine „Gemeinsame Erklärung: Wirtschaftsstandort Brandenburg - weltoffen und erfolgreich“ führender Wirtschaftakteure (Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg, Deutscher Gewerkschaftsbund - Bezirk Berlin-Brandenburg, Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg, Handwerkskammertag des Landes Brandenburg, Zukunftsagentur Brandenburg GmbH, TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH und das Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg) verabschiedet. Die Unterzeichner treten „...für eine Kultur des Respekts, der Weltoffenheit und Freiheit im Land ein. Sie bekräftigen, dass die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs nur in einer starken und lebendigen Demokratie gesichert werden kann, in der Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt keinen Platz finden – wie es auch im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung formuliert worden ist...“.

### Europäische Integration

Das MWE legt in der Zusammenarbeit mit europäischen Partnern den Schwerpunkt auf die Integration Brandenburgs in die Europäische Union und die Förderung des europäischen Gedankens. Dafür stehen nicht zuletzt auch Haushaltsmittel im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zur Umsetzung der Konzeption der Landesregierung zur europapolitischen Kommunikation und zur verstärkten Information der brandenburgischen Bürgerinnen und Bürger über europäische Schwerpunktthemen zur Verfügung. Zu wichtigen aktuellen Europathemen werden eigene Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, häufig in Schulen und Oberstufenzentren, z.B. gemeinsam mit Botschaftern und Unternehmerinnen und Unternehmern der EU-Länder, die die aktuelle Ratspräsidentschaft innehaben.

Höhepunkt der Veranstaltungen der Landesregierung ist die jährliche Durchführung der sogenannten „Europawoche“ im Mai. Sie wird von vielen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren genutzt, Europa in seiner Vielfalt darzustellen, den regionalen und internationalen Dialog zu fördern und europäische Projekte vorzustellen bzw. anzuregen. Einen Schwerpunkt bilden die „EU-Projektstage“ in den Schulen. Insbesondere Schulpartnerschaften über nationale Grenzen hinweg wecken unter Schülerinnen und

Schülern Verständnis für Fragen der europäischen Integration und helfen beim Erwerb sozialer Kompetenzen und Fremdsprachenkenntnissen. Das Projekt „Europa im Blick“, das aus Mitteln der technischen Hilfe der EU-Strukturfonds finanziert wird, vermittelt erfolgreich jährlich an über 100 Schulen den Schülerinnen und Schülern die Politiken und Instrumente der Europäischen Union zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie deren Umsetzung vor Ort. Ferner werden in diesen Schulveranstaltungen EU-Grundlagen und spezielle europapolitische Fragestellungen vermittelt. Träger des Projektes ist der Verein Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik e.V. (GEKO).

Mithilfe der INTERREG IVA – Programme wird ein Beitrag zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz und dem multikulturellen Management geleistet. Ängste und Vorbehalte, die oftmals nur auf Unkenntnis beruhen, konnten in den vergangenen 20 Jahren durch zahllose deutsch-polnische Projekte beiderseits der Grenze abgebaut werden.

Beispielhaft kann das Projekt „Deutsch-polnischer Landhof Arche“ - ein Netzwerk von Bildungs- und Begegnungsstätten - in Groß Pinnow und Liepe auf deutscher und auf polnischer Seite Chojna und Krajnik Gorny genannt werden. Mit diesem Projekt werden dem Leitbild „Tolerantes Brandenburg“ folgend die Themen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Zivilcourage“ besetzt und somit ein Findungsprozess für Kinder und Jugendliche in einer gemeinsamen deutsch-polnischen Heimat gefördert.

Darüber hinaus fördert das Land Brandenburg gemeinsam mit Polen (Woiwodschaften Zachodniopomorskie und Lubuskie) sowie Mecklenburg-Vorpommern Projekte zur grenzübergreifenden Begegnung.

### Tourismus

Viele tourismusrelevante Unternehmen und Verbände engagieren sich aktiv im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Schon im Jahr 2007 hat die TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH eine Kooperationsvereinbarung mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ abgeschlossen. Es folgten der Dehoga Brandenburg e.V., das Deutsche Jugendherbergswerk, Landesverband Berlin – Brandenburg e. V. und der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH.

Ende 2011, als die NPD ihren Bundesparteitag in Neuruppin abhielt, riefen die TMB, der Dehoga Brandenburg e.V. und der Landestourismusverband dazu auf, den Teilnehmenden des Parteitages die Unterkunft zu verweigern. Berichten zufolge schlossen sich viele Hoteliers dem Aufruf an und machten trotz Einnahmeeinbußen von ihrem Hausrecht Gebrauch. Sie folgten damit dem Beispiel von Heinz Baumeister, Direktor des Hotels Esplanade Resort- & Spa in Bad Saarow, der einem führenden Mitglied der NPD im Herbst 2009 die Unterbringung in seinem Hotel verweigerte.

Um den Hoteliers mehr Sicherheit im Umgang mit rechtsextremen Buchungsanfragen zu verschaffen, hat der DEHOGA 2012 gemeinsam mit der Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg" die Broschüre „Rechtsextremist/-innen nicht auf den Leim gehen – Ein Ratgeber für die Gastronomie und Hotellerie“ veröffentlicht.

In der aktuellen Landestourismuskonzeption Brandenburg 2011-2015 wurde das Ziel „Interkulturelle Kompetenz verstärken“ aufgenommen. Dies wird als Schlüsselkompetenz touristischer Leistungsträger

angesehen. Neben Sprachkenntnissen umfasst dies den Umgang mit unterschiedlichen Weltbildern, Vorstellungen und Kommunikationsstilen, der ein hohes Maß an interkultureller Toleranz, Sensibilität und Empathie erfordert.

Ein entsprechendes und umfassendes Innenmarketing sowie gezielte Seminarangebote bilden die Basis für den Aufbau von interkultureller Kompetenz als Qualitätsmerkmal des Brandenburg-Tourismus. Hauptakteur bzw. -ansprechpartner für derartige Angebote ist die Tourismusakademie Brandenburg TAB.

### Entwicklungspolitik

Nicht zuletzt ergeben sich im Geschäftsbereich des MWE Verbindungslinien zum Thema „Entwicklungspolitik“ in den Bereichen wie Integration, Internationalität, Bildung für nachhaltige Entwicklung und entsprechende Maßnahmen wie der Round Table „Entwicklungspolitik Brandenburg“ oder konkrete Projektförderungen mit dem Land Brandenburg, dem Bund oder Stiftungen als Partner. Dazu zählen insbesondere auch Veranstaltungen von brandenburgischen Vereinen und Initiativen mit breiter Multiplikatoren- und Öffentlichkeitswirkung.

Die „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung“ vom Mai 2012 fügen sich selbstverständlich in das Spektrum des Handlungsrahmens „Tolerantes Brandenburg“ ein.

### **Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Im Land Brandenburg existieren ca. 90 außerschulische Einrichtungen mit Umweltbildungsangeboten wie z. B. das Junior-Ranger-Programm der Naturwacht. Sie leisten insbesondere vor dem Hintergrund, dass Rechtsextremisten das Thema „Naturschutz“ zunehmend für sich vereinnahmen, einen wichtigen Beitrag im Sinne des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Wesentliche Aufgabe der Umweltbildung ist es, - im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung - ökologisches Bewusstsein zu entwickeln, Wissen über wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge zu vermitteln, Werte und Einstellungen zu prägen sowie Gestaltungskompetenzen aufzuzeigen.

Das heißt, Wissen über nachhaltige Entwicklung anwenden, Schlussfolgerungen über ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen ziehen und darauf aufbauende Entscheidungen treffen und umsetzen zu können."

### Safe Region – Sicheres Brandenburg: eine Initiative zur Verletzungsprävention

Mit der Landesinitiative „Safe Region – Sicheres Brandenburg“ leistet das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg einen Beitrag für die Ziele des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Der gemeinsame Nenner liegt in der kategorischen Ablehnung von Gewalt.

Safe Region bringt Aktivitäten und Akteure zusammen, die sich in unterschiedlichen Zusammenhängen mit dem Thema „Unfall und Gewaltprävention“ befassen. Seit 2012 ist auch der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg als Arbeitsgruppe unter dem Dach der Safe Region aktiv und verstärkt damit den Beitrag des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ zur Anerkennung von Normen und Werten und damit für den solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Initiative „Safe Region“ wird durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des

Landes Brandenburg koordiniert – unterstützt durch die Fachstelle Gesundheitsziele bei Gesundheit Berlin-Brandenburg ([www.saferegion.brandenburg.de](http://www.saferegion.brandenburg.de)).

Seit 2009 ist das Land Brandenburg außerdem zertifiziertes Mitglied im internationalen Netzwerk der Safe Communities (Gemeinden, Städte und Regionen) der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Bereits bei der Gründung des Netzwerks „Safe Region – Sicheres Brandenburg“ war die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Sinne einer Arbeitsgruppe mit dabei. Eine Steuerungsgruppe vereint mehrere Landesministerien, den Landkreistag und die Unfallkasse Brandenburg. Gemeinsam koordinieren sie die Prozesse auf Grundlage des Brandenburgischen Verletzungsmonitorings, durchgeführt vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

## **Schlussbemerkungen**

Die Landesregierung hat in den vergangenen 15 Jahren eine Vielzahl von Aktivitäten initiiert oder gefördert, die zu einem „toleranten Brandenburg“ beitragen. Die hier skizzierten Maßnahmen können jedoch nur einen Ausschnitt dieser Aktivitäten im Land Brandenburg wiedergeben.

Brandenburg hat sich in den letzten 15 Jahren mehr und mehr zu einem Land der Vielfalt und Toleranz entwickelt. Die Bürgerinnen und Bürger sind sensibler gegenüber rechtsextremen Aktivitäten geworden und setzen sich gegen die Feinde der Demokratie erfolgreich zur Wehr. Rechtsextremisten finden nur noch wenige Möglichkeiten, ihre Ideologie ungestört zu verbreiten: Hoteliers und Campingplatzbetreibende verweigern ihnen die Unterkunft, die Menschen in den Kommunen setzen mit ihren Demokratiefesten und Projekten ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Jugendclubs und Schulen führen interkulturelle Projekte durch und Sportvereine engagieren sich für Demokratie und Toleranz.

Das demokratische Miteinander fördert die Lebensqualität in unserem Land. Die positiven Entwicklungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nachlassen dürfen. Die Landesregierung nimmt die aktuellen Entwicklungen, z.B. im Kampfsport, Sicherheitsgewerbe und Fußball sehr ernst. Sie wird an dem bisher gegangenen Weg festhalten und auf Basis des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ weiterhin entschieden gegen die Feinde der Demokratie vorgehen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist und bleibt einer Daueraufgabe der Landesregierung.

## **Das „Tolerante Brandenburg“ fördert die Demokratisierung der Demokratie,**

Dr. Michael Kohlstruck, Technische Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ war 1998 zunächst als ein reaktives Konzept angelegt, mit dem man der Herausforderung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindschaft begegnete. Praktische Erfahrungen und konzeptionelle Selbstreflexionen haben 2005 dazu geführt, das Zentrale Leitziel neu zu formulieren: Die Intensivierung der demokratischen Kultur im Land Brandenburg ist nun das positivwertige und übergeordnete Anliegen. Die Zurückdrängung von politischem Rechtsextremismus und Gruppenfeindschaften ist seitdem eines von mehreren Elementen bei der „Demokratisierung der Demokratie“, sie nimmt den Rang eines Mittlerzieles ein (vgl. RAA Brandenburg/ Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg 2008, S. 74-92).

Dieser Neubestimmung des Verhältnisses von Demokratieintensivierung und Extremismusbekämpfung in der aktuellen Konzeption „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ (TBB) lag die Einsicht zugrunde, dass „Demokratie“ zwar ein Gegenbegriff zu „Extremismus“ ist, dass Demokratie im modernen Sinn aber zugleich mehr und anderes umfasst als die bloße Abwehr antidemokratischer Kräfte: Das Wertfundament (Freiheit, Menschenwürde, Gleichheit, Sozialstaat und Rechtsstaat) wie die institutionalisierten Entscheidungsverfahren (Wahlen, Mehrheitsprinzip, Repräsentativsystem) von Demokratie machen sie zu einem dynamischen Gestaltungsprinzip von Politik und Gesellschaft, das kontinuierlich an sich wandelnde Gegebenheiten angepasst und verwirklicht werden muss (vgl. Speth/ Klein 2000).

Das Demokratieprinzip des „Toleranten Brandenburg“ ist die Basis, auf der die soziale, die politische wie auch die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Landes beruht. Weltoffenheit, Kreativitätskraft, Innovationsfähigkeit und sozialer Frieden sind an flexible Formen von Partizipation und Integration gebunden. Toleranz ist nicht zuletzt ein Standortfaktor (vgl. Kleger 2007).

Zu Recht wurde die Praxis einer kritischen Auseinandersetzung mit politischem Extremismus und Gruppenfeindschaften als ein Element innerhalb des umfassenden Prozesses einer Intensivierung von demokratischer Kultur konzipiert: Die Auseinandersetzung der Demokratie mit ihren Feinden ist immer zugleich auch eine Auseinandersetzung über das Verständnis von Demokratie selbst. Dies beginnt bei den Fragen, welche Definitionen von politischem Extremismus gültig sind und aus welchen Machtpositionen über die Geltung solcher Definitionen befunden wird und endet nicht bei den Diskussionen über die Kernelemente von Demokratie und Rechtsstaat, von Grundrechten und Formen legitimer Auseinandersetzung mit Antidemokraten.

Gehen denn die Bedrohungen der Demokratie nur von „Extremisten“ aus? Wie verhält man sich zu den unter dem Stichwort „Postdemokratie“ diskutierten Entwicklungen einer Aushöhlung der Demokratie bei Fortbestand ihrer Institutionen? (vgl. Crouch 2003/ 2008; Embacher 2009). Insofern gehen von antidemokratischen Herausforderungen vitalisierende Effekte für die Demokratie aus: Wo Bürgerinnen und Bürger kooperieren, sich zu Initiativen zusammenschließen, wo sie über mögliche Bündnisse debattieren, sich mit Experten zusammensetzen oder sich gleich selbst so einarbeiten, dass sie zu Experten werden – überall da wächst die Kultur einer Selbstverantwortlichkeit für die öffentlichen Angelegenheiten. Die dabei gemachten Erfahrungen von Informationsbeschaffung, Organisationsarbeit, Bündnisstrategien und Kooperationen sind für die demokratische Kultur wertvoll, weil sie über den



jeweils konkreten Anlass hinaus das Bewusstsein für die eigene Kraft stärken und die Vorstellung des Politischen erweitern.

### Erfolg und Wert des „Toleranten Brandenburg“

Verschiedentlich ist nach den Erfolgen des Handlungskonzepts gefragt und Evaluationen sind in Erwägung gezogen worden (vgl. Kleger 2006, 97-103; Jaschke 2011, 40f.; Landesregierung 2013, 73-75). Die Frage nach den Erfolgen ist legitim, da das Handlungskonzept bestimmte Zwecke verfolgt: Die Schwächung des politischen Rechtsextremismus und die Reduzierung von Gruppenfeindschaften gehören zu den erklärten Handlungszielen. Zu Recht aber ist darauf hingewiesen worden, dass sich in methodisch sauberer Weise beobachtete Veränderungen in Gesellschaft und Politik nicht linear auf die vom TBB angestoßenen oder geförderten Aktivitäten zurückverfolgen lassen (Jaschke 2011, 40f.). Wir haben es im Bereich gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen mit vielfältigen und wechselseitigen Einflussgrößen und nicht mit linear verlaufenden Ursache-Wirkungs-Verhältnissen zu tun.

In diesem Sinne können etwa die Entwicklungen der Landtagswahlergebnisse zwischen 2004 und 2009 nicht eindeutig und exklusiv auf dem Pluskonto des TBB verbucht werden: Immerhin haben im Jahr 2009 rd. 20.000 weniger Wähler ihre Zweitstimme für rechtsextreme Parteien abgegeben als noch 2004, sodass in der fünften Wahlperiode keine rechtsextreme Partei mehr im Brandenburgischen Landtag vertreten ist.

Andererseits sprechen die aktuell vorgelegten und gegenüber den Vorjahren erhöhten Polizeizahlen rechter Gewaltdelikte nicht gegen das TBB. Niemand kann derzeit wissen, ob damit ein neuer Trend eingeleitet wird oder ob das Jahr 2012 ein Ausnahmejahr im längerfristigen Rückgang rechter Gewalt sein wird. Überdies dokumentieren die Fallzahlen in polizeilichen Statistiken zunächst nur das polizeiliche Hellfeld, also das, was der Polizei durch eigene Kontrollen und durch Anzeigen aus der Bevölkerung bekannt wird. Ohne weitere Untersuchungen lässt sich nicht erkennen, ob dem ein verstärktes Aufklärungs- bzw. Anzeigeverhalten zugrunde liegt, das möglicherweise gerade auf der verstärkten Aufmerksamkeit infolge der intensiveren öffentlichen Thematisierung von Rechtsextremismus und Gruppenfeindschaften beruht. Das wäre gleichbedeutend mit einer Veränderung des Verhältnisses von polizeilichem Dunkelfeld und Hellfeld: Was früher unbekannt geblieben ist, würde nun bekannt. Möglicherweise spiegeln die erhöhten Gewaltzahlen jedoch auch einen realen Anstieg von rechten Gewalttaten wider.

Schließlich gilt auch für das „Tolerante Brandenburg“, was generell für die sogenannte primäre Prävention gilt, die sich an alle richtet: Ereignisse und Prozesse, die aufgrund von Aufklärung und gesteigerter Aufmerksamkeit für negative Phänomene unterbleiben, können nicht registriert werden. Eindeutige Ursache-Wirkungszusammenhänge lassen sich wohl im Labor arrangieren, sie sind aber als Modell für gesellschaftliche Phänomene wenig hilfreich. Eine Beurteilung des TBB als Ganzes sollte deshalb nicht primär über die Kategorie des Erfolgs, sondern über die Frage nach seinem Sinn vorgenommen werden. Neben den Zwecken, die das TBB verfolgt, sollte auf den Wert geachtet werden, der mit seiner Existenz verbunden ist (vgl. Jaschke 2011, 42).

## Demokratieförderung als Element der Landesidentität

Das TBB ist ein Manifest des Regierungswillens, die politische Kultur in Richtung demokratischer Werte zu verändern. Die im Grundgesetz und in der Landesverfassung kodifizierten politischen Werte werden im Hinblick auf aktuelle Anforderungen neu akzentuiert. Damit sind Aussagen verbunden, welche politischen Werte besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, welche Verhaltensnormen verwirklicht werden sollen und welche Standards in den Debatten politischer Themen Geltung verschafft werden soll. Das Programm formuliert Erwartungen, die von den bestehenden Verhältnisse erst teilweise eingelöst sind. Dies eröffnet einen normativen Horizont, auf den man sich stützen und berufen kann. Wer für die Weiterentwicklung von Demokratie und Toleranz eintritt, kann sich durch das TBB gestützt wissen.

Zu Recht wird das TBB auch als ein Markenzeichen nach außen verstanden: Toleranz und damit die Trias von „Recht, Toleranz und Solidarität“ (Jungkamp 2008, 9) gehören zu Brandenburg wie die Suche nach Wirtschaftsunternehmen und die Förderung regionaler Entwicklung. Mit dem TBB hat Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern einen frühen Markstein gesetzt: Man hat sich auf „Toleranz“ als Wertbegriff aus der eigenen Landestradiation besonnen und damit spät, aber eben nicht zu spät ein Konzept für Gegenwart und Zukunft entwickelt (vgl. Kleger 2006). Die Programmentwickler anderer Länder und des Bundes haben sich am Vorbild Brandenburgs orientiert.

Das TBB trägt dazu bei, das Hauptthema „Demokratie“ und das Unterthema der „Demokratiegefährdung“ als relevante und praktisch bedeutsame Themen auf der Agenda zu halten. Das ist sowohl für die politische Kultur des Landes gut wie auch zur Neutralisierung des negativen Standortfaktors „Fremdenfeindlichkeit“.

Neben dieser hohen symbolischen Bedeutung des TBB liegt der Wert des Handlungskonzepts in der Einrichtung einer funktionierenden Infrastruktur zur Beobachtung und praktischen Beantwortung antidemokratischer Aktivitäten. Je länger derartige Netzwerke existieren, umso professioneller können sie arbeiten und anlassbezogen wie anlassunabhängig handeln. „Doppelt hilft, wer rasch hilft“ – das hohe Tempo, in dem in Brandenburg auf örtlichen Beratungs- und Handlungsbedarf reagiert wird, verdankt sich eingespielten informellen Kommunikationen, die hierarchiedurchlässig und ressortübergreifend funktionieren. Das sollte in einem teilweise dünn besiedelten Flächenland nicht unterschätzt werden. Zentrale Einrichtungen können ohne die Unterstützung dezentraler, in den Landkreisen verankerter Beobachtungs-, Informations- und Kommunikationsnetzwerke wenig ausrichten.

Die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Herausforderungen wird vermutlich auch in Zukunft eine kontinuierliche Aufgabe der Demokratie darstellen. Konflikte zwischen Demokraten und ihren Feinden vollziehen sich in einem Feld gegensätzlicher Kräfte. Ohne starken prodemokratischen Part hätten es die antidemokratischen Gegenkräfte leicht, auch bei nur geringer eigener Stärke das Feld zu bestimmen. Das TBB trägt seit langem mit dazu bei, diese Aufgabe zu erfüllen; eine Neukonzipierung steht insofern nicht auf der aktuellen Tagesordnung.

## Konsensverführung

Das Regierungskonzept des TBB wird auch vom Parlament gewollt (vgl. Jaschke 2011, 42). Insbesondere eine aktive Auseinandersetzung mit Demokratiegegnern wird in Brandenburg von einem breiten Konsens der demokratischen Parteien getragen. Vergleicht man diese Lage mit der Zeit vor 1998, also vor der Verabschiedung des ersten Handlungskonzeptes TBB, so lassen sich die Lernprozesse ermessen, die hier – auch unter dem Einfluss der Aktivitäten im Rahmen des TBB – vollzogen wurden. Weithin gehört es heute zum brandenburgischen Standard, lokale Probleme mit Rechtsextremismus und Gruppenfeindschaften nicht zu ignorieren oder wegzudefinieren, sondern offensiv zu diskutieren und praktisch anzugehen.

Breite Einigkeit birgt aber immer auch das Risiko, Debatten über strittige Ordnungsmodelle nicht politisch, sondern moralisch zu führen: In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bedeutet das häufig, auf die inhaltliche und konkrete Widerlegung völkisch-nationalistischer Argumente zu verzichten und es bei einer deklarierten Abgrenzung vom Rechtsextremismus zu belassen. Ziel ist in solchen Fällen nicht die Auseinandersetzung mit gegnerischen Positionen, sondern deren Ausgrenzung. In einer ihrerseits radikalisierten Variante wird diese Ausgrenzung von Positionen zu einer Ausgrenzung von politisch aktiven Personen erweitert und manchmal auch auf deren Angehörige ausgedehnt. Die Behauptung, Personen mit rechtsextremer politischer Überzeugung hätten kein Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und ihre angemeldeten Demonstrationen dürften deshalb verhindert werden, zeigt, wie sich die politische Auseinandersetzung mit Gegnern zu einem „Kampf gegen das Böse“ auswachsen kann. „Opponenten, die nicht in politischen, sondern in moralischen Begriffen definiert werden, können nicht als ‚Gegner‘, sondern nur als ‚Feinde‘ behandelt werden.“ (Mouffe 2007/ 2010, 99)

Rechtsextreme verstehen sich selbst als Feinde der Demokratie. Zu den Errungenschaften der Demokratie gehört indes die Kraft zu einer zivilisierenden Asymmetrie: Auch wer selbst als Feind der Demokratie antritt, hat das Recht, als Gegner behandelt zu werden.

## Quellen und Literatur

Botsch, Gideon; Kopke, Christoph (2011). Grenzen setzen: Das "Brandenburger Modell" der Abwehr des Rechtsextremismus. In: Kopke, C (Hg.). . Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven. Potsdam: Universitätsverlag, S. 183-206

Crouch, Colin (2008). Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Embacher, Serge (2009). „Demokratie! Nein Danke?“. Demokratieverdruss in Deutschland. Bonn: Dietz

Jaschke, Hans-Gerd (2011). Analyse der politischen Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematische Wirkung. Im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" des Landtags Brandenburg. Berlin

Jungkamp, Burkhard (2008). Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie". Zur Umsetzung des Handlungskonzeptes durch die Koordinierungsstelle der Landesregierung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS). In: RAA Brandenburg/ Koordinierungsstelle des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg" (Hg.). 10 Jahre Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie. Potsdam: S. 9-13

Kleger, Heinz (2006). Toleranz und ‚Tolerantes Brandenburg‘. Münster: LIT

Kleger, Heinz (2007). Tolerantes Brandenburg' - staatliche und nichtstaatliche Handlungschancen. In: Schoeps, Julius H. u.a. (Hg.). Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg, S. 165-171

Kleger, Heinz (2011). Die Wiederkehr der Toleranz (-Diskussion) in Brandenburg - Möglichkeiten und Grenzen eines Konzepts. In: Kopke, Christoph (Hg.). Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven. Potsdam: Universitätsverlag, S. 21-39

Landesregierung Brandenburg (Hg.) (2013). Antwort auf die Große Anfrage Nr. 21 der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke: Aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus im Land Brandenburg. Landtag Brandenburg, Drs. 5/ 6837 vom 13.2.2013. Verfügbar unter:  
[http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_6800/6837.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_6800/6837.pdf). letzter Zugriff: 19.03.2013

Mouffe, Chantal (2010). Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion (Original 2007). Bonn: BpB

RAA Brandenburg/ Koordinierungsstelle des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg" (Hg.) (2008). 10 Jahre Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie. Potsdam: RAA Brandenburg

Schoeps, Julius H.; Botsch, Gideon, Kopke, Christoph, Rensmann, Lars (Hg.) (2007). Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin

Speth, Rudolf, Klein, Ansgar (2000). Demokratische Grundwerte und Freiwilligenengagement in der pluralisierten Gesellschaft. Zum Zusammenspiel von politischen Verfahren und bürgerschaftlichem Engagement. In: Gotthard Breit/ Siegfried Schiele (Hg.). Werte in der politischen Bildung. Bonn: BpB, S. 30-55